

HypoVereinsbank

Member of
 UniCredit Group

Herausgeber
Bayerische Hypo- und Vereinsbank
Aktiengesellschaft
Sitz München
80311 München
www.hvb.com
Registergericht: München HRB 421 48
Layout: Mercurio S.r.L., Mailand
Satz: Max Vornehm GmbH
Druck: Druckerei Kriechbaumer
Druckfreigabe: 20. 3. 2007
Auslieferung: 4. 4. 2007
Printed in Germany

Inhalt

Lagebericht	2
Geschäftsverlauf und Lage	2
Struktur und Geschäftstätigkeit	2
Rahmenbedingungen	7
Erfolgsrechnung	8
Bilanz	10
Geschäftsstellen	11
Vorgänge nach dem 31. Dezember 2006	12
Ausblick	12
Beziehungen zu verbundenen Unternehmen	15
Risikobericht	16
Die HVB AG als Risikonehmer	16
Management und Überwachung der Risiken	16
Risikoarten und -messung	18
Gesamtbanksteuerung	19
Risikoarten im Einzelnen	22
<hr/>	
Gewinn- und Verlustrechnung	42
<hr/>	
Bilanz	44
<hr/>	
Anhang	50
Allgemeine Angaben	50
Angaben zur Bilanz	53
Eigenkapital und Anteilsbesitzliste	60
Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung	61
Sonstige Angaben	62
Verzeichnis der Mitglieder der Organe sowie deren Mandate	66
Angaben zum Hypothekenbankgeschäft	72
<hr/>	
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	78
<hr/>	
Finanzkalender	79
<hr/>	

Geschäftsverlauf und Lage

STRUKTUR UND GESCHÄFTSTÄTIGKEIT

Rechtliche Struktur und Organisationsstruktur

Die Bayerische Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft (HVB AG) entstand 1998 durch die Fusion der Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft mit der Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft.

Seit November 2005 ist die HVB AG ein verbundenes Unternehmen der UniCredito Italiano S.p.A., Genua (UniCredit).

Vorstand und Aufsichtsrat der HVB AG haben am 12. September 2006 beschlossen, die Beteiligungen der HVB AG an der Bank Austria Creditanstalt AG (BA-CA) und Joint Stock Commercial Bank HVB Bank Ukraine (HVB Bank Ukraine) an die UniCredit, der Töchter Closed Joint Stock Company International Moscow Bank (IMB) und AS UniCredit Bank, Riga (vormals: HVB Bank Latvia AS, Riga) an die BA-CA sowie die Aktiva und Passiva der HVB AG Filialen Tallinn, Estland und Vilnius, Litauen, an die AS UniCredit Bank, Riga (vormals: HVB Bank Latvia AS, Riga) zu übertragen. Die außerordentliche Hauptversammlung der HVB AG vom 25. Oktober 2006 hat mit jeweils mehr als 99,4% der abgegebenen Stimmen den entsprechenden Verträgen zugestimmt. Der Vorstand hat am 9. Januar 2007 über den Vollzug entschieden. Die Veräußerungsgewinne aus den erwähnten Transaktionen werden weitgehend im ersten Quartal 2007 vereinnahmt.

Die Stammaktien der HVB AG sind zum amtlichen Handel an allen deutschen Wertpapierbörsen zugelassen, sowie an der Börse in Wien, der Euronext in Paris und der Schweizer Wertpapierbörse SWX Swiss Exchange. Am 23. Januar 2007 hat der Board of Directors der UniCredit als Mehrheitsgesellschafter der HVB AG beschlossen, ein Squeeze-Out-Verfahren der HVB Aktien zu beginnen. Die UniCredit hält zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses mehr als 95% des Aktienkapitals.

Angaben gemäß §289 Abs. 4 HGB im Zusammenhang mit dem Übernahmerichtlinie-Umsetzungsgesetz

Das gezeichnete Kapital der HVB AG beträgt 2 252 097 420,00 € und ist eingeteilt in

- 2 208 436 620,00 € auf den Inhaber lautende Stammaktien, zerlegt in 736 145 540 Stückaktien
- 43 660 800,00 € auf den Namen lautende Vorzugsaktien ohne Stimmrecht, zerlegt in 14 553 600 Stückaktien.

Die Stammaktien machen 98,06% und die Vorzugsaktien 1,94% des Grundkapitals aus.

Die Stammaktien lauten auf den Inhaber oder auf Namen.

Aktionäre, welche auf den Inhaber lautende Stammaktien besitzen, sind zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts unter den in § 18 Abs. 2 der Satzung geregelten Voraussetzungen berechtigt. Jede Stammaktie gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme.

Jeder Aktionär hat in der Hauptversammlung ein Frage- und Rede-recht, wobei der Versammlungsleiter das Frage- und Rederecht angemessen beschränken kann.

Die Stammaktien nehmen neben den Vorzugsaktien an der gleichmäßigen Zahlung etwaiger Gewinnanteile (Dividende) teil.

Die Vorzugsaktien sind stimmrechtslos und lauten auf Namen. Sie erhalten aus dem Bilanzgewinn einen nachzahlbaren Vorausgewinnanteil von 0,064 € je Stückaktie sowie einen weiteren Gewinnanteil in derselben Höhe wie die Stammaktien. Der Anspruch auf Nachzahlung des Vorausgewinnanteils ist den Vorzugsaktionären als selbstständiges Recht eingeräumt.

Aktionäre, welche auf den Namen lautende Vorzugsaktien besitzen, sind zur Teilnahme an der Hauptversammlung unter den in § 18 Abs. 1 der Satzung geregelten Voraussetzungen berechtigt.

Die Inhaber von Stamm- und Vorzugsaktien haben bei Kapitalerhöhungen grundsätzlich ein Bezugsrecht, es sei denn, dass der Vorstand gemäß Beschluss der Hauptversammlung oder auf Grund einer entsprechenden, von der Hauptversammlung beschlossenen Satzungsregelung ermächtigt ist, das Bezugsrecht auszuschließen.

Darüber hinaus stehen den Inhabern von Stamm- und Vorzugsaktien die weiteren im Aktiengesetz geregelten Rechte zu.

Die auf Namen lautenden Vorzugsaktien können gemäß § 6 Abs. 2 der Satzung nur mit Zustimmung der Gesellschaft übertragen werden. Aus eigenen Aktien stehen der Gesellschaft gemäß § 71 b) AktG keine Rechte zu. Etwaige Beschränkungen in Bezug auf die Ausübung von Stimmrechten oder die Übertragung von Aktien, die sich aus Vereinbarungen zwischen Gesellschaftern ergeben können, sind dem Vorstand nicht bekannt.

Am 22. November 2005 hat die UniCredito Italiano S.p.A., Genua, gemäß § 21 WpHG der Gesellschaft mitgeteilt, dass sie seit dem 17. November 2005 93,9% des Grundkapitals und 93,8% der stimmberechtigten Inhaber-Stammaktien der Gesellschaft hält, davon 0,001% indirekt. Der Ad-hoc-Mitteilung vom 23. Januar 2007 der UniCredit ist zu entnehmen, dass sich ihr Anteil am Grundkapital der HVB AG inzwischen auf 95% erhöht hat.

Die Gesellschaft hat keine Aktien ausgegeben, die eine besondere Einflussnahmemöglichkeit auf die Gesellschaftsorgane und damit eine besondere Kontrollbefugnis verleihen.

Eine Trennung zwischen Stimmrechtskontrolle und Aktie im Zusammenhang mit Arbeitnehmerbeteiligungen besteht nicht. Sofern Arbeitnehmer der Gesellschaft Aktien der Gesellschaft erworben haben, können sie ihr Stimmrecht – wie jeder andere Aktionär – entweder selbst oder durch einen Bevollmächtigten ausüben.

Die Bestellung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften in §§ 84, 85 AktG. Satzungsänderungen bedürfen gemäß § 179 AktG eines Beschlusses der Hauptversammlung. Der Beschluss bedarf einer Mehrheit von mindestens drei Viertel des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals. Gemäß § 21 Abs. 2 der Satzung ist die Befugnis zu Änderungen der Satzung, die nur die sprachliche Form, nicht jedoch deren Inhalt betreffen (Fassungsänderung), dem Aufsichtsrat eingeräumt.

Auf Grund eines Beschlusses der Hauptversammlung vom 29. April 2004 ist der Vorstand gemäß § 5 Abs. 2 der Satzung zur Aktienausgabe aus genehmigtem Kapital (§§ 202 ff. AktG) ermächtigt. § 5 Abs. 2 Satz 1 und 2 der Satzung der Gesellschaft hat folgenden Wortlaut: »Der Vorstand ist ermächtigt, bis zum 29. April 2009 das Grundkapital der Gesellschaft mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer Aktien gegen Bareinlagen oder auch gegen Sacheinlagen einmalig oder mehrmalig, jedoch insgesamt höchstens um nominal 990 000 000,00 € durch Ausgabe von bis zu 330 000 000 Stückaktien zu erhöhen. Es dürfen entweder nur Stammaktien oder Stammaktien und stimmrechtslose Vorzugsaktien, die mit den gleichen Rechten wie die bereits bestehenden Vorzugsaktien ohne Stimmrecht ausgestattet sind, ausgegeben werden.«

Der Vorstand ist hierbei ermächtigt, in den in § 5 Abs. 2 der Satzung im Einzelnen aufgeführten Fällen das Bezugsrecht der Aktionäre nach Maßgabe der Ermächtigung vom 29. April 2004 mit Zustimmung des Aufsichtsrats auszuschließen.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 14. Mai 2003 ist der Vorstand ferner ermächtigt, gemäß § 221 AktG bis zum 14. Mai 2008 Optionsschuldverschreibungen, Wandelschuldverschreibungen, Optionsgenussscheine oder Wandelgenussscheine mit einem Options- oder Wandlungsrecht und/oder einer Wandlungspflicht in auf den Inhaber lautende Stammaktien der Bayerische Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft oder Gewinnschuldverschreibungen (mit oder ohne Options- oder Wandlungsrecht oder -pflicht) in Euro oder einer anderen gesetzlichen Währung im Gesamtnennbetrag oder Gegenwert von insgesamt bis zu 1 500 000 000,00 € zu begeben. Zur Gewährung von Stammaktien an die Inhaber von Schuldverschreibungen und Genussscheinen, die gemäß dieser Ermächtigung vom 14. Mai 2003 begeben werden, steht gemäß § 5 Abs. 4 der Satzung ein bedingtes Kapital von 375 Mio € zur Verfügung.

Auf Grund des Beschlusses der Hauptversammlung vom 23. Mai 2006 ist der Vorstand ferner gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG ermächtigt, zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien zu kaufen und zu verkaufen.

Darüber hinaus kann die Gesellschaft in den in § 71 Abs. 1 Nr. 1–5 AktG gesetzlich vorgesehenen Fällen eigene Aktien erwerben.

In der HVB AG bestehen keine wesentlichen Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen.

Entschädigungsvereinbarungen für den Fall eines Übernahmeangebots mit den Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern bestehen nicht.

Gemäß § 171 Abs. 2 Satz 2 AktG in der Fassung des Übernahmerrichtlinie-Umsetzungsgesetzes vom 8. Juli 2006 werden die Angaben zu § 289 Abs. 4 HGB im Bericht des Aufsichtsrats des Geschäftsberichts 2006 der HVB Group erläutert.

Geschäftsfelder

Im Zusammenhang mit der Integration in die UniCredit Gruppe wurden die marktbezogenen Aktivitäten der HVB AG neu strukturiert und gemäß der global agierenden Divisionen Privat- und Geschäftskunden, Wealth Management, Firmen- & Kommerzielle Immobilienkunden sowie Markets & Investment Banking aufgeteilt. Daneben gibt es ein Geschäftsfeld »Sonstige«, das Global Business Services und Group Corporate Center Aktivitäten umfasst. In die Group Corporate Center Aktivitäten sind auch das ehemalige Geschäftsfeld RER und das neu definierte Special Credit Portfolio (SCP) einbezogen.

Geschäftsverlauf und Lage Fortsetzung

Wesentliche Produkte, Absatzmärkte, Wettbewerbsposition und Standorte

Die HVB AG gehört zu den großen Banken in Deutschland, die in ausgewählten Regionen mit hoher Präsenz vertreten ist. Die HVB AG bietet sowohl Privat- und Firmenkunden als auch Kunden aus dem öffentlich-rechtlichen Bereich eine umfassende Auswahl an Bank- und Finanzprodukten und -dienstleistungen an, die zum Beispiel von Hypothekendarlehen und Bankdienstleistungen für Verbraucher, Privatkundengeschäft, Geschäftskrediten und Außenhandelsfinanzierungen bis hin zu Fondsprodukten, Beratungs- und Brokerage-Dienstleistungen, dem Wertpapiergeschäft und Wealth Management reicht.

Nach Übertragung der Beteiligungen der HVB AG an der BA-CA sowie an weiteren Einheiten in Zentral- und Osteuropa ergibt sich die Möglichkeit für weiteres organisches Wachstum sowie für externes akquisitionsbezogenes Wachstum auf dem deutschen Bankenmarkt. Außerdem ergibt sich die Chance für einen Markteintritt in anderen Regionen Europas (insbesondere Skandinavien und Benelux-Staaten). Auch ist es das Ziel, das Investment-Banking-Geschäft signifikant auszubauen und sich zum Kompetenzzentrum für das Investment Banking innerhalb der gesamten UniCredit Gruppe zu entwickeln.

Wie bislang auch, liegt die operative Verantwortung für das Geschäft in Zentral- und Osteuropa (CEE) bei der BA-CA. Die Präsenz und Angebotsbreite der UniCredit Gruppe wird sich durch die Zusammenführung der CEE-Aktivitäten weiter erheblich verbessern. Damit ist die HVB AG in der Lage, ihren Kunden einen noch besseren Zugang in diese Region zu eröffnen, die damit von den Transaktionen profitieren.

Eine Aufgliederung unserer Geschäftsstellen nach Regionen befindet sich im Kapitel Geschäftsstellen im Lagebericht.

Organisation der Leitung und Kontrolle

Der Vorstand als Leitungsorgan der HVB AG berichtet dem Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle relevanten Fragen der Unternehmensplanung und strategischen Weiterentwicklung, über den Gang der Geschäfte und die Lage der HVB AG einschließlich der Risikolage.

Der Aufsichtsrat der HVB AG besteht aus 20 Mitgliedern und setzt sich zu gleichen Teilen aus Vertretern der Aktionäre und der Arbeitnehmer zusammen. Aufgabe des Aufsichtsrats ist es, den Vorstand bei der Führung der Geschäfte zu überwachen und zu beraten. Zur Unterstützung seiner Arbeit hatte der Aufsichtsrat im Berichtsjahr drei Ausschüsse eingerichtet: Präsidium, Prüfungsausschuss und Vermittlungsausschuss.

Die HVB AG verfügt über eine gruppenweite Risikoüberwachung und -steuerung. Die Überwachungssysteme sind darauf ausgerichtet, dass Risiken frühzeitig erkannt werden. Controlling und Risikomanagement waren 2006 unter dem Verantwortungsbereich des Chief Risk Officer zusammengefasst, der regelmäßig im Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats berichtete. Weitere Ausführungen hierzu enthält das Kapitel »Risikobericht«.

Eine namentliche Aufstellung aller Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der HVB AG befindet sich im Kapitel Organe im Anhang.

Grundzüge des Vergütungssystems

Struktur der Vorstandsvergütung

Die Struktur der Vorstandsvergütung sowie die Vergütung im Einzelnen werden vom Präsidium des Aufsichtsrats festgelegt. Die direkte Vergütung besteht aus drei Komponenten und umfasst feste und variable Bestandteile: Ein Festgehalt, einen Bonus als variable Vergütung mit erfolgsbezogener Komponente (Short Term Incentive) und einen Vergütungsbestandteil mit langfristiger Anreizwirkung (Long Term Incentive).

Besonderes Gewicht haben die variablen Komponenten, die an die Erreichung der für das Geschäftsjahr vereinbarten Ziele sowie der Ziele im strategischen Plan anknüpfen und das Festgehalt übertreffen können. Durch eine wettbewerbsfähige erfolgsgerechte Vergütung und eine Verlagerung der Auszahlung in die mittel- bis langfristige Zukunft auf Grund der Beteiligung am Long Term Incentive-Plan der UniCredit Gruppe soll eine Bindung des Managements an das Unternehmen erreicht werden.

Um die Verantwortung der Vorstandsmitglieder marktgerecht zu vergüten, hat ein externer Spezialist eine Marktuntersuchung für die HVB AG durchgeführt, in die vergleichbare Unternehmen einbezogen worden sind. Die Vergütung der Vorstandsmitglieder für das Jahr 2006 wurde unter Berücksichtigung dieser Untersuchung vom Präsidium des Aufsichtsrats festgelegt.

Das Festgehalt entspricht dem Niveau in vergleichbaren Unternehmen. Es wird in 12 monatlichen Tranchen ausbezahlt.

Der Bonus ist ein Short Term Incentive, dessen Höhe vom Erreichen bestimmter, mit allen Vorstandsmitgliedern zu Beginn des Jahres vereinbarter Ziele abhängig ist. 2006 wurden diese Ziele im Laufe des Jahres nach Abschluss der Dreijahresplanung präzisiert. Die Ziele sind in Scorecards abgebildet und umfassen Team-, Core- und Integrationsziele.

Das Teamziel orientiert sich bei allen Vorstandsmitgliedern am Ergebnis des HVB-Teilkonzerns. Einige für regionale Divisionen verantwortliche Vorstandsmitglieder haben daneben noch als weiteres Teamziel ein divisionales Ziel. Den Schwerpunkt bilden die so genannten Coreziele, also besonders bedeutende Ziele aus dem eigenen Verantwortungsbereich. Unter den Integrationszielen werden die wichtigsten Aufgaben aus dem Prozess zur Integration der HVB AG in die UniCredit Gruppe erfasst.

Mit den Vorstandsmitgliedern werden überwiegend quantitative, teilweise aber auch qualitative Ziele vereinbart. Für die Zielerreichung bei den quantitativen Zielen wird jeweils ein relativ enger Korridor festgelegt. Wird der untere Wert dieses Korridors nicht erreicht, wird das Ziel mit keinen Punkten bewertet. Bei Erreichen des oberen Werts erhält das Vorstandsmitglied die zuvor festgelegte Höchstpunktzahl für dieses Ziel. Bei den qualitativen Zielen entscheidet das Präsidium unter Berücksichtigung eines Votums des Leiters der Division bzw. der Funktion, in der das Vorstandsmitglied tätig ist, über die Zielerreichung.

Die gewichtete Summe der Punkte aus den einzelnen Zielen ergibt die Zielerreichung. Ein Bonus wird gezahlt, wenn eine festgelegte Mindestpunktzahl erreicht wird. Entsprechend der Handhabung bei der UniCredit wird ab 2007 als Referenzwert der Maximalwert des Bonus festgelegt. Dieser Maximal-Bonus kann bei Erreichung eines Gesamtergebnisses von 120 Punkten in der Scorecard beansprucht werden. Dies bedeutet, dass der Bonus nach oben begrenzt ist und künftig bei einer Zielerreichung von 100% ein entsprechend niedrigerer Prozentsatz des Maximal-Bonus ausgezahlt wird.

Jedes Vorstandsmitglied nimmt am Stock Option & Performance Shares Plan der UniCredit Gruppe (Long Term Incentive-Plan der UniCredit Gruppe) teil. Dieser Plan besteht aus zwei Komponenten. Zum einen wird jedem Vorstandsmitglied eine bestimmte Anzahl an Optionen eingeräumt, die ausgeübt werden können, wenn der Berechtigte nach Ablauf von vier Jahren noch für die UniCredit Gruppe tätig ist (Unverfallbarkeit/Vesting). In 2006 wurden dem Vorstand der HVB AG insgesamt 508 633 Stock Options gewährt. Jede Option berechtigt zum Erwerb einer Aktie der UniCredit zu einem Preis, der vor Ausgabe der Option festgelegt wurde. Die Option kann ausgeübt werden in einem Zeitraum von neun Jahren ab Vesting.

Zum anderen wird jedem Vorstandsmitglied die unentgeltliche Übertragung einer festgelegten Anzahl von Aktien der UniCredit zugesagt, wenn nach Ablauf von drei Jahren die jeweils relevanten Ziele aus dem strategischen Plan der UniCredit erreicht sind und der Berechtigte noch für die UniCredit Gruppe tätig ist. Der Vorstand der HVB AG hat in 2006 195 333 Performance Shares erhalten. Die Ziele wurden in Baskets zusammengefasst. Es gibt Baskets für die UniCredit Gruppe und für die einzelnen Divisionen. In jedem Basket sind fünf Ziele, von denen drei erreicht sein müssen.

Vorstandsmitglieder, die im operativen Geschäft tätig sind, erhalten die Aktien nur, wenn die Division ihre Ziele erreicht hat. Wenn nur die Division ihre Ziele erreicht hat, erhalten sie 50% der Aktien, wenn auch die Gruppe ihre Ziele erreicht hat, 100% der Aktien. Die anderen Vorstandsmitglieder erhalten die Aktien, wenn die Gruppe ihre Ziele erreicht hat. Die Kosten für die Teilnahme am Long Term Incentive-Plan erstattet die HVB AG der UniCredit.

Für einzelne Mitglieder des Vorstands kommt es je nach den vertraglichen Konstellationen zu Abweichungen von den oben genannten Regelungen. Weitere Einzelheiten dazu sind im Geschäftsbericht der HVB Group im Vergütungsbericht dargestellt.

Vergütung der Vorstandsmitglieder für Aufsichtsratsmandate bei Konzernunternehmen sind an die HVB AG abzuführen.

Angaben zur Höhe der Gesamtbezüge der Vorstandsmitglieder sind dem Anhang zu entnehmen.

Die Hauptversammlung vom 23. Mai 2006 hat von der so genannten Opting-Out-Klausel des Gesetzes über die Offenlegung der Vorstandsvergütungen Gebrauch gemacht und beschlossen, dass die Offenlegung der Vergütung der Vorstandsmitglieder nicht individualisiert erfolgt.

Geschäftsverlauf und Lage Fortsetzung

Neben der direkten Vergütung bestehen Versorgungszusagen. Bis auf drei Vorstandsmitglieder nehmen die Vorstandsmitglieder an der fondsgedeckten Deferred Compensation (FDC) teil, die auch den Mitarbeitern der Bank offen steht. Als Beitrag werden von der HVB AG 20% des Festgehalts und des Short Term Incentive zur Verfügung gestellt, maximal 200 000,- € pro Jahr. Für diesen Betrag wurde mit den Vorstandsmitgliedern eine Gehaltsumwandlung vereinbart, sodass das Vorstandsmitglied anstelle einer Auszahlung eine wertgleiche Versorgungszusage der HVB AG erhält. Die Mittel der Deferred Compensation werden von der HVB AG einem Kapitalkonto des Vorstandsmitglieds gutgeschrieben und in einem Fonds investiert, derzeit dem Pioneer Total Return Fonds. Die HVB AG garantiert eine Rendite von 2,75% p. a. Ein höherer Ertrag wird zunächst zur Dotierung einer Schwankungsreserve in Höhe von 10% des Sondervermögens für FDC verwendet. Ein überschüssiger Ertrag wird dem Vorstandsmitglied anteilig gutgeschrieben. Die Schwankungsreserve wird zum Ausgleich etwaiger versicherungstechnischer Verluste verwendet. Bei Eintritt des Versorgungsfalls wird das Kapitalguthaben in eine lebenslange Rente umgerechnet. Einem Vorstandsmitglied wurde eine Festbetragszusage erteilt. Für ein anderes Vorstandsmitglied werden Beiträge an eine Pensionskasse entrichtet. Für ein weiteres Vorstandsmitglied besteht keine Versorgungszusage mit der HVB AG.

Ferner bestehen Zusagen für den Fall der Beendigung der Tätigkeit als Vorstandsmitglied. Bei einer Nichtverlängerung des Vertrags, die vom Vorstandsmitglied nicht zu vertreten ist, wird im Regelfall ein Übergangsgeld von mindestens einem Jahresgehalt (Festgehalt und Bonus) höchstens jedoch von drei Jahresgehältern in Abhängigkeit von der Dienstzeit gezahlt; der Höchstbetrag wird nach 20 Jahren gezahlt. Das Übergangsgeld ist in jedem Fall begrenzt auf die bis zum 62. Lebensjahr noch ausstehenden Jahresgehälter (Festgehalt und Bonus). Ein Vorstandsmitglied erhält wegen eines anderweitigen Vertrags in der Gruppe bei Nichtverlängerung von der HVB AG keine Leistungen, ein anderes kann Ruhegeld beziehen.

Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder

Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder ist in § 15 der Satzung der HVB AG geregelt. Die Vergütung ist in einen festen und einen variablen, dividendenabhängigen Bestandteil aufgeteilt. Hiernach erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats eine feste, nach Ablauf des Geschäftsjahrs zahlbare Vergütung von je 25 000,- € und eine dividendenabhängige Vergütung von 400,- € für je 0,01 € Dividende, soweit diese 0,12 € je Stückaktie übersteigt. Der Vorsitzende des

Aufsichtsrats erhält das Doppelte, die stellvertretenden Vorsitzenden das Eineinhalbfache der genannten Vergütung. Ferner steht dem Aufsichtsrat eine feste, nach Ablauf des Geschäftsjahrs zahlbare Vergütung von jährlich 120 000,- € zur Verfügung, die gemäß Aufsichtsratsbeschluss zur Vergütung der Ausschussmitglieder verwendet wird. Hiernach erhalten für das Geschäftsjahr 2006 die Mitglieder des Prüfungsausschusses eine jährliche Vergütung von je 20 000,- €. Der Vorsitzende des Ausschusses erhält das Doppelte. Soweit die Mitglieder des Aufsichtsrats dem Management Committee der UniCredit angehören, führen diese ihre Aufsichtsratsvergütung an die UniCredit ab, da die Wahrnehmung von Aufsichtsratsmandaten bei Tochtergesellschaften zu den typischen Managementaufgaben gehört.

Angaben zur Höhe der Bezüge der Aufsichtsratsmitglieder sind dem Anhang zu entnehmen.

Unternehmensinterne Steuerung

Die HVB AG hat das Ziel, den Unternehmenswert nachhaltig zu steigern. Um den Anforderungen des Kapitalmarkts sowie der Notwendigkeit einer wertorientierten Steuerung Rechnung zu tragen, haben wir das Konzept der dualen Gesamtbanksteuerung umgesetzt. Das vorrangige Ziel der Wertschaffung im Sinne des »Shareholder Value« kann so auf die operativen Divisionen übertragen werden.

Im Wesentlichen fordert dieses Konzept eine Verzinsung von zwei Kapitalressourcen. Das ist zum einen das regulatorische Kapital im Sinne von gebundenem Kernkapital, zum anderen das Risikokapital, also das tatsächlich notwendige ökonomische Kapital zur Deckung der nach internen Modellen ermittelten Risiken. Beide Ressourcen sind mit Verzinsungsansprüchen belegt, die von den Renditeerwartungen des Kapitalmarkts abgeleitet werden und von den jeweiligen Einheiten zu erwirtschaften sind. Im Jahr 2007 wird die duale Gesamtbanksteuerung weiter mit der Steuerung der UniCredit Gruppe harmonisiert. Eine detaillierte Beschreibung zu diesem Thema befindet sich im Risikobericht im Kapitel »Gesamtbanksteuerung«.

RAHMENBEDINGUNGEN

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2006

Die Weltwirtschaft wuchs im vergangenen Jahr mit knapp 5% gegenüber dem Vorjahr etwa so stark wie im Jahr 2005. Wachstumspole waren die USA (BIP-Zuwachs 2006: +3,5%), China (+10,75%) und die asiatischen Schwellenländer (+7,0%). Vor allem in den USA zeigte sich im Jahresverlauf jedoch bereits eine Abkühlung, in deren Folge das BIP-Wachstum spürbar unter den langfristigen Durchschnitt von 3,25% fiel. Ursache waren vor allem die schwächeren wirtschaftspolitischen Stimuli, das weiter steigende Außenhandelsdefizit, eine deutliche Abschwächung im Immobiliensektor sowie die tiefgreifenden Probleme in der amerikanischen Autoindustrie. Japan hingegen befindet sich in der Mitte einer ausgedehnten Wachstumsphase. Getragen von Exporten und Unternehmensinvestitionen legte das BIP 2006 um gut 2,0% gegenüber dem Vorjahr zu.

Im Euroraum hat der Aufschwung im vergangenen Jahr an Dynamik hinzugewonnen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs 2006 mit 2,75% nahezu doppelt so schnell wie im Vorjahr. Dabei konnte die europäische Wirtschaft von anhaltend starker Auslandsnachfrage ebenso profitieren wie von einer robusten Binnennachfrage. Das gilt vor allem für Deutschland, wo neben den Investitionen auch der private Verbrauch wieder zur Wachstumsstütze wurde. Erstmals seit gut einer Dekade blieb der deutsche BIP-Zuwachs nicht mehr hinter dem des Euroraums zurück. Die Entwicklung im Einzelnen:

- Im Jahresdurchschnitt 2006 fiel der BIP-Anstieg in Deutschland mit 2,5% deutlich höher aus als im Vorjahr (+0,9%). Es war der stärkste Zuwachs seit dem Jahr 2000, hauptsächlich getragen vom starken Wachstum der Unternehmensinvestitionen.
- Die deutsche Inflation lag bei 1,8% (2005: +1,9%). Verantwortlich für den Rückgang gegenüber dem Vorjahr war vor allem ein weniger starker Anstieg von Energiepreisen und von staatlich festgesetzten Preisen.
- Die Zahl der Arbeitslosen lag im Jahresmittel 2006 bei 4,48 Millionen, nach 4,86 Millionen im Vorjahr.
- Der Leistungsbilanzüberschuss lag bei 4,4% des nominalen BIP (2005: 4,0%). Deutschland blieb damit weltweit die stärkste Exportwirtschaft.
- Das Defizit der öffentlichen Haushalte sank deutlich von 3,2% des BIP auf 1,9%. Damit hielt Deutschland erstmals seit fünf Jahren wieder die Vorgaben des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts ein.
- Die Langfristzinsen sind wieder angestiegen. Ende 2006 lagen die Renditen der zehnjährigen Bundesanleihen bei 3,95% (2005: 3,3%). Die Europäische Zentralbank erhöhte den Refi-Satz von 2,25% zu Jahresbeginn auf 3,5% im Dezember 2006.

Branchenspezifische Rahmenbedingungen

Der deutsche Bankensektor war im Jahr 2006 durch eine positive Entwicklung der Kredit- und Einlagebestände geprägt. Ursachen waren das immer noch robuste Wachstum der Weltwirtschaft in Verbindung mit der stärksten Expansion der deutschen Wirtschaft seit dem Jahre 2000. Hinzu kam eine starke Performance der internationalen Finanzmärkte. Die für den Zinsüberschuss verantwortlichen Faktoren schufen insgesamt ein positives Umfeld für die Profitabilität der deutschen Banken. Im Kreditgeschäft ist die Wachstumsrate der Ausleihungen des Bankensektors 2006 zum ersten Mal seit 2002 wieder positiv gewesen, auch wenn sie gemessen am Niveau des Euro-Raums noch sehr niedrig war. Die gesamten Ausleihungen wuchsen 2006 um circa 1%, während sie zwischen 2002 und 2005 im Durchschnitt jährlich noch um 0,6% zurückgegangen waren. Dies ist auf die hohen Investitionen der deutschen Firmen für Kapitalgüter und die dadurch bedingten Ausleihungen zurückzuführen. Die Kreditnachfrage der Haushalte nahm hingegen nur leicht zu.

Die Einlagenbestände sind stärker gewachsen (die gesamten Einlagen der Nichtbanken sind 2006 um 4,5% angestiegen). Wie auch bei den Ausleihungen trug dazu hauptsächlich die verbesserte finanzielle Situation der Unternehmen bei, die 2006 Termingelder im Gegensatz zu Sichteinlagen bevorzugten.

Der im Jahr 2006 aus dem Wachstum der Kredit- und der Einlagenbestände resultierende positive Beitrag zum Zinsüberschuss wurde während der ersten Hälfte des Jahres durch weiteren Druck auf die Zinsspanne gedämpft. Während die Banken im Zusammenhang mit der restriktiveren Geldpolitik der EZB die Einlagenzinsen spürbar erhöhten, waren zunächst die langfristigen Kreditzinsen in der ersten Jahreshälfte weiter rückläufig, zeigten in der zweiten Jahreshälfte eine Trendumkehr und erreichten nahezu das Vorjahresniveau.

Geschäftsverlauf und Lage Fortsetzung

Der Beitrag des Provisionsüberschusses zur Ertragssituation deutscher Banken profitierte 2006 hauptsächlich vom sehr freundlichen Finanzmarktumfeld. Die verstärkte Aktivität am Kapitalmarkt hat sich 2006 im erneut starken Zuwachs des Handelsvolumens an den deutschen Börsen niedergeschlagen. Dies wurde besonders durch die sehr starke Nachfrage der institutionellen Investoren begünstigt. Der DAX stieg zum zweiten Mal in Folge um über 20% bezogen auf das jeweilige Vorjahr an und schuf somit ein sehr positives Umfeld für das Fondsgeschäft sowie für das Handelsergebnis der deutschen Banken.

Die Risikovorsorge hat sich 2006, zumindest was den Unternehmenssektor betrifft, vergleichsweise positiv entwickelt. Zu verzeichnen war eine weiterhin schrumpfende Anzahl von Unternehmensinsolvenzen; die Verbraucherinsolvenzen hingegen wuchsen weiter an.

Erfolgsrechnung 2006 und wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres 2006

Auch im Geschäftsjahr 2006 wurde die Gewinn- und Verlustrechnung der HVB AG durch Sondereffekte beeinflusst, die sich vor allem außerhalb des Betriebsergebnisses ausgewirkt haben. Das Betriebsergebnis verbesserte sich durch einen gestiegenen Zinsüberschuss und eine erhebliche Entlastung der Risikovorsorge um mehr als die Hälfte. Außerhalb des Betriebsergebnisses ergaben sich im Berichtsjahr per saldo belastende Sondereffekte, die sich im Saldo sonstiges Geschäft niederschlugen.

So konnten im Berichtsjahr negative Sondereffekte aus Verlustübernahmen und Änderungen von Bewertungsparametern nicht vollständig durch positive Sondereffekte aus Beteiligungsverkäufen kompensiert werden; im Saldo sonstiges Geschäft ergibt sich dadurch eine Nettobelastung von –89 Mio €.

ERFOLGSRECHNUNG

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	2006	2005	VERÄNDERUNG	
	in Mio €	in Mio €	in Mio €	in %
Zinsüberschuss	3 929	3 682	247	6,7
Provisionsüberschuss	1 464	1 395	69	4,9
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	336	395	– 59	– 14,9
Verwaltungsaufwendungen	– 3 375	– 3 364	– 11	0,3
Personalaufwand	– 1 878	– 1 846	– 32	1,7
Andere Verwaltungsaufwendungen ¹	– 1 497	– 1 518	21	– 1,4
Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen	– 106	– 127	21	16,5
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	2 248	1 981	267	13,5
Risikovorsorge	– 762	– 1 018	256	– 25,1
Betriebsergebnis	1 486	963	523	54,3
Aufwendungen für Restrukturierungen	—	– 330	330	– 100,0
Außerordentliche Aufwendungen	—	– 225	225	– 100,0
Saldo sonstiges Geschäft	– 89	822	– 911	
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	—	– 1	1	– 100,0
Ergebnis vor Steuern	1 397	1 229	168	13,7
Steuern	– 155	– 236	81	– 34,3
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	1 242	993	249	25,1
Entnahmen aus der Rücklage für eigene Anteile	1	—	1	
Einstellungen in die Rücklage für eigene Anteile	—	– 2	2	– 100,0
Einstellungen in andere Gewinnrücklagen	– 621	– 800	179	– 22,4
Bilanzgewinn	622	191	431	>+ 100,0

¹ Einschließlich Normalabschreibungen auf Sachanlagen

Im Vorjahr ergaben sich unterhalb des Betriebsergebnisses per saldo begünstigende Sondereffekte, insbesondere durch Zuschreibungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen und Veräußerungsgewinnen, die die negativen Sondereffekte wie Restrukturierungsaufwendungen, außerordentliche Aufwendungen sowie Verlustübernahmen deutlich übertrafen.

- Der Zinsüberschuss hat sich auf 3929 Mio € (+6,7%) erhöht. Dazu trugen vor allem die Zinsen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften, den festverzinslichen Wertpapieren, den laufenden Erträgen aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sowie aus Beteiligungen bei. Niedriger waren die Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen, da in Folge des anstehenden Verkaufs der BA-CA an die UniCredito Italiano S.p.A. die Dividendenerträge Bestandteil des Veräußerungspreises sind und somit nicht im Zinsüberschuss der HVB AG enthalten sind. Die Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen stiegen durch die erhöhte Ausschüttung der HVB Verwa 4 GmbH, München, auf Grund des Verkaufs der Activest Investmentgesellschaft mbH, München, an Pioneer Global Asset Management S.p.A., Mailand, auf 427 Mio €. Die beiden letztgenannten Sondereffekte haben sich per saldo weitgehend ausgeglichen.
- Der Provisionsüberschuss konnte auf 1464 Mio € (+4,9%) gesteigert werden. Diese positive Entwicklung ist neben dem verbesserten Marktumfeld auf einen Anstieg im Wertpapier- und Depotgeschäft, die Erträge aus dem Vermittlungsgeschäft, insbesondere aus Beratungstätigkeiten, zurückzuführen. Gerade bei den Produktplatzierungen konnten wir die Erträge in hohem Maße steigern. Belastet wurde dieser positive Trend durch einen Rückgang im Kreditgeschäft.
- Das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr 336 Mio €, das sind 59 Mio € weniger als im Vorjahr. Der Rückgang begründet sich im Wesentlichen durch ein niedrigeres Ergebnis aus dem kursbezogenen Geschäft (–54 Mio €).
- Mit 3375 Mio € liegen die Verwaltungsaufwendungen leicht über denen des Vorjahrs. Die Personalaufwendungen sind um 1,7% gestiegen, was im Wesentlichen auf tarifliche und außertarifliche Gehaltsanpassungen zurückzuführen ist. Die anderen Verwaltungsaufwendungen einschließlich der Normalabschreibungen auf Sachanlagen haben sich um 1,4% auf 1497 Mio € verringert. Dieser Rückgang ist das Resultat strikten Kostenmanagements.
- Der Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen betrug im Geschäftsjahr 2006 –106 Mio € (2005: –127 Mio €). Im Aufwandssaldo enthalten sind Zuführungen zu Rückstellungen für Mietgarantien sowie Rückstellungen aus dem Nichtkreditgeschäft.
- Da die operativen Erträge prozentual stärker stiegen (+3,1%) als die Verwaltungsaufwendungen (+0,3%) verbesserte sich die Cost-Income-Ratio um 1,7%-Punkte auf erfreuliche 61,2%.
- Der Aufwand für die Risikoversorge (inklusive Ergebnis aus Liquiditätsvorsorgebestand) belief sich auf 762 Mio € und lag damit erheblich unter dem Niveau des Vorjahres. Die Belastungen aus Einzelengagements aus dem Kreditgeschäft konnten durch den konjunkturellen Aufschwung weiter reduziert werden. Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft lag bei 808 Mio €. Das Ergebnis aus dem Liquiditätsvorsorgebestand belief sich auf 46 Mio €, was zu einem Anstieg von 67 Mio € gegenüber dem Vorjahr führte.
- Das ausgewiesene Betriebsergebnis in Höhe von 1486 Mio € stieg vor allem durch den höheren Zinsüberschuss und die niedrigere Risikoversorge um 54,3% und spiegelt insgesamt die erfreuliche Entwicklung der Gesamtbank wider.
- Im Saldo sonstiges Geschäft weisen wir einen Aufwand von –89 Mio € aus (2005: 822 Mio €). Darin enthalten sind unter anderem Veräußerungsgewinne und -verluste aus Beteiligungen, verbundenen Unternehmen, wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere (246 Mio €) und Zu- bzw. Abschreibungen auf unseren Anteilsbesitz von per saldo 59 Mio €. Belastet wurde das Ergebnis durch die in dieser Position enthaltenen Verlustübernahmen in Höhe von 230 Mio € (2005: 422 Mio €) sowie durch einmalige Aufwendungen im Zusammenhang mit der Änderung von Parametern bei der Ermittlung von Fair Values bei Handelsbeständen sowie Finanzinstrumenten aus dem Liquiditätsvorsorgebestand (153 Mio €).
- Der Aufwand für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag beträgt 150 Mio € (2005: 230 Mio €). Die sonstigen Steuern beliefen sich auf 5 Mio €.

Geschäftsverlauf und Lage Fortsetzung

– Aus der beschriebenen Entwicklung erzielte die HVB AG im Geschäftsjahr 2006 einen Jahresüberschuss in Höhe von 1242 Mio €. Zum Jahresende errechnet sich eine Eigenkapitalrentabilität nach Steuern von 10,1%. Die Verwendung des Jahresüberschusses haben wir mit 621 Mio € für die Einstellung in die anderen Gewinnrücklagen vorgesehen. Aus der 2005 gebildeten Rücklage für eigene Anteile haben wir 1 Mio € entnommen. Der Hauptversammlung im Juni 2007 schlagen wir vor zu beschließen, aus dem verbleibenden Bilanzgewinn eine Dividende in Höhe von 301 Mio € an die Aktionäre auszuschütten sowie eine weitere Einstellung in die Gewinnrücklagen in Höhe von 321 Mio € vorzunehmen. Die Dividendensumme in Höhe von 301 Mio € entspricht einer Dividende von 0,40 € je Stammaktie und je Vorzugsaktie (300 Mio €) sowie einem Vorausgewinnanteil von 0,064 € je Vorzugsaktie (1 Mio €).

BILANZ

– Die Bilanzsumme der HVB AG belief sich zum 31. Dezember 2006 auf 321,9 Mrd € (+ 3,0%). Die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden entwickelten sich rückläufig, wohingegen die Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinslichen Wertpapiere stärker zunahm.

– Das Kreditvolumen (Bilanzaktiva, Derivate mit Ausnahme von Stillhalterpositionen von Optionsgeschäften sowie die dafür übernommenen Gewährleistungen und andere außerbilanzielle Geschäfte) stieg von 396,0 Mrd € im Vorjahr auf 404,2 Mrd € (+ 2,1%).

– Die Bestände an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren erhöhten sich um 22,1% auf 66,3 Mrd € und die Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren um 55,0% auf 24,1 Mrd €. Die Anteile an Beteiligungen und verbundenen Unternehmen erhöhten sich leicht um 0,3 Mrd € auf 12,0 Mrd €.

– Die Refinanzierung wurde dem erhöhten Aktivvolumen angepasst. Dabei haben wir die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitute (+ 2,2%) sowie die verbrieften Verbindlichkeiten (+ 1,6%) erhöht. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden blieben mit 104,0 Mrd € nahezu unverändert. Die sonstigen Verbindlichkeiten stiegen deutlich (+ 40,9%) auf 20,9 Mrd €, bedingt durch Verbindlichkeiten aus Wertpapier-Short-Positionen und erhaltenen Prämien für noch nicht fällige Optionsgeschäfte. Die Bank nutzt alle Arten der Refinanzierung, darunter auch Geldeinlagen, Geldaufnahmen bei anderen Kreditinstituten über alle Laufzeitbänder des Kapitalmarktes unter teilweiser Inanspruchnahme der ausgereichten Linien.

– Das bilanzielle Eigenkapital der HVB AG (einschließlich 1,2 Mrd € Jahresüberschuss) erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Mrd €. Aus der Rücklage für eigene Anteile haben wir 1 Mio € aufgelöst. Den anderen Gewinnrücklagen haben wir 0,6 Mrd € zugeführt.

– Die Risikoaktiva nach KWG belaufen sich nach festgestelltem Jahresabschluss 2006 auf 137,6 Mrd € (2005: 151,9 Mrd €). Die Marktrisikopositionen betragen 0,6 Mrd €.

– Im Berichtsjahr beläuft sich das Kernkapital (KWG) nach festgestelltem Jahresabschluss auf 12,5 Mrd €. Die Eigenmittel, die neben dem haftenden Eigenkapital (17,9 Mrd €) auch die so genannten Drittrangmittel (0,4 Mrd €) einschließen, betragen 18,3 Mrd €. Damit errechnet sich eine Kernkapitalquote in Höhe von 9,1% und eine Eigenmittelquote von 12,7%.

– Die Liquidität eines Kreditinstituts wird bankaufsichtsrechtlich anhand der Liquiditätskennzahl nach Grundsatz II beurteilt. Diese Kennzahl setzt die innerhalb eines Monats verfügbaren Zahlungsmittel ins Verhältnis zu den in diesem Zeitraum abrufbaren Zahlungsverpflichtungen. Die Liquidität gilt als ausreichend, wenn der Kennzahlenwert mindestens 1,0 beträgt. In der HVB AG belief sich der Wert in 2006 durchschnittlich auf 1,2 (2005: 1,2).

GESCHÄFTSSTELLEN

Im Geschäftsjahr 2006 unterhielt die HVB AG 640 inländische und 31 ausländische Geschäftsstellen. In den übrigen Regionen haben wir eine Geschäftsstelle in der Schweiz eröffnet sowie unsere Repräsentanz in Ägypten geschlossen.

Geschäftsstellen nach Regionen

	2005	ZUGÄNGE		ABGÄNGE		2006
		NEUERÖFFNUNGEN	SCHLIESSUNGEN	ZUSAMMENLEGUNGEN		
Deutschland						
Baden-Württemberg	23	1	—	—		24
Bayern	370	—	—	—		370
Berlin	7	—	—	—		7
Brandenburg	8	—	—	—		8
Bremen	—	—	—	—		—
Hamburg	30	—	—	—		30
Hessen	13	1	—	—		14
Mecklenburg-Vorpommern	8	—	—	—		8
Niedersachsen	26	—	—	—		26
Nordrhein-Westfalen	19	—	—	—		19
Rheinland-Pfalz	22	—	—	—		22
Saarland	9	—	—	—		9
Sachsen	10	—	—	—		10
Sachsen-Anhalt	11	1	—	—		12
Schleswig-Holstein	73	—	—	—	1	72
Thüringen	9	—	—	—		9
Zwischensumme	638	3	—	1		640
Übrige Regionen						
Europa	13	1	—	—		14
Amerika	6	—	—	—		6
Asien	10	—	—	—		10
Afrika	2	—	1	—		1
Australien	—	—	—	—		—
Zwischensumme	31	1	1	—		31
Insgesamt	669	4	1	1		671

Die Geschäftsstelle in der Türkei wurde in den Vorjahreszahlen von Asien nach Europa umgegliedert.

Geschäftsverlauf und Lage Fortsetzung

VORGÄNGE NACH DEM 31. DEZEMBER 2006

Auf der außerordentlichen Hauptversammlung vom 25. Oktober 2006 hat die HVB AG die Verträge zur Veräußerung der Töchter BA-CA und HVB Bank Ukraine an die UniCredit, der Töchter IMB und AS UniCredit Bank, Riga (vormals: HVB Bank Latvia AS, Riga) an die BA-CA sowie der Aktiva und Passiva der HVB AG Filialen Tallinn, Estland und Vilnius, Litauen, an die AS UniCredit Bank, Riga (vormals: HVB Bank Latvia AS, Riga) zur Zustimmung vorgelegt. Die Hauptversammlung hat mit jeweils mehr als 99,4% der abgegebenen Stimmen den Verträgen zugestimmt.

Vollzugsvoraussetzung für die Transaktionen war neben der Erteilung der behördlichen Genehmigungen jeweils ein Vorstandsbeschluss auf Basis eines Rechtsgutachtens eines externen Beraters, dass die zugrunde liegenden Hauptversammlungsbeschlüsse vom 25. Oktober 2006 keine Fehler aufweisen, die einem Vollzug entgegenstehen. Der Vorstand hat am 9. Januar 2007 einen entsprechenden Beschluss gefasst. Daraufhin wurden übertragen:

- der Anteil der HVB AG an der BA-CA in Höhe von 77,53% an die UniCredit gegen Zahlung von 109,81 € pro Aktie (entsprechend einem Gesamtkaufpreis von insgesamt rund 12,5 Mrd € in bar) am 9. Januar 2007,
- die 100%ige Beteiligung der HVB AG an der AS UniCredit Bank, Riga (vormals: HVB Bank Latvia AS, Riga) an die BA-CA zu einem Kaufpreis von 35 Mio € in bar zuzüglich der im August 2006 von der HVB gezeichneten Kapitalerhöhung der AS UniCredit Bank, Riga (vormals: HVB Bank Latvia AS, Riga) von rund 40 Mio € am 10. Januar 2007 und
- die Beteiligung der HVB AG an der IMB in Höhe von 70,26% zuzüglich der Optionen auf weitere 2,79% an der IMB zu einem Kaufpreis von insgesamt 1070 Mio € in bar an die BA-CA am 11. Januar 2007.

Wegen noch ausstehender aufschiebender Bedingungen sind zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses hingegen noch nicht übertragen:

- die 100%ige Beteiligung der HVB AG an der HVB Bank Ukraine an die UniCredit gegen Zahlung von 83 Mio € in bar sowie
- die Aktiva und Passiva der HVB AG Filialen Tallinn, Estland und Vilnius, Litauen, an die AS UniCredit Bank, Riga (vormals: HVB Bank Latvia AS, Riga) zu einem Kaufpreis von 1 Mio € bzw. 9 Mio € zuzüglich der Differenz zwischen dem Buchwert der übertragenen Vermögenswerte und der übernommenen Verbindlichkeiten.

Die UniCredit hat am 23. Januar 2007 bekannt gegeben, die Anteile der Minderheitsaktionäre der HVB AG erwerben zu wollen (Squeeze-Out). Die HVB AG wird auch nach dem Squeeze-Out weiterhin als Aktiengesellschaft und operativ eigenständiges Institut agieren. Die HVB AG wird das Kompetenzzentrum für das gesamte Investment Banking der UniCredit-Gruppe sein. Außerdem wird sie ihre Marktstellung im Geschäft mit Privat- und Geschäftskunden, mit Firmen- und gewerblichen Immobilienkunden sowie im Wealth Management in Deutschland mit dem Ziel profitablen Wachstums deutlich ausbauen.

AUSBLICK

Der Lagebericht sowie der Geschäftsbericht im Übrigen enthalten die Zukunft betreffende Aussagen, Erwartungen und Prognosen. Diese zukunftsbezogenen Aussagen beruhen auf Planungen und Schätzungen auf der Basis von uns derzeit zur Verfügung stehenden Informationen. Wir übernehmen keine Verpflichtung, diese Aussagen angesichts neuer Informationen oder künftiger Ereignisse zu aktualisieren. Die zukunftsbezogenen Aussagen können mit bekannten oder unbekanntem Risiken und Ungewissheiten verbunden sein und die tatsächlichen Ergebnisse und Entwicklungen deshalb wesentlich von den zurzeit erwarteten abweichen. Derartige Abweichungen können insbesondere aus Veränderungen der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und der Wettbewerbssituation, der Entwicklung der internationalen Kapitalmärkte, dem möglichen Ausfall von Kreditnehmern oder Kontrahenten von Handelsgeschäften, der Umsetzung von Restrukturierungsmaßnahmen, nationalen und internationalen Gesetzesänderungen vor allem hinsichtlich steuerlicher Regelungen, der Zuverlässigkeit unserer Verfahren und Methoden zum Risikomanagement sowie aus anderen, zum Teil im Risikobericht detaillierter dargestellten Risiken resultieren.

Gesamtwirtschaftlicher Ausblick 2007

Das globale Wachstum wird sich 2007 voraussichtlich etwas abschwächen. Dabei steht aber keine harte Landung der Weltwirtschaft bevor. Mit knapp 4,5% dürfte der BIP-Zuwachs nur wenig hinter den des vergangenen Jahres zurückfallen. Gleichzeitig wird das weltweite Wachstum ausgeglichener. Den USA dürfte eine weiche Landung gelingen (2007: +2,1%). Der Euroraum und Japan werden dem Vernehmen nach ähnlich stark wachsen wie die amerikanische Wirtschaft. Die asiatischen Schwellenländer bzw. China sollten an der Spitze der Wachstumsliga (knapp +8% bzw. knapp +9,5%) bleiben.

In den USA werden die Probleme im Immobilien- und Autosektor zunächst noch bremsend wirken. Entlastung kommt dagegen von den niedrigeren Energiepreisen, die die Kaufkraft der privaten Verbraucher erhöhen. Das günstige Finanzmarktumfeld dürfte hier unterstützend wirken. Die Wachstumsabschwächung in den USA dürfte bereits im ersten halben Jahr 2007 ausklingen; im zweiten Halbjahr sollte sich die Investitionstätigkeit beleben, sodass die US-Wirtschaft wieder an Fahrt gewinnen und in Richtung ihres langfristigen Wachstumspotenzials zurückkehren kann. Für das Gesamtjahr dürfte dies ein Wachstum von knapp über 2,0% gegenüber dem Vorjahr bedeuten. Die japanische Wirtschaft wird 2007 voraussichtlich mit gut 2% BIP-Zuwachs zum vierten Mal in Folge über ihrem langfristigen Wachstumsdurchschnitt liegen. Exporte und Unternehmensinvestitionen bleiben dort wichtige Stützen der Konjunktur. Hinzu dürfte eine deutliche Erholung des privaten Verbrauchs kommen. Im Zuge der guten Wirtschaftsentwicklung wird der bisher nur sehr geringe Aufwärtstrend bei den Verbraucherpreisen dem Vernehmen nach etwas zunehmen. Die Bank of Japan dürfte daher in diesem Jahr noch zwei moderate Zinserhöhungen auf dann 0,75% vornehmen.

Im Euroraum sollte das Wachstum im laufenden Jahr zwar robust bleiben, wird im Rahmen eines längerfristigen Normalisierungsprozesses jedoch etwas an Fahrt verlieren. Darauf deuten nicht zuletzt auch die Frühindikatoren, die zwar etwas rückläufig sind, sich aber immer noch auf sehr hohem Niveau bewegen. Vor allem in den Unternehmen dürfte die Stimmung nach wie vor gut sein. Die Inlandsnachfrage wird sich voraussichtlich weiter beleben, auch als Folge eines nachhaltigen Beschäftigungszuwachses. Allerdings werden sich infolge der weltweiten leichten Abschwächung auch die Exportaussichten etwas eintrüben. Im Gesamtjahr 2007 dürfte der BIP-Anstieg im Euroraum daher bei etwa 2% liegen. In Deutschland wird sich wahrscheinlich das Wachstum mit einem BIP-Anstieg von knapp 2% etwas abschwächen. Das liegt vor allem an den leicht getrübbten Exportaussichten auf Grund des schwächeren Wachstums in den USA; hinzu kommt ein zu erwartender leichter

Rückgang der im Jahr 2006 noch sehr hohen Wachstumsrate der Unternehmensinvestitionen. Des Weiteren könnte die zum Jahresanfang in Kraft getretene Mehrwertsteuererhöhung zu Vorzieheffekten führen und im Gegenzug den privaten Konsum vor allem zu Beginn des Jahres 2007 etwas zurückfallen lassen. Der anhaltende Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung sollte einen eventuellen Rückgang beim privaten Verbrauch jedoch dämpfen und im Jahresverlauf für eine moderate Konsumerholung sorgen.

Branchenentwicklung 2007

Nach unserer Einschätzung wird es im Verlauf des Jahres 2007 zu einer weiteren Stabilisierung des Wirtschaftswachstums kommen. Von diesen positiven konjunkturellen Aussichten sollte auch die Finanzdienstleistungsbranche profitieren. Wir gehen daher davon aus, dass vor dem Hintergrund der fortgesetzten Nachfrage nach Bankdienstleistungen die Banken sowohl im Privatkunden- als auch im Firmenkundengeschäft Ertragszuwächse verzeichnen werden. Zudem steht zu erwarten, dass sich das positive gesamtwirtschaftliche Umfeld günstig auf die Risikovorsorge auswirken wird, und auch die Verwaltungsaufwendungen dürften etwas weniger stark steigen als im Jahr 2006. Im Jahr 2008 werden die Gewinnsteigerungen der deutschen Banken dann wohl nur leicht geringer ausfallen als 2007.

Die Europäische Zentralbank wird den Leitzins im Verlauf des Jahres voraussichtlich noch zwei Mal um jeweils 25 Basispunkte anheben. Dafür sprechen die stabile konjunkturelle Entwicklung, die die Gefahr von Zweitrundeneffekten bei der Inflation birgt, sowie eine weiterhin sehr reichliche Liquiditätsversorgung. Die amerikanische Notenbank Fed wird dagegen den Leitzins im laufenden Jahr voraussichtlich nur leicht um 25 Basispunkte senken. Die Langfristzinsen dürften in den USA infolge des etwas schwächeren Wirtschaftswachstums weitgehend in etwa auf dem Niveau vom Jahresende 2006 bei 4,7% bleiben. Auch die deutschen Renditen sollten nur äußerst moderat auf 4,1% ansteigen. Der US Dollar dürfte sich auf Grund der weiteren Reduktion des Zinsvorsprungs der USA bis zum Jahresende auf die Marke 1,34 zubewegen.

Geschäftsverlauf und Lage Fortsetzung

Gesamtwirtschaftlicher Ausblick 2008

Im Jahr 2008 wird die Weltwirtschaft voraussichtlich ähnlich robust wachsen wie bereits im Jahr 2007. Dies gilt hauptsächlich für die USA, deren Wachstum sich leicht beschleunigen sollte. Die europäische und die deutsche Wirtschaft sollten dagegen die Wachstumsraten des Jahres 2007 beibehalten.

Eckdaten für die Planung 2007

Unsere Planung beruht auf konservativen Prämissen:

- der globale Aufschwung verliert etwas an Fahrt,
- das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland liegt bei knapp 2%,
- die Inflationsrate steigt infolge der Mehrwertsteuererhöhung auf gut 2%,
- die langfristigen Zinsen bleiben in der Nähe von 4%,
- bei den Unternehmensinsolvenzen setzt sich die Entspannung noch leicht fort.

Entwicklung der HVB AG

Im Jahr 2007 wird die HVB AG aus dem Verkauf der BA-CA, der HVB Bank Ukraine an die UniCredit und dem Verkauf der IMB und der AS UniCredit Bank, Riga (vormals: HVB Bank Latvia AS, Riga) an die BA-CA sowie dem Verkauf der Aktiva und Passiva der HVB AG Filialen Tallinn, Estland und Vilnius, Litauen, an die AS UniCredit Bank, Riga (vormals: HVB Bank Latvia AS, Riga) einen Gewinn von rund 6,5 Mrd € realisieren.

Die gesamten operativen Erträge der HVB AG wollen wir in 2007 im Vergleich zum Vorjahr weiter steigern.

Treiber der verbesserten operativen Erträge sollen dabei ein stärkerer Provisionsüberschuss durch innovative Produkte für Privat- und Firmenkunden sowie ein verbessertes Ergebnis aus handelsbezogenen Aktivitäten sein.

Bei nur leicht ansteigenden Verwaltungsaufwendungen führt dies zu einer verbesserten Cost-Income-Ratio.

Bei der Kreditrisikoversorge erwarten wir ebenfalls nur eine leichte Steigerung, sodass wir insgesamt auf Basis der beschriebenen Entwicklung für das Jahr 2007 mit einem steigenden Jahresüberschuss rechnen. Für das Jahr 2008 erwarten wir eine weitere Ergebnisverbesserung.

Die HVB AG ist das Kompetenzzentrum für die Investment Banking Aktivitäten der UniCredit Gruppe. Derzeit wird die Möglichkeit überprüft, die in einer virtuellen Struktur zusammengefassten Aktivitäten bei der HVB AG zu bündeln. In einem ersten Schritt sollen wesentliche geschäftliche Aktivitäten der UniCredit Banca Mobiliare (UBM), der Investmentbank der UniCredit, in die HVB AG integriert werden. Der Zeitpunkt und die Art des Einbringens sollen kurzfristig abschließend geklärt werden.

Chancen aus der Entwicklung der Rahmenbedingungen und der künftigen Geschäftspolitik

Im Rahmen des Zusammenschlusses mit der UniCredit Gruppe und durch den Verkauf der Geschäftstätigkeiten in Österreich und Zentral- und Osteuropa sowie in Russland, der Ukraine und im Baltikum ergeben sich für die HVB AG interessante neue Möglichkeiten nach einer Periode der Transformation und Integration wieder organisch und im Rahmen von Akquisitionen weiter zu wachsen:

- Nutzung sich ergebender Chancen aus Veränderungs- und Konsolidierungsprozessen in Deutschland, im Rahmen eines klar auf Deutschland fokussierten und spezialisierten Geschäftsmodells.
- Nutzung der Erfolgspotenziale, die sich aus dem konzentrierten Ausbau der Investment Banking Aktivitäten ergeben.
- Aussichten der HVB AG auf hohes Wertschöpfungspotenzial und nachhaltiges Ertragswachstum als Teil einer europäischen Bankengruppe mit einem einzigartigen Wettbewerbsprofil in den zentral- und osteuropäischen Märkten.
- Nutzung der günstigeren Möglichkeiten zur Refinanzierung durch eine nachhaltig verbesserte und gesicherte Kapitalausstattung, die auch Einfluss auf Ratingbewertungen haben kann.
- Vorteil durch die nunmehr hohe Kapitalausstattung und Liquidität der HVB AG, sich ergebende Chancen am Markt schnell und flexibel wahrnehmen zu können.
- Verringerung von regionalen Risikopotenzialen und den künftigen Investitionsrisiken daraus.
- Nutzung von Kosten- und Ertragssynergien durch die Optimierung sämtlicher Produktionskapazitäten, der Rationalisierung sich überlappender Funktionen sowie der Optimierung von Prozessen in der Abwicklung.

Unternehmensstrategische, leistungswirtschaftliche und sonstige Chancen

Neben den Chancen aus dem Zusammenschluss mit der UniCredit Gruppe, den Verkäufen in Österreich und Zentral- und Osteuropa und der strategischen Neuausrichtung der HVB AG, ergeben sich weitere Chancen durch:

- die weitere Verbesserung der operativen Erträge durch Entwicklung und Nutzung neuer Produkte für alle Kundensegmente durch Produktfabriken mit maßgeschneiderten Problemlösungen,
- Projekte zur Unterstützung von Kunden, die grenzüberschreitend in zentral- und osteuropäischen Märkten Finanzdienstleistungen nachfragen,
- eine weitere Reduzierung des Verwaltungsaufwands durch striktes Kostenmanagement in Deutschland,
- die Verbesserung der Cross Selling Potenziale in allen Kundengruppen,
- die Reduzierung von Risiken durch Veräußerung von nicht-strategischen Vermögenstellen sowie
- die Stärkung der Eigenkapitalbasis auch durch nachhaltiges Ertragswachstum.

Sämtliche dargestellte Chancen werden außerdem von der wirtschaftlichen Entwicklung im Kernmarkt Deutschland wesentlich beeinflusst. Eine wirtschaftliche Erholung mit einhergehender Verbesserung der Erwerbslosenquote und einer positiven Entwicklung auf den Immobilienmärkten bieten einen positiven Hebel für eine weiterhin erfreuliche Entwicklung.

BEZIEHUNGEN ZU VERBUNDENEN UNTERNEHMEN

Über die Beziehungen unserer Gesellschaft im Geschäftsjahr 2006 zu verbundenen Unternehmen haben wir einen gesonderten Bericht erstellt, der die nachstehende Erklärung des Vorstands gemäß § 312 Aktiengesetz enthält:

»Wir erklären, dass die Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG nach den Umständen, die uns in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die in diesem Bericht aufgeführten Rechtsgeschäfte vorgenommen sowie die in diesem Bericht aufgeführten Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhielt sowie dadurch, dass Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, nicht benachteiligt wurde.«

Risikobericht

DIE HVB AG ALS RISIKONEHMER

Das Erzielen von Erträgen im Bankgeschäft ist in der Regel nicht ohne das Eingehen von Risiken möglich. Dabei beinhaltet der Begriff Risiko die Möglichkeit, dass sich die künftige wirtschaftliche Lage der HVB AG als Teil der UniCredit Gruppe negativ entwickelt. Insofern sind der bewusste Umgang, das aktive Management und die laufende Überwachung von Risiken Kernelemente der erfolgsorientierten Geschäftssteuerung der HVB AG.

Die darauf aufbauende konsequente Verzahnung von Rentabilitäts- und Risikokriterien in allen Divisionen und Funktionen unserer Bank betrachten wir dementsprechend als eine unserer Kernaufgaben.

MANAGEMENT UND ÜBERWACHUNG DER RISIKEN

1 Risikomanagement

Im Rahmen des Risikomanagements definiert die Bank auf Ebene der HVB Group ihre Gesamtstrategie, das heißt insbesondere bestimmt sie auf Basis der zur Verfügung stehenden Risikodeckungsmasse, in welchem Umfang und in welcher Weise sich die einzelnen Divisionen risikomäßig exponieren dürfen. Bei jeder Risikoübernahme ist somit zu prüfen, ob sie aus Risikotragfähigkeitskalkülen möglich und aus Chance-Risiko-Kalkülen lohnenswert ist.

Die verschiedenen Divisionen setzen durch das gezielte und kontrollierte Eingehen von Risikopositionen die ihnen vorgegebene Risikostrategie ergebnisverantwortlich um. Im Rahmen von Limitsystemen verfügen sie dabei über das ihnen zugewiesene regulatorische und ökonomische Kapital.

2 Risikoüberwachung

Der Prozess des Risikomanagements wird von einer umfassenden funktional wie organisatorisch unabhängigen Risikoüberwachung begleitet, unter der folgende Aufgaben zusammengefasst sind:

Risikoanalyse

Im Rahmen der Risikoanalyse werden die Risiken der Geschäftstätigkeit identifiziert, analysiert sowie Methoden für ihre Erhebung entwickelt. Parallel dazu wird die verfügbare Risikodeckungsmasse definiert und quantifiziert.

Risikokontrolle

Unter die sich anschließende Risikokontrolle fällt neben der Quantifizierung und Plausibilisierung der eingegangenen Risiken und der Überwachung der erteilten Limite auch das Risikoreporting, durch das dem Management gleichzeitig Handlungsempfehlungen für künftige risikopolitische Entscheidungen an die Hand gegeben werden.

Der funktionalen Abgrenzung von Risikomanagement und Risikoüberwachung wird auch aus aufbauorganisatorischer Sicht Rechnung getragen.

3 Bereiche und Gremien

Risikomanagement

Die Wahrnehmung des Risikomanagements liegt im Rahmen der vom Vorstand der HVB AG vorgegebenen Kompetenzen in den Händen der Divisionen. Auf Gesamtbankebene sind als wesentliche Gremien das Strategische Kreditkomitee und das Asset Liability Committee zu nennen.

Strategisches Kreditkomitee (SKK)

Strategische Fragestellungen werden im Strategischen Kreditkomitee (SKK) als übergreifendes Steuerungs- und Entscheidungsgremium erörtert und entschieden. Davon unberührt ist die Entscheidungshoheit des Vorstands über nicht delegierbare Sachverhalte und solche, welche die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) betreffen.

Schwerpunktmäßig werden im SKK Kreditgrundsätze, die Risikostrategie der HVB Group sowie divisionsbezogene Risikostrategien, Kreditportfolioreviews und -maßnahmen, die Festlegung der Risikotoleranz, Risikoklassifizierungsverfahren, Grundsätze der Kreditorganisation, risikorelevante Aspekte hinsichtlich Prozess-/ Bearbeitungsstandards im Kreditgeschäft, wesentliche Änderungen bzw. Neuerungen im Produktangebot des Aktivgeschäfts sowie die Höhe der Risikoprämien (Verrechnungspreise) und Länderlimite behandelt.

Unter Vorsitz des Chief Risk Officers sind im SKK alle Divisionen sowie von der Marktfolge Risk Control, Recovery Management und Credit & Risk Management vertreten.

Asset Liability Committee

Das Asset Liability Committee entscheidet im Rahmen seiner monatlichen Sitzungen über das Aktiv-Passiv-Management in der HVB AG und trifft Vorgaben für die HVB Group. Dabei verfolgt das Gremium im Wesentlichen folgende Ziele:

- die Etablierung einheitlicher Methoden im Aktiv-Passiv-Management der HVB Group,
- die optimale Nutzung der finanziellen Ressourcen Liquidität und Kapital,
- die Abstimmung zwischen dem Bedarf der Divisionen an finanziellen Ressourcen und der Geschäftsstrategie.

Risikoüberwachung

Die Überwachung und Koordination der wesentlichen risikopolitischen Aktivitäten sind im Verantwortungsbereich des Chief Risk Officers angesiedelt. Seine Aktivitäten wurden im Berichtsjahr durch den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats, verschiedene Bereiche des Chief Financial Officers sowie die Revision flankiert.

Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats

Im Jahr 2006 wurde der Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats vom Vorstand in vier Sitzungen über die gesamte Risikosituation und das Risikomanagement der Bank unterrichtet. So erhielt der Aufsichtsrat zeitnah detaillierte Berichte über alle für die Bank relevanten Risiken und über die Entwicklung der Kreditportfolien und Kreditstrategien. Dies trägt der eminenten Bedeutung einer ganzheitlichen Früherkennung sämtlicher Risiken und der Realisierbarkeit der Geschäftsentwicklung für den Fortbestand des Unternehmens Rechnung.

Chief Risk Officer

Unter dem Dach des Chief Risk Officers sind die folgenden Bereiche organisiert, welche sowohl Aufgaben für die HVB Group als auch für die HVB AG wahrnehmen:

Risk Control

- Der Bereich Risk Control befasst sich mit Marktrisiko, Adressrisiko, operationellem Risiko, Geschäftsrisiko sowie dem Risiko aus bank-eigenem Immobilienbesitz sowie Anteils- und Beteiligungsbesitz in der HVB Group. Die Aufgaben und Kompetenzen umfassen die laufende, unabhängige Risikomessung und -überwachung, die Verantwortung und Weiterentwicklung der jeweiligen Messmethoden und -systeme sowie das Berichtswesen an den Chief Risk Officer, den Vorstand der HVB Group sowie den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats. Darüber hinaus ist Risk Control für die Risikokapital-

ermittlung und -aggregation sowie die Umsetzung einheitlicher Risikocontrollingstandards unter Berücksichtigung entsprechender gesetzlicher – insbesondere aufsichtsrechtlicher – Anforderungen in der HVB Group zuständig. Ab dem 2. Quartal 2007 wird die Struktur von Risk Control an die veränderte Zuständigkeit innerhalb der UniCredit Gruppe angepasst.

Credit & Risk Management

- Im Bereich Credit & Risk Management sind die kreditbearbeitenden Einheiten des Individualgeschäfts im Sinne der aufsichtsrechtlichen MaRisk des ehemaligen Geschäftsfelds Deutschland sowie für Nordamerika, Lateinamerika und Asien gebündelt. Hierbei sind im Wesentlichen die Kreditanalysen und -entscheidungen sowie deren nachläufige Umsetzung und Bearbeitung zu nennen. Diese Tätigkeiten tragen insbesondere den aufsichtsrechtlichen Anforderungen Rechnung und decken unser Geschäft in den neu geschaffenen Divisionen Privat- und Geschäftskunden, Wealth Management sowie Firmen- & Kommerzielle Immobilienkunden ab. Unterstützt werden diese Einheiten durch Branchenspezialisten, die bei Kreditengagements ab 5 Mio € für das Kreditgeschäft der genannten Divisionen sowie generell für das Kreditgeschäft der Division Markets & Investment Banking in den Entscheidungsprozess eingebunden werden. Deren Votum bei den Kreditengagements sehen wir dabei als Mehrwert im Sinne einer branchenorientierten Risiko-steuerung an.

Chief Credit Risk Officer

- Die Funktion des Chief Credit Risk Officers wurde zum 31. Januar 2006 aufgelöst. Die ihm untergeordneten Bereiche Restrukturierung und Workout werden seither vom Bereich Recovery Management verantwortet. Die Kreditverantwortung für Amerika und Asien wurde vom Bereich Credit & Risk Management übernommen, wohingegen die Creditpolicy inzwischen vom Bereich Risk Control verantwortet wird. Die Kreditverantwortung für Financial Institutions wurde auf den Bereich Credit Risk Banks, Institutions & Country Risk übertragen. Die ursprünglich vom Chief Credit Risk Officer betreuten Aufgaben des Risikovorsorge Forecasts und der Portfolioanalysen liegen nun in der Verantwortung des Bereichs Recovery Management. Die Erstellung zentraler Grundsätze bzw. Handlungsanweisungen für das gesamte Kreditgeschäft werden vom Risk Control verantwortet.

Risikobericht Fortsetzung

Immobilien-Bewertung und Consulting

– Im Fokus des Bereichs Immobilien-Bewertung und Consulting stehen die Bewertung von Einzelobjekten und Portfolios, die regelmäßige Fortschreibung und das Monitoring von Immobilienwerten sowie die Analyse und Prognose von Immobilienmärkten. Dabei unterstützt der Bereich die Risikobeurteilung und -steuerung in Bezug auf grundpfandrechtliche Sicherheiten sowohl für das Pfandbriefgeschäft als auch für die Eigenkapitalbemessung nach Basel II.

Chief Financial Officer

Folgende Bereiche des Chief Financial Officers unterstützen neben den Bereichen Tax Affairs sowie Anteilsbesitz die Risikouberwachung:

Accounting

– Der Bereich Accounting ist durch Analyse seiner monatlich erstellten Erfolgsrechnungen in der Lage, Fehlentwicklungen aufzuzeigen. Damit wird ein wichtiger Impuls für die Konformität mit dem Risikomanagementprozess geleistet.

Regulatory Reporting

– Der Bereich Regulatory Reporting hat die bankaufsichtsrechtliche Berichterstattung zur Aufgabe. Darunter fallen neben dem Grundsatz I (Unterlegung von Risikoaktiva und Marktrisikopositionen mit Eigenmitteln) und dem Grundsatz II (Grundsatz über die Liquidität der Kreditinstitute) insbesondere auch die Evidenz von Groß-, Millionen- und Organkrediten.

Asset Liability Management

– Der Bereich Asset Liability Management verantwortet die Steuerung der kurz- und langfristigen Liquidität zur Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit und zur Optimierung der Refinanzierungskosten. Wesentliche Elemente sind ein koordinierter Geld- und Kapitalmarktauftritt und die Festlegung der Liquiditätsprofile der entsprechenden Einheiten. Zu den weiteren Aufgaben von Asset Liability Management zählen das Bilanzstrukturmanagement sowie Maßnahmen zur Steuerung des regulatorischen Kapitals. Darüber hinaus verantwortet der Bereich das Risikomanagement der Finanzanlagen der HVB AG. Die im Rahmen dieser Funktionen initiierten Maßnahmen unterstützen die Rating- und Rentabilitätsziele unserer Bank.

Zudem sind Bereiche des Chief Financial Officers – gemeinsam mit dem Bereich Risk Control – in die Aktivitäten unseres Basel II Projekts eingebunden.

Revision

– Die Revision ist als unabhängiger organisatorischer Bereich direkt dem Vorstandssprecher unterstellt und für den Vorstand tätig. Sie erfüllt primär die Aufgaben der Internen Revision der HVB AG. Überdies hat sie auch einen Auftrag innerhalb der gesamten HVB Group. Die Bandbreite der Aufgaben erstreckt sich hierbei von einer Kontroll- und Beratungsfunktion auf der Grundlage eines Berichtswesens bis hin zur vollständigen Ausübung der Internen Revision der Tochtergesellschaften. Gemäß den MaRisk werden alle Betriebs- und Geschäftsabläufe innerhalb von drei Jahren geprüft – sofern dies sinnvoll und angemessen ist. Betriebs- und Geschäftsabläufe, die einem besonderen Risiko unterliegen, werden mindestens jährlich geprüft. Neben den einzelnen Revisionsberichten wird dem Gesamtvorstand in einem Jahresbericht ein umfassender Gesamtüberblick über die Prüfungsergebnisse sowie über wesentliche Revisionsfeststellungen und deren Bearbeitungsstand gegeben. Außerdem wird der Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats in seinen regelmäßigen Sitzungen vom Leiter der Revision über die aktuellen Entwicklungen und Ergebnisse der Revisionsarbeit unterrichtet.

Die hier beschriebenen Bereiche und Gremien spiegeln den Stand der Organisationsstruktur zum 31. Dezember 2006 wider. Im Zuge der Integration der HVB AG in die UniCredit Gruppe kann es zu weiteren organisatorischen Anpassungen kommen.

RISIKOARTEN UND -MESSUNG

1 Relevante Risikoarten

In der HVB AG differenzieren wir nach folgenden Risikoarten:

- Adressrisiko,
- Marktrisiko,
- Liquiditätsrisiko,
- Operationelles Risiko,
- Geschäftsrisiko,
- Risiko aus bankeigenem Immobilienbesitz,
- Risiko aus Anteils- und Beteiligungsbesitz,
- Strategisches Risiko.

2 Methoden der Risikomessung

Mit Ausnahme des Liquiditätsrisikos und des Strategischen Risikos werden alle Risikoarten nach einem Value-at-Risk-Ansatz gemessen, bei dem die potenziellen künftigen Verluste auf Basis eines definierten Konfidenzniveaus ermittelt werden.

Die einzelnen Risikoarten werden im Rahmen der Risikokapitalermittlung auf Ebene der HVB Group aggregiert. Dabei wird für alle Risikoarten konsistent eine Haltedauer von einem Jahr und ein Konfidenzniveau von 99,95% unterstellt.

Bei dieser Aggregation werden Risiko mindernde Portfolioeffekte berücksichtigt, welche sowohl Korrelationen innerhalb der einzelnen Risikoarten zwischen Geschäftseinheiten der HVB Group als auch solche über die Risikoarten hinweg erfassen.

Liquiditätsrisiko und Strategisches Risiko werden separat erfasst. Die hierfür angewandten Erhebungsmethoden werden in den relevanten Abschnitten dieses Risikoberichts aufgezeigt.

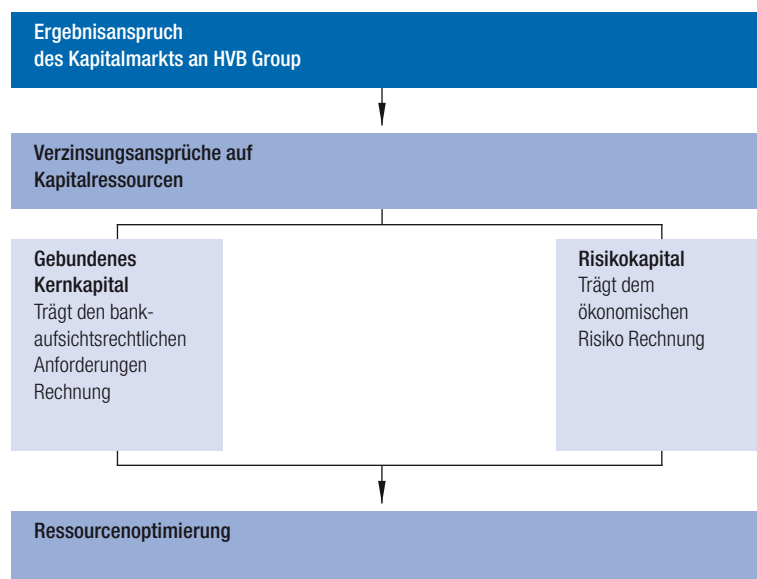
3 Weiterentwicklung der Risikomess- und Überwachungsmethoden

Die Risikomess- und Überwachungsmethoden unterliegen einem ständigen Weiterentwicklungs- und Verbesserungsprozess. Dieser resultiert auf der einen Seite aus unserem eigenen Qualitätsanspruch, auf der anderen Seite trägt die HVB AG damit den gesteigerten gesetzlichen – insbesondere aufsichtsrechtlichen – Anforderungen (vor allem Basel II sowie Mindestanforderungen an das Risikomanagement) Rechnung. Zusätzlich finden im Rahmen der Integration in die UniCredit Gruppe Methodenabgleiche statt.

GESAMTBANKSTEUERUNG

1 Duale Gesamtbanksteuerung

Im Fokus der kapitalmarktorientierten Steuerung in der HVB Group und damit auch der HVB AG steht die Investition und der wertorientierte Einsatz unserer Kapitalressourcen in Geschäftsaktivitäten mit attraktiven Rendite-Risiko-Relationen. Im Rahmen des dualen Steuerungsprinzips werden den Divisionen sowohl regulatorisches Kapital im Sinne von gebundenem Kernkapital als auch Risikokapital zugeteilt. Beide Ressourcen sind mit Verzinsungsansprüchen belegt, welche von den Renditeerwartungen des Kapitalmarkts abgeleitet werden und von den jeweiligen Einheiten zu erwirtschaften sind. Im Jahr 2007 wird die duale Gesamtbanksteuerung weiter mit der Steuerung der UniCredit Gruppe harmonisiert.



Risikobericht Fortsetzung

2 Aufsichtsrechtliche Kapitaladäquanz

Gebundenes Kernkapital

Von den Divisionen wird für Zwecke der Planung eine Kernkapitalunterlegung bezogen auf das Risikoaktivaäquivalent für Kredit- und Marktrisiken von durchschnittlich 6,8% eingefordert. Ferner wird auf das durchschnittlich gebundene Kernkapital – für diesen Zweck ohne Hybridkapital – der Verzinsungsanspruch abgeleitet.

Steuerung der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalausstattung

Die Planung unseres aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals erfolgt anhand folgender drei Kapitalquoten, für deren Steuerung wir intern Mindestwerte festgelegt haben:

- Kernkapitalquote (Verhältnis aus Kernkapital zu den Risikoaktiva, alternativ mit bzw. ohne Berücksichtigung der mit dem Faktor 12,5 gewichteten Marktrisikopositionen),
- Eigenkapitalquote (Verhältnis aus Eigenkapital zu den Risikoaktiva),
- Eigenmittelquote (Verhältnis aus Eigenmitteln zur Summe aus Risikoaktiva und den mit dem Faktor 12,5 gewichteten Marktrisikopositionen).

Zur Bestimmung der angemessenen Eigenkapitalausstattung haben wir im Wesentlichen folgenden Prozess definiert:

- Basierend auf unserer Mehrjahresplanung führen wir monatlich eine rollierende Acht-Quartale-Projektion zur permanenten Prognostizierung unserer Kapitalquoten gemäß KWG durch.
- Das Asset Liability Committee wird monatlich über die Ist Quoten und die wesentlichen Effekte auf diese Quoten informiert und entscheidet bei spürbaren Plan-Ist-Abweichungen über entsprechende Maßnahmen.
- Der Gesamtvorstand wird monatlich über die Risikoaktiva Budgetauslastung der Divisionen in Kenntnis gesetzt.

3 Ökonomische Kapitaladäquanz

Das von den Divisionen jeweils künftig benötigte Risikokapital wird, aufgeschlüsselt nach Risikoarten, im Rahmen des jährlichen Planungsprozesses in engem Zusammenspiel zwischen dem Bereich Risk Control und den Geschäftseinheiten ermittelt. Nach Entscheidung durch den Vorstand der HVB Group werden die Risikokapitalgrößen in den Steuerungs- und Berichtsinstrumenten der Bank verankert. Ein Soll-Ist-Vergleich wird quartalsweise erstellt und an den Chief Risk Officer berichtet.

Risikokapital nach Portfolioeffekten

(Konfidenzniveau 99,95%)

	2006		2005	
	in Mio €	in %	in Mio €	in %
Aufteilung nach Risikoarten				
Marktrisiko	159	4,3	174	4,3
Adressrisiko	1 728	46,4	1 910	46,8
Geschäftsrisiko	537	14,4	488	11,9
Operationelles Risiko	742	19,9	558	13,7
Risiko aus bankeigenem Immobilienbesitz	13	0,4	16	0,4
Risiko aus Anteils- und Beteiligungsbesitz	546	14,6	937	22,9
Summe	3 725	100,0	4 083	100,0

Zum 31. Dezember 2006 reduziert sich das Risikokapital der HVB AG nach Berücksichtigung aller Risiko mindernden Portfolioeffekte um 0,4 Mrd € auf 3,7 Mrd €.

Im Risikokapital für Anteils- und Beteiligungsbesitz zeigt sich im Berichtsjahr nach der signifikanten Reduzierung unserer Anteile an der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG ein deutlicher Rückgang auf 0,5 Mrd €, welcher sich im Sonstige widerspiegelt. Infolgedessen hat sich der Anteil des Beteiligungsrisikos am gesamten Risikokapital im Geschäftsjahr 2006 nochmals deutlich auf rund 14,6% verringert. Der Rückgang im Adressrisiko prägt auch die jeweiligen Entwicklungen der divisionalen Risikokapitalwerte.

Im Rahmen einer quartalsweisen Risikotragfähigkeitsanalyse stellen wir auf Ebene der HVB Group unser gesamtes Risikokapital der uns zur Verfügung stehenden Risikodeckungsmasse gegenüber. Darüber hinaus erfolgt diese Tragfähigkeitsanalyse als Bestandteil unseres Planungsprozesses mit einem entsprechenden intern definierten Prognosezeitraum.

Gemäß unserer bankinternen Definition setzt sich die Risikodeckungsmasse aus IFRS Eigenkapitalkomponenten, Genussrechts- und Hybridkapital, Reserven sowie dem Ist Ergebnis zusammen. Hierbei werden die Anteile in Fremdbesitz berücksichtigt sowie der Goodwill in Abzug gebracht. Die Risikodeckungsmasse der HVB Group beläuft sich zum Jahresende 2006 auf 21,9 Mrd € (vergleichbarer Vorjahreswert: 18,8 Mrd €). Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr resultiert vor allem aus einer höheren Rücklagendotierung, einer gestiegenen AfS Rücklage sowie geringerem Genussrechts- und Hybridkapital. Bei einem aggregierten Risikokapital von 7,9 Mrd € ergibt sich eine Auslastung der Risikodeckungsmasse von 36,1%.

4 Risikostrategie

Aufbauend auf dem Risikokapital und der Risikotragfähigkeit hat der Vorstand eine zur Geschäftsstrategie konsistente Risikostrategie für 2006 verabschiedet. Für 2007 erfolgte dies für die HVB AG, die bereits die Neuausrichtung innerhalb der geplanten Struktur der UniCredit Gruppe und alle relevanten Risikoarten berücksichtigt.

Risikokapital nach Portfolioeffekten

(Konfidenzniveau 99,95%)

	2006		2005 ¹	
	in Mio €	in %	in Mio €	in %
Aufteilung nach Divisionen				
Privat- und Geschäftskunden	531	14,2	683	16,7
Wealth Management	71	1,9	76	1,9
Firmen- & Kommerzielle Immobilienkunden	669	18,0	826	20,2
Markets & Investment Banking	1 489	40,0	1 089	26,7
Sonstige/Konsolidierung	965	25,9	1 409	34,5
Summe	3 725	100,0	4 083	100,0

¹ Darstellung der Vorjahreswerte gemäß der Divisionsstruktur 2006.

Risikobericht Fortsetzung

RISIKOARTEN IM EINZELNEN

1 Adressrisiko

Risikomanagement

Unter Adressrisiko verstehen wir mögliche Wertverluste, die durch den Ausfall oder durch Bonitätsverschlechterungen von Kunden entstehen können. Dabei unterscheiden wir zwischen den Risikokategorien Kreditrisiko, Kontrahentenrisiko, Emittentenrisiko und Länderrisiko.

Kreditrisiko

– Kreditrisiko umfasst mögliche Wertverluste im kommerziellen Kreditgeschäft. Dem wird bilanziell durch die Bildung von Kreditrisikovorsorge Rechnung getragen, sobald sich konkrete Anhaltspunkte in der Vergangenheit für einen Ausfall ergeben haben (incurred loss). Hiervon getrennt zu sehen ist die abstrakte Erwartung, dass Kunden in der Zukunft ausfallen könnten (Konzept des expected loss und Credit-Value-at-Risk).

Kontrahentenrisiko

– Kontrahentenrisiko ergibt sich aus der Verschlechterung der Bonität bzw. dem Ausfall einer Gegenpartei, mit der wir zins-, fremdwährungs-, aktien-/indexbezogene oder sonstige Termin- bzw. Kreditderivategeschäfte getätigt haben. Das Kontrahentenrisiko lässt sich in Erfüllungs-, Wiedereindeckungs- und Barrisiko differenzieren. Für die Bank besteht immer dann ein Erfüllungsrisiko, wenn wir beim Austausch von Zahlungen im Rahmen der Abwicklung des Geschäfts in Vorleistung treten, ohne zum Zeitpunkt unserer Zahlung sicher zu wissen, dass die Gegenzahlung des Kontrahenten erfolgen wird. Das Wiedereindeckungsrisiko ergibt sich aus der Gefahr, dass sich die Bank bei Ausfall der Gegenpartei am Markt zu ungünstigeren Konditionen wiedereindecken muss. Das Barrisiko besteht in der Gefahr, dass die Gegenpartei aufgenommene (Bar-)Kredite nicht zurückzahlt. Bei Handelsprodukten ist es für den Geldhandel relevant.

Emittentenrisiko

– Emittentenrisiko ist die Gefahr von Bonitätsverschlechterungen oder Ausfällen eines Emittenten. Es entsteht durch den Kauf von Wertpapieren für den Eigenbestand, bei Wertpapieremissions- und -platzierungsgeschäften sowie bei Kreditderivaten.

Länderrisiko

– Das Länderrisiko ist das Risiko von Wertverlusten auf Grund von Transfer-/Konvertierungsbeschränkungen bzw. -verboten oder anderen hoheitlichen Maßnahmen des Landes des Kreditnehmers (Transferrisiko). Ein Länderrisiko besteht bei grenzüberschreitenden Transaktionen in Fremdwährung. Außerdem wird das Adressrisiko von Zentralregierungen und Notenbanken berücksichtigt (Sovereign Risk). Hierbei gehen die Positionen aus Kredit- und Handelsgeschäften einschließlich Geschäfte innerhalb der HVB Group sowie das Emittentenrisiko handelbarer, festverzinslicher Wertpapiere ein.

Das Management des Adressrisikos basiert auf einem integrierten Konzept klar definierter Grundsätze, Kompetenzstrukturen und Risikobeurteilungsverfahren.

Bezogen auf das Adressrisiko ist in allen Kredit gewährenden Einheiten der HVB AG die fachliche und disziplinarische Trennung von Vertrieb (= Markt) und Kredit (= Marktfolge) auf allen Ebenen organisatorisch gewährleistet. Die Marktfolgeaktivitäten sind im Verantwortungsbereich des Chief Risk Officers gebündelt. Darüber hinaus sind in allen Divisionen ab einer bestimmten Kredithöhe zentral angesiedelte Senior Risk Manager in den Entscheidungsprozess eingebunden. Diese tragen die Risikoverantwortung für die ihnen zugeordneten Portfolios und steuern die Branchen entsprechend der vom Strategischen Kreditkomitee verabschiedeten Portfoliostrategien.

Die Kreditäquivalente (Exposurewerte) des jeweiligen Handelsgeschäfts dienen im Rahmen des Kreditprozesses als Grundlage für die Kreditentscheidung und werden gemeinsam mit den Exposurewerten aus dem kommerziellen Geschäft betrachtet. Dies gilt sowohl für die einzelne Kreditentscheidung als auch für die Steuerung von Konzentrationsrisiken in der HVB AG.

Das Management des Länderrisikos findet auf Basis von Value-at-Risk- und Volumensgrößen statt. Dazu wird jährlich eine Strategie für Länderrisiken festgelegt und unterjährig mit der Ist-Entwicklung abgeglichen.

Messmethodik**Kreditrisiko**

Für die Erhebung unseres Kreditrisikos nutzen wir differenzierte Risikomessinstrumente:

Bonitätsanalyse

– Sowohl für die Kreditentscheidungen, das Pricing, die zukünftige Eigenkapitalunterlegung nach Basel II (IRB-Approach) als auch für unser internes Adressrisikomodell ist die zuverlässige Bestimmung der Ausfallwahrscheinlichkeit unserer Kunden von zentraler Bedeutung. Entsprechend gilt unser besonderes Augenmerk der Weiterentwicklung und Verfeinerung unserer internen Bonitätsanalyseinstrumente.

Die HVB AG verfügt über vielfältige Rating- und Scoringverfahren, welche auf die Bedürfnisse der unterschiedlichen Kundengruppen zugeschnitten sind. Die Systeme werden unter Rückgriff auf moderne statistische Verfahren laufend optimiert, um eine möglichst gute Trennschärfe und Prognosegüte bezüglich der Ausfallwahrscheinlichkeit eines Kunden sicher zu stellen.

Im Ergebnis führt ein Rating oder Scoring zur Eingruppierung in eine Bonitätsklasse einer zehn Stufen umfassenden Skala. Hierbei sind die Bonitätsklassen 1–7 für das nicht problembehaftete und die Bonitätsklassen 8–10 für das problembehaftete Geschäft vorgesehen. Für einige Verfahren findet darüber hinaus eine Feindifferenzierung statt, indem pro Bonitätsklasse noch zwischen je drei Unterklassen (notches) unterschieden wird.

Die Rating- und Scoringverfahren unterliegen einem ständigen Monitoring, sie werden in regelmäßigen Abständen validiert und bei Bedarf rekali­briert oder grundlegend überarbeitet. In 2006 lag ein Schwerpunkt in der Weiterentwicklung für Privat- und Geschäftskunden.

Internes Adressrisikomodell

– Für die Erhebung des Adressrisikos nutzen wir ein internes Adressrisikomodell, mit dem wir Ausfall bedingte Kredit- und Kontrahentenrisiken weltweit messen und bewerten. Hierbei handelt es sich um ein eigenentwickeltes Modell, das uns den Vorteil bietet, in Methodik und Parametrisierung individuell auf unser Portfolio zugeschnitten zu sein und welches jederzeit entsprechend dem Erkenntnisfortschritt von uns weiterentwickelt werden kann. Auch das Länderrisiko wird über ein Portfoliomodell ermittelt.

Erwarteter Verlust

– Bei der Adressrisikomessung unterscheiden wir zwischen dem erwarteten Verlust und dem unerwarteten Verlust (in Ausprägung des Credit-Value-at-Risk). Der erwartete Verlust spiegelt den Ausfallverlust aus dem aktuellen Kreditportfolio wider, der unter Berücksichtigung von Bonitätseinstufungen und vorhandenen Sicherheiten in den nächsten zwölf Monaten zu erwarten ist.

Für die Berechnung des erwarteten Verlustes wird – analog zu Basel II – eine Abschätzung des Geschäftsvolumens bei Ausfall durchgeführt (Exposure at Default). Diese Größe berechnet sich für das Kredit- und Länderrisiko als Stichtagsinanspruchnahme erhöht um Teile der freien, extern zugesagten Linien. Dabei wird der unterschiedliche Risikogehalt verschiedener Kreditarten berücksichtigt.

Als Bemessungsgrundlage für die OTC-Derivate (Kontrahentenrisiko) wird dabei ein »Kreditäquivalent« berechnet, das so genannte »Expected Exposure«. Das Kreditäquivalent entspricht dem aktuellen Marktwert eines Geschäfts zuzüglich eines so genannten »Add-On«, einem Zuschlag für potenzielle zukünftige Marktwertschwankungen. Das so ermittelte Kontrahentenexposure berücksichtigt sowohl Risiko reduzierende Netting Vereinbarungen als auch dynamische Sicherheitenverträge, die den Kontrahenten verpflichten, auf täglicher Basis in Höhe des aktuellen Marktwertes der laufenden Geschäfte Sicherheiten zu stellen.

Die Parameterannahmen zur Ermittlung des Exposure at Default sowie der Quantifizierung einer Verlustquote (Loss given Default) bei Ausfall eines Geschäfts basieren auf langjährigen, statistischen Durchschnittswerten aus bankinternen Ausfällen und Verlusten sowie externen Referenzgrößen.

Credit-Value-at-Risk

– Der Credit-Value-at-Risk (unerwarteter Verlust) trifft eine Aussage über die höchste negative Abweichung des tatsächlichen Verlustes vom erwarteten Verlust, die innerhalb der nächsten zwölf Monate mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,95% nicht überschritten wird. Dieses Verlustpotenzial wird unter Berücksichtigung von Portfolioeffekten mit Risikokapital als Sicherheitspuffer unterlegt.

Risikobericht Fortsetzung

Szenarioanalysen

– Die Berechnung des Credit-Value-at-Risk unterstellt normale Rahmenbedingungen. Szenarioanalysen helfen uns, die Auswirkungen von zukünftigen makroökonomischen Entwicklungen oder exogenen Schocks zu simulieren und ihre Auswirkungen auf das Verlustpotenzial des Kreditportfolios der HVB AG zu quantifizieren. In diesem Zusammenhang lassen sich Mehrjahresprognosen zur Entwicklung von Zinsen, Wirtschaftswachstum oder Arbeitslosigkeit nennen, aber beispielsweise auch eine extreme Entwicklung des Ölpreises oder politische Krisen. Die Ergebnisse dieser Szenario-rechnungen werden für die Steuerung und Limitierung von Kredit- und Länderrisiken genutzt.

Risiko- und marktgerechtes Pricing

– Zur Optimierung des Kreditportfolios und der damit einhergehenden Verbesserung der Profitabilität des Kreditgeschäfts setzt unsere Bank eine am Chance-Risiko-Verhältnis ausgerichtete Pricingmethodik ein. In der Kreditmarge werden das interne Rating, die Besicherung, die Verlustquoten, die internen Kosten, die Laufzeit, vorhandene Länderrisiken und der Beitrag des Kredits zur Diversifizierung des HVB Portfolios berücksichtigt. Durch diese Methodik werden einerseits eine Deckung der Bearbeitungs- und Risikokosten sichergestellt und andererseits zukünftige Änderungen im Pricing durch Basel II auf ein Minimum reduziert. Um Konsistenz mit den Kapitalmärkten zu gewährleisten, findet ein regelmäßiger Abgleich von Marktpreisen mit unseren Kreditmargen statt.

Umsetzung Basel II

– Kernelement der neuen Basler Eigenkapitalvereinbarung im Bereich Kreditrisiko ist eine stärkere Risikodifferenzierung der aufsichtsrechtlich vorgeschriebenen Eigenmittelunterlegung für Kreditrisiken auf Basis der Bonitätseinstufung des Kunden sowie der Besicherungsstruktur der Geschäfte. Dies gilt insbesondere für den anspruchsvollsten Ansatz, den so genannten »IRB-Advanced-Ansatz«, den unsere Bank ab 2008 anstrebt. Die entsprechenden Implikationen aus Basel II führen zu einer Annäherung der aufsichtsrechtlichen an die ökonomische Sichtweise einer risiko-adjustierten Steuerung, wie sie in unserer Bank mittels interner Instrumente bereits etabliert ist.

Im Kontext der Säule 1 haben wir die Methoden zur Risikobeurteilung durch Einsatz von Scoring- und Ratingverfahren laufend verbessert und die internen Prozesse entsprechend angepasst bzw. gestrafft. Im Bereich Validierung und Kalibrierung haben wir die bereits für die Bonitätseinstufungsverfahren implementierten Standardabläufe auf die Schätzung von Verlustquoten und Exposuregrößen übertragen. Dabei werden sowohl Informationen aus der eigenen Verwertungserfahrung der Bank als auch extern verfügbare Benchmarks benutzt. Die Bewertung unserer Sicherheiten erfolgt bereits auf Basis von Recovery-Rates. Diese Abläufe entsprechen aus unserer Sicht den Basel II Anforderungen. Im Berichtsjahr haben wir zudem den so genannten Basel II Rechenkern finalisiert und an die Vorgaben der deutschen Solvabilitätsverordnung angepasst.

Hinsichtlich der Anforderungen der Säulen 2 und 3 gemäß Basel II Regularien bzw. EU Richtlinie haben die betroffenen Bereiche eine umfängliche Prüfung durchgeführt. Die Anforderungen der Säule 2 sind durch die zeitgerechte Umsetzung der MaRisk der deutschen Bankenaufsicht in unserem Haus bereits erfüllt. Hierzu gehören unter anderem die Behandlung von Konzentrationsrisiken, das Stresstesting (einzelner Risikoarten sowie des Gesamtbankrisikos) wie auch die Ermittlung der Risikotragfähigkeit.

Im Rahmen der Teilnahme unseres Hauses an der Quantitative Impact Study QIS 5.0 konnten wir die operativen Risiko Systeme ebenso wie den Basel II Rechenkern bereits nutzen.

Länderrisikomessung

– Die Länderrisikomessung in der HVB AG wird im Wesentlichen durch die kurz- und mittelfristigen Länderratings bestimmt. Die Bonitätseinstufungen von Ländern bestehen aus zwei Komponenten: Mit empirisch kalibrierten statistischen Modellen lassen sich auf Basis von makroökonomischen Faktoren Ausfallwahrscheinlich-

keiten und Verlustquoten bestimmen. Zudem ist die Beurteilung der politischen und sonstigen Soft Facts ein bestimmender Einflussfaktor für das finale Rating von Staaten, das in der HVB AG durch den unabhängigen volkswirtschaftlichen Research Bereich vergeben wird. Neben der Ausfallwahrscheinlichkeit und der Verlustquote wird auch die Strukturierung der Geschäfte in der Länderrisikomessung berücksichtigt.

Auf Basis dieser Informationen wird in einem Portfoliomodell monatlich der Value-at-Risk aus Länderrisiken für die HVB AG ermittelt. Auf Grund der geringen Anzahl von Ländern sind Länderportfolios naturgemäß eher gering diversifiziert. Aus diesem Grund ist die (über die Basel II Anforderungen hinausgehende) korrekte Abbildung der Portfolio- und Diversifizierungseffekte zwischen Ländern, Regionen und Kreditrisiken ein wesentlicher Baustein unseres Portfoliomanagements. Durch die Verwendung eines internen Portfoliomodells erreichen wir somit schon heute wichtige Steuerungseffekte, die im Zuge der Basel II Einführung zu erwarten sind.

Risikoüberwachung

Die Risikoüberwachung findet auf zwei verschiedenen Ebenen statt:

- Überwachung auf Ebene von Einzelengagements,
- Überwachung auf Portfolioebene.

Die Einzelengagements werden sowohl im Kreditgeschäft als auch im Handelsgeschäft mit Hilfe von klassischen Überwachungssystemen wie der Bonitätsanalyse und Frühwarnsystemen überwacht. Einzelengagementlimite begrenzen die eingegangenen Risiken.

Kontrahenten- und Emittentenrisiken

Zentraler Bestandteil unseres Risikomanagements und -controllings von Kontrahenten- und Emittentenrisiken ist der Einsatz von Limitsystemen, die ein ungewolltes bzw. unkontrolliertes Anwachsen unserer Risikoposition verhindern. Diese stehen in allen wesentlichen Lokationen der HVB AG, die Handelsgeschäft betreiben, online zur Verfügung. Jedes abgeschlossene Handelsgeschäft wird unverzüglich erfasst und zeitnah auf das jeweilige Limit angerechnet. Dies gilt im Kontrahentenrisiko sowohl für das Wiedereindeckungs- als auch für das Erfüllungsrisiko. Für Letzteres wird ebenfalls bereits bei Geschäftsabschluss das Risiko für den zukünftigen Valutatag limitiert und überwacht, sodass ex ante eine Konzentration der Zahlungsbeträge auf nur einen Valutatag verhindert wird. Auf diese Weise wird jedem Händler eine aktuelle Limitprüfung und dem Risikocontroller eine unmittelbare Limitüberwachung pro Kontrahent bzw. Emittent ermöglicht.

Länderrisiken

Die Steuerung der Länderrisiken erfolgt auf Basis der aufgezeigten Messmethoden mit Hilfe von Value-at-Risk-Limiten nach Regionen. Geschäfte mit einem hohen Länderrisiko werden stärker auf das Regionen Risikolimit angerechnet als länderrisikoarme Transaktionen. Hiermit wird eine Begrenzung der Länderrisiken, eine risikoorientierte Portfoliosteuerung und ein flexibles, an den Geschäftspotenzialen ausgerichtetes Exposure Management angestrebt. Zusätzlich gibt es für das Länderrisikomanagement Volumenslimite pro Land (unterteilt nach Produktrisikogruppen).

Alle Adressrisiken werden zudem auf Portfolioebene überwacht. Das Augenmerk liegt dabei auf Länder-, Branchen- oder Regionenkonzentrationen und ihren Auswirkungen auf die Risikosituation der Bank.

Ein weiteres Instrument der Risikoüberwachung insbesondere auf Portfolioebene ist das interne Berichtswesen. Gemäß den MaRisk werden der Vorstand und der Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats quartalsweise über das Kreditportfolio informiert. Darüber hinaus werden weitere Risikoberichte mit speziellem divisions-, produkt- oder branchenspezifischem Fokus erstellt.

Quantifizierung und Konkretisierung

Im Berichtsjahr konnte ein Rückgang des Kredit- und Kontrahentenexposures um 23,2 Mrd € (–9,5%) verzeichnet werden. Wesentliche Treiber dieses Rückgangs sind unter anderem der weitere konsequente Abbau des Real Estate Restructuring (RER) Portfolios und eine strategisch angestrebte Reduzierung des Kreditportfolios in Deutschland.

Hinsichtlich der Branchengruppen bleibt die Struktur des Kreditportfolios im Wesentlichen unverändert. Die größten Rückgänge ergaben sich in den Branchengruppen Privatkunden und Bau. Im Verlauf des Jahres 2006 wurde die Branchenzusammenfassung geringfügig überarbeitet, insbesondere im Bereich Kliniken, öffentliche Haushalte. Um die Entwicklung in 2006 besser nachvollziehbar zu machen, wurde die Branchenverteilung von 2005 reorganisiert.

Die Entwicklung der regionalen Verteilung spiegelt mit einem Rückgang des Exposures in Deutschland die Geschäftsstrategie wider. Das Exposure ging in allen Divisionen zwischen 5% und 11% zurück mit Ausnahme eines Zuwachses in der Division WEM.

Risikobericht Fortsetzung

Die Qualität des Core Portfolios blieb stabil. Als Core Portfolio wird das Portfolio der HVB AG exklusive der RER Kreditbestände bezeichnet. Die nicht gerateten Bestände stiegen leicht an. Der größte Teil des Rückgangs im Exposure entfiel auf adressrisikofreie Kunden und auf die Bonitätsklassen 1–4. Auch in den höheren Bonitätsklassen 5–8 wurde das Exposure reduziert. In den Ausfallklassen 9 und 10 konnte das Exposure um 1,2 Mrd € verringert werden.

Die Verteilungen von erwartetem Verlust und Value-at-Risk zeigen einen veränderten Risikobeitrag der Divisionen. Bei der Division Privat- und Geschäftskunden gingen sowohl der erwartete Verlust als auch der Value-at-Risk zurück. Bei Markets & Investment Banking stieg der Risikoanteil an und stellt nun auf Grund des großvolumigen Geschäfts knapp die Hälfte des Value-at-Risk-Anteils am Gesamt-

portfolio. Der Risikobeitrag im Geschäft mit Firmen- & Kommerziellen Immobilienkunden ging geringfügig zurück, im Wealth Management blieb er stabil auf niedrigem Niveau.

Risikovorsorgebestand

Unser gesamter Risikovorsorgebestand inklusive der Rückstellungen im Kreditgeschäft reduzierte sich im Jahr 2006 unter Berücksichtigung von Abbuchungen zu Lasten des Bestands (3,8 Mrd €) um 3,1 Mrd € auf 6,2 Mrd €.

Kreditrisiken

Für Kreditrisiken haben wir im Jahr 2006 eine Kreditrisikovorsorge in Höhe von insgesamt 0,9 Mrd € gebildet.

Verteilung des Kredit- und Kontrahenten-exposures nach Branchengruppen

in Mrd €	2006	2005 ¹
Branchengruppe		
Privatkunden	49,7	58,5
Banken und Versicherungen	40,2	44,8
Bau	34,2	40,3
Nahrung, Konsum, Dienstleistung	23,5	26,3
Chemie, Gesundheit, Pharma	11,4	11,1
Versorger	10,5	10,2
Verkehr	10,0	9,8
Sonstige	9,0	8,2
Öffentliche Haushalte	8,6	11,1
Maschinenbau, Stahl	5,7	5,7
Elektro, EDV, Kommunikation	5,3	4,7
Medien, Druck, Papier	4,3	4,0
Fahrzeuge	3,9	4,4
Mineralöl	3,8	4,2
Summe	220,1	243,3

¹ Darstellung der Vorjahreswerte gemäß Branchendefinition 2006 sowie abzüglich der Werte aus den Niederlassungen Tallinn und Vilnius.

Verteilung des Kredit- und Kontrahenten-exposures nach Regionen

in Mrd €	2006	2005 ¹
Region		
Deutschland	152,3	174,2
Übriges Europa	37,4	36,3
Nordamerika	12,4	12,8
Sonstige	10,0	11,6
Asien	3,1	3,5
Japan	2,7	2,4
Zentral- und Osteuropa	1,2	1,0
Österreich	1,0	1,5
Summe	220,1	243,3

¹ Darstellung der Vorjahreswerte gemäß der Divisionsstruktur 2006 und abzüglich der Werte aus den Niederlassungen Tallinn und Vilnius.

Verteilung des Kredit- und Kontrahentenexposures nach Bonitätsklassen – Core Portfolio

Bonitätsklasse	2006		2005 ¹	
	in Mrd €	in %	in Mrd €	in %
Adressrisikofrei	7,7	3,6	10,0	4,3
Nicht geratet	7,8	3,6	7,6	3,3
Bonitätsklassen 1–4	102,7	47,5	114,5	49,3
Bonitätsklassen 5–8	91,4	42,3	92,3	39,8
Bonitätsklassen 9–10	6,5	3,0	7,7	3,3
Summe	216,1	100,0	232,1	100,0

¹ Darstellung der Vorjahreswerte abzüglich der Werte aus den Niederlassungen Tallinn und Vilnius.

Verteilung des Kredit- und Kontrahentenexposures nach Divisionen – Core Portfolio (in Mrd €)¹

Division	2005	2006
Privat- und Geschäftskunden	54,8	48,8
Wealth Management	4,1	4,9
Firmen- & Kommerzielle Immobilienkunden	66,8	62,6
Markets & Investment Banking	78,0	74,1
Sonstige / Konsolidierung	28,4	25,7

■ 2005
■ 2006

¹ Darstellung der Vorjahreswerte gemäß der Divisionsstruktur 2006 und abzüglich der Werte aus den Niederlassungen Tallinn und Vilnius.

Risikobericht Fortsetzung

Verteilung des erwarteten Verlusts sowie des Kredit- und Kontrahentenrisikos (Value-at-Risk) nach Divisionen – Core Portfolio

in %	ERWARTETER VERLUST		VALUE-AT-RISK	
	2006	2005 ¹	2006	2005 ¹
Division				
Privat- und Geschäftskunden	19,6	25,2	11,6	17,7
Wealth Management	1,4	1,4	1,2	1,5
Firmen- & Kommerzielle Immobilienkunden	22,8	25,8	26,0	29,2
Markets & Investment Banking	32,4	23,8	48,3	33,9
Sonstige/Konsolidierung	23,8	23,8	12,9	17,7
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0

¹ Darstellung der Vorjahreswerte gemäß der Divisionsstruktur 2006 und abzüglich der Werte aus den Niederlassungen Tallinn und Vilnius.

Finanzderivate

Finanzderivate werden in der HVB AG überwiegend zur Steuerung von Marktpreisrisiken (insbesondere Zinsänderungs- und Währungsrisiken) aus Handelsaktivitäten eingesetzt, dienen darüber hinaus auch zur Sicherung von bilanzwirksamen bzw. -unwirksamen Positionen im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung bzw. im Falle der Kreditderivate zur Steuerung von Kreditrisiken.

Das Nominalvolumen des weltweiten Derivategeschäfts der HVB AG betrug zum Jahresende 2006 insgesamt rund 2274 Mrd €.

Die Nominale bilden jedoch nicht den potenziellen Risikogehalt des Derivategeschäfts ab. Ausfallrisikorelevant sind hingegen die positiven Marktwerte als Wiederbeschaffungswerte der OTC-Derivate, die den potenziellen Kosten entsprechen, die der HVB AG im Falle des gleichzeitigen Ausfalls aller Kontrahenten entstünden, um die ursprünglich geschlossenen Kontrakte durch wirtschaftlich gleichwertige Geschäfte zu ersetzen.

Ohne Berücksichtigung Risiko reduzierender Effekte ergab sich für die HVB AG zum Jahresende 2006 ein maximales Kontrahentenrisiko (worst-case-Betrachtung) in Höhe von 37,5 Mrd € (31. Dezember 2005: 42,7 Mrd €).

Entsprechend dem bankaufsichtsrechtlichen Grundsatz I errechnen sich daraus – unter Berücksichtigung von bestehenden rechtlich durchsetzbaren bilateralen Netting Vereinbarungen sowie erhaltenen Sicherheiten – für die HVB AG Kreditäquivalente (Kontrahentenrisiko inklusive Add-On) in Höhe von 18,3 Mrd € (31. Dezember 2005: 16,8 Mrd €); nach individueller Bonitätsgewichtung verbleiben 5,3 Mrd € (31. Dezember 2005: 4,6 Mrd €).

Die nachfolgenden Tabellen liefern insbesondere detaillierte Informationen zu den Nominal- und Marktwertgrößen des gesamten Derivategeschäfts bzw. Kreditderivategeschäfts der HVB AG.

Derivategeschäft

in Mio €	NOMINALVOLUMEN					MARKTWERTE			
	RESTLAUFZEIT			SUMME	SUMME	POSITIV		NEGATIV	
	BIS ZU 1 JAHR	1 BIS 5 JAHRE	ÜBER 5 JAHRE	2006	2005	2006	2005	2006	2005
Zinsbezogene Geschäfte	544600	554514	437992	1537106	1573330	19838	33949	21272	34550
OTC-Produkte									
Forward Rate Agreements	35361	251	—	35612	41060	15	14	6	15
Zinsswaps	375309	485106	382976	1243391	1284352	17700	31024	18985	31484
Zinsoptionen									
– Käufe	16208	31860	27868	75936	70410	2094	2902	—	—
– Verkäufe	10282	28779	27148	66209	71497	—	—	2281	3045
Sonstige Zinskontrakte	294	4	—	298	8480	3	9	—	6
Börsengehandelte Produkte									
Zinsfutures	48948	8514	—	57462	63938	—	—	—	—
Zinsoptionen	58198	—	—	58198	33593	26	—	—	—
Währungsbezogene Geschäfte	157244	82472	35023	274739	251010	4186	3424	3973	3858
OTC-Produkte									
Devisentermingeschäfte	113414	20311	252	133977	140531	1775	1885	1958	2309
Zins-/Währungsswaps	15557	57345	33545	106447	82074	2010	1192	1673	1222
Devisenoptionen									
– Käufe	12803	2249	645	15697	14319	401	347	—	—
– Verkäufe	15470	2567	581	18618	14086	—	—	342	327
Sonstige Devisenkontrakte	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Börsengehandelte Produkte									
Devisenfutures	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Devisenoptionen	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Aktien-/Indexbezogene Geschäfte	99315	100979	6538	206832	215402	10465	4609	10746	5383
OTC-Produkte									
Aktien-/Indexswaps	14384	4539	559	19482	—	503	—	228	—
Aktien-/Indexoptionen									
– Käufe	21640	25966	751	48357	76914	6679	4579	—	—
– Verkäufe	23575	42318	3169	69062	83880	—	—	6980	5308
Sonstige Aktien-/Indexkontrakte	107	141	—	248	1418	17	30	—	75
Börsengehandelte Produkte									
Aktien-/Indexfutures	9893	4	—	9897	10222	—	—	—	—
Aktien-/Indexoptionen	29716	28011	2059	59786	42968	3266	—	3538	—
Kreditderivate¹	36148	142771	73264	252183	115726	2748	711	3234	1560
Sonstige Geschäfte	1370	1316	407	3093	2260	297	112	291	121
Summe	838677	882052	553224	2273953	2157728	37534	42805	39516	45472

¹ Details zu den Kreditderivaten sind den nachfolgenden Tabellen »Kreditderivate« bzw. »Kreditderivate nach Referenzaktiva« zu entnehmen.

Risikobericht Fortsetzung

Derivategeschäft nach Kontrahentengruppen

in Mio €	MARKTWERTE			
	POSITIV		NEGATIV	
	2006	2005	2006	2005
OECD-Zentralregierungen (und Notenbanken)	137	306	130	273
OECD-Banken	26092	36758	27287	39599
OECD-Finanzinstitute	8645	3535	9543	4563
Nicht-OECD-Zentralregierungen (und Notenbanken)	89	77	53	—
Nicht-OECD-Banken	104	35	118	99
Nicht-OECD-Finanzinstitute	183	50	136	59
Sonstige Unternehmen und Privatpersonen	2284	2044	2249	879
Summe	37534	42805	39516	45472

Kreditderivate

in Mio €	NOMINALVOLUMEN				MARKTWERTE				
	RESTLAUFZEIT			SUMME	SUMME	POSITIV		NEGATIV	
	BIS ZU 1 JAHR	1 BIS 5 JAHRE	ÜBER 5 JAHRE	2006	2005	2006	2005	2006	2005
Anlagebuch	462	2149	11688	14299	14148	485	231	798	807
Sicherungsnehmer									
Credit Default Swaps	323	979	7537	8839	9836	462	161	53	14
Total Return Swaps	—	—	2000	2000	2000	—	—	327	343
Credit Linked Notes	45	65	515	625	261	2	—	2	254
Sonstige	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sicherungsgeber									
Credit Default Swaps	49	1091	1606	2746	1998	21	17	415	196
Total Return Swaps	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Credit Linked Notes	45	14	30	89	53	—	53	1	—
Sonstige	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Handelsbuch	35686	140622	61576	237884	101578	2263	480	2436	753
Sicherungsnehmer									
Credit Default Swaps	6609	68521	35275	110405	52791	393	244	1617	224
Total Return Swaps	11726	1606	235	13567	767	329	4	—	4
Credit Linked Notes	57	310	284	651	153	15	—	4	153
Sonstige	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sicherungsgeber									
Credit Default Swaps	5536	68525	25503	99564	47723	1524	206	477	369
Total Return Swaps	11706	1503	33	13242	123	—	2	327	3
Credit Linked Notes	52	157	246	455	21	2	24	11	—
Sonstige	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Summe	36148	142771	73264	252183	115726	2748	711	3234	1560

Kreditderivate nach Referenzaktiva

in Mio €	NOMINALVOLUMEN				SUMME 2006	SUMME 2005
	CREDIT DEFAULT SWAPS	TOTAL RETURN SWAPS	CREDIT LINKED NOTES	SONSTIGE		
Öffentliche Anleihen	14 346	—	553	—	14 899	4 833
Unternehmensanleihen	196 120	28 606	781	—	225 507	49 264
Aktien	—	—	—	—	—	—
Sonstige Aktiva	11 088	203	486	—	11 777	61 629
Summe	221 554	28 809	1 820	—	252 183	115 726

Entwicklung des Länderrisikos im Jahresvergleich

Im Berichtsjahr sank das länderrisikorelevante Exposure um 15,2 Mrd € auf 45,2 Mrd €.

Rund 94,4% des länderrisikorelevanten Exposures der HVB AG betreffen Länder mit den Bonitätsklassen 1–4 (entspricht Investmentgrade). Innerhalb der Bonitätsklasse 5–8 entfallen 2,2 Mrd € bzw. 4,8% des Exposures auf die Bonitätsklasse 5.

Das Portfolio der HVB AG ist regional sehr gut diversifiziert. Der Hauptanteil des Exposures der HVB liegt mit 53% im risikoarmen Westeuropa (Bonitätsklasse 1).

Auch die Top 10 Länder verteilen sich im Wesentlichen auf risikoarme Länder in Westeuropa, Nordamerika und Asien.

Länderexposure¹ und Länderrisiko-Value-at-Risk nach Bonitätsklassen

in Mio €	EXPOSURE		VALUE-AT-RISK	
	2006	2005	2006	2005
Bonitätsklasse				
Bonitätsklassen 1–4	42 662	56 870	33,3	43,0
Bonitätsklassen 5–8	2 541	3 510	29,0	27,0
Bonitätsklasse 9	3	51	0,0	8,0
Summe	45 206	60 431	62,3	78,0

¹ Nach Sicherheiten; ohne wertberichtigte Geschäfte

Länderexposure¹ nach Regionen und Produktkategorie

in Mio €	KREDITGESCHÄFT		HANDELSGESCHÄFT		EMITTENTENRISIKO		GESAMT	
	2006	2005	2006	2005	2006	2005	2006	2005
Region								
Afrika	309	599	190	188	7	5	506	792
Nordamerika	1 646	2 636	2 143	3 083	303	708	4 092	6 427
Osteuropa	3 488	3 737	640	1 087	63	244	4 191	5 068
Mittel- und Südamerika	2 506	2 929	2 031	6 833	1 251	1 040	5 788	10 802
Asien/Pazifik	3 597	4 052	3 052	5 087	134	531	6 783	9 670
Westeuropa	5 886	11 008	17 211	15 952	749	712	23 846	27 672
Summe	17 432	24 961	25 267	32 230	2 507	3 240	45 206	60 431

¹ Nach Sicherheiten; ohne wertberichtigte Geschäfte

Risikobericht Fortsetzung

Top-Ten-Länder nach Exposure¹ über alle Bonitätsklassen

in Mio €	EXPOSURE		VALUE-AT-RISK	
	2006	2005	2006	2005
Land				
Großbritannien	17 781	21 055	0	0
Cayman Islands, Off-Shore	3 559	7 138	6,6	20,2
Schweiz	3 118	3 459	0	0
USA	2 502	4 229	0	0
Japan	1 510	2 928	0	0
Russland	1 425	1 506	9,5	6,5
Türkei	1 196	1 611	11,9	12,9
Norwegen	1 189	1 082	0	0
Cayman Islands, On-Shore	1 127	2 322	1,5	1,8
Kanada	892	1 745	0	0
Summe	34 299	47 075	29,5	41,4

¹ Nach Sicherheiten; ohne wertberichtigte Geschäfte

2 Marktrisiko

Risikomanagement

Unter Marktrisiko verstehen wir den potenziellen Verlust, der durch Veränderungen von Preisen an Finanzmärkten für unsere Positionen im Handels- und im Bankbuch entstehen kann. Das Marktrisiko setzt sich aus den Risikokategorien Zinsrisiko, Fremdwährungsrisiko, Aktienkursrisiko und Credit Spread Risiko zusammen.

Das Management unserer Marktrisiken erfolgt in der Division Markets & Investment Banking.

Messmethodik

Zum Zweck der täglichen Risikomessung und -steuerung quantifizieren wir den Value-at-Risk auf Basis eines Konfidenzniveaus von 99% und einer Haltedauer von einem Tag. Auf Grund der gemeinsamen Steuerung von Handels- und Bankbüchern wird auch der Value-at-Risk zusammengefasst dargestellt. Die Risiken aus Handelsbüchern werden für aufsichtsrechtliche Zwecke weiterhin separat ausgewiesen. Für die Ermittlung und Allokation des Risikokapitalbedarfs für Marktrisiken wird der Value-at-Risk analog zu den anderen Risikoarten auf ein Konfidenzniveau von 99,95% und eine Haltedauer von einem Jahr unter Berücksichtigung von Portfolioeffekten skaliert.

Zur Ermittlung des Value-at-Risk verwenden wir weltweit ein internes Modell im Full Use, das zum Jahresende 2005 aufsichtsrechtlich vollständig anerkannt wurde. Das Modell beruht auf einem Monte-Carlo-Simulationsansatz.

Die Angemessenheit der Risikomessmethodik wird durch ein regelmäßiges Backtesting überprüft, bei dem die errechneten Value-at-Risk-Werte (VaR) mit den aus den Positionen errechneten Marktveränderungen (hypothetische P/L) verglichen werden. Die Ergebnisse des Backtestings bestätigen die hohe Qualität unseres internen Risikomodells.

Ergänzend zur Berechnung des Value-at-Risk führen wir regelmäßig Stresstests durch, die das Verlustpotenzial unserer Marktrisikopositionen bei extremen Marktbewegungen und außerordentlichen Ereignissen zeigen. Die Spanne der untersuchten Szenarien reicht von starken Veränderungen der Zins-, Devisen- oder Aktienmärkte über einen Schock der zugrunde liegenden Volatilitäten bis hin zur Ausweitung von Credit Spreads sowie der Veränderung der Korrelationen. Darunter befinden sich auch die Szenarien, die in der UniCredit Gruppe Verwendung finden.

Risikoüberwachung

Die Überwachung der Risikopositionen im Handels- und Bankbuch erfolgt über ein einheitliches und hierarchisches Limitsystem, welches das Verlustpotenzial aus Marktrisiken begrenzt. Die Risikolimits werden jährlich vom Vorstand der HVB Group genehmigt und dürfen nicht überschritten werden.

Marktrisiko der Handelsaktivitäten

(Value-at-Risk, Konfidenzniveau 99%, Haltedauer 1 Tag)

in Mio €	DURCHSCHNITT 2006 ¹	31.12.2006	30.9.2006	30.6.2006	31.3.2006	31.12.2005
Zinsbezogene Geschäfte (inkl. Credit Spread Risiken)	8	9	7	6	9	8
Währungsbezogene Geschäfte	3	2	2	3	6	5
Aktien-/Indexbezogene Geschäfte	4	4	5	4	4	8
Diversifikationseffekt ²	-5	-5	-5	-5	-7	-9
Summe	10	10	9	8	12	12

¹ Arithmetisches Mittel

² Auf Grund des Diversifikationseffektes zwischen den Risikokategorien ist das Gesamtrisiko geringer als die Summe der Einzelrisiken.

Eventuelle Limitüberschreitungen in Teilportfolios werden unmittelbar eskaliert und ihre zeitnahe Rückführung überwacht. In 2006 traten keine wesentlichen Limitüberschreitungen auf. Das Marktrisikoccontrolling hat unmittelbaren Zugang zu den im Handel eingesetzten Front Office Systemen und überwacht damit in Stichproben auch intraday die Risikosituation.

Das Management wird täglich über die Entwicklung des Marktrisikos, der Limitauslastungen sowie der Gewinne und Verluste informiert. Monatlich wird über die Ergebnisse der Risikoanalysen, darunter auch über die Ergebnisse des Backtestings und Stresstestings, berichtet.

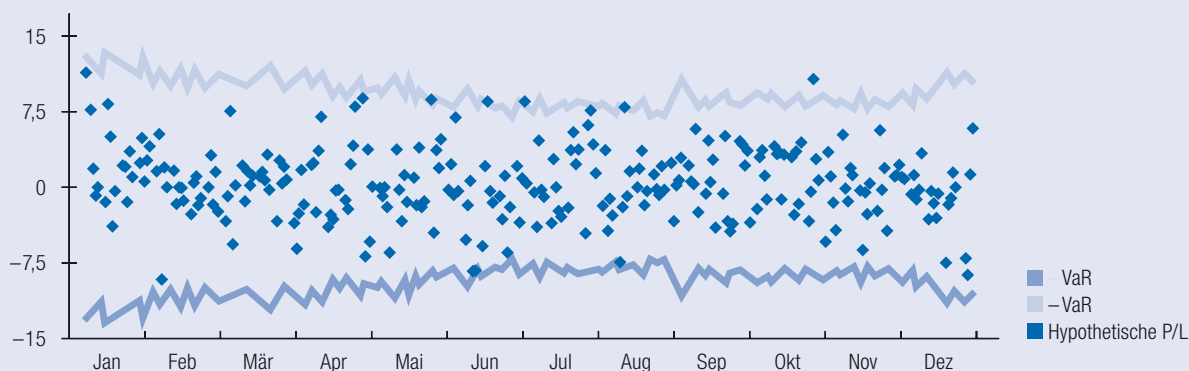
Quantifizierung und Konkretisierung

Auf aggregierter Basis ergaben sich im Jahresablauf für unsere Handelsbestände in der HVB AG die in der Tabelle aufgezeigten Marktrisiken.

Das Risikokapital für Marktrisiken liegt mit 0,16 Mrd € gegenüber dem Vorjahr auf unverändertem Niveau.

Im Bankbuch ergaben sich zum Jahresende Marktrisiken in Höhe von 9 Mio € (Vorjahr 15 Mio €, eintägige Haltedauer; Vorjahreswert nach alter Methodik ohne Korrelationseffekte).

Backtesting Internes Modell Handelsaktivitäten HVB AG 2006
(in Mio €)



Risikobericht Fortsetzung

Ergänzend werden für die Bankbücher der HVB AG regelmäßig Stresstests und Szenarioanalysen durchgeführt, die das Verlustpotenzial bei extremen Marktbewegungen zeigen:

Entsprechend der Basel II Anforderungen wird die Veränderung des Marktwertes des Bankbuchs bei einem 200 Basispunkte Zinsschock den anrechenbaren Eigenmitteln der Bank gegenübergestellt. Mit einem theoretischen Verbrauch von 6,4% des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals per Ultimo Dezember 2006 befindet sich die HVB AG weit unterhalb des von der Bankenaufsicht geforderten Outlier Wertes in Höhe von 20%.

Im Rahmen der »Earnings perspective« wird quartalsweise eine dynamische Simulation des Zinsüberschusses für die HVB AG durchgeführt. Die zukünftige Entwicklung des Nettozinsertages wird in unterschiedlichen Szenarien bezüglich des Geschäftsvolumens und der Zinsen simuliert. Ein paralleler 200 Basispunkte Zinsschock nach oben würde unter der Annahme eines gleichbleibenden Geschäftsvolumens zu einem sinkenden Zinsüberschuss von 165 Mio € innerhalb der nächsten 12 Monate führen.

3 Liquiditätsrisiko Risikomanagement

Beim Liquiditätsrisiko wird zwischen drei Risikokategorien differenziert:

Kurzfristiges Liquiditätsrisiko

- Das kurzfristige Liquiditätsrisiko (Liquiditätsrisiko im engeren Sinne) repräsentiert die Gefahr, dass die Bank ihren anfallenden Zahlungsverpflichtungen nicht zeitgerecht oder nicht in vollem Umfang nachkommen kann.

Refinanzierungsrisiko

- Das Refinanzierungsrisiko repräsentiert die Gefahr, dass zusätzliche Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktzinsen beschafft werden können.

Marktliquiditätsrisiko

- Das Marktliquiditätsrisiko repräsentiert die Gefahr, dass Vermögenswerte nur mit Abschlägen am Markt liquidiert werden können.

Die Grundsätze und Regeln der Liquiditätssteuerung sind in einer vom Vorstand verabschiedeten Liquidity Policy festgelegt und werden von den operativen Geschäftseinheiten umgesetzt. Die Umsetzung wird – für das kurzfristige Liquiditätsrisiko und das Refinanzierungsrisiko – vom Bereich Asset Liability Management koordiniert und nachgehalten.

Das Management des Marktliquiditätsrisikos obliegt im Rahmen ihres definierten Marktauftrages den Verantwortlichen der jeweiligen Portfolios. Infolgedessen geht es in die Erhebung des Marktrisikos ein und es ist im Wesentlichen auf die dort angeführten Instrumente der Messung und Überwachung zu verweisen.

Messmethodik

Kurzfristiges Liquiditätsrisiko

Zur Messung unseres kurzfristigen Liquiditätsrisikos werden täglich Cashflow Reports erstellt und gegen die vorhandenen Liquiditätsreserven gerechnet, die sich vor allem aus den freien und jederzeit liquidierbaren Wertpapieren ergeben. Auf der Grundlage dieser beiden Komponenten werden für die wichtigsten Geschäftseinheiten kumulative Limite beginnend mit dem folgenden Bankarbeitstag bis zu einem Monat festgelegt.

Basierend auf den Liquiditätsprofilen der Geschäftseinheiten werden darüber hinaus Stress Szenarien simuliert und die Limite bei Bedarf entsprechend angepasst. Neben dieser internen Messmethodik unterliegen wir für das kurzfristige Liquiditätsrisiko den aufsichtsrechtlichen Vorschriften des Liquiditätsgrundsatzes II.

Refinanzierungsrisiko

Für die Messung des Refinanzierungsrisikos wird in einem abgestimmten Prozess der langfristige Refinanzierungsbedarf auf Basis der erwarteten Geschäftsentwicklung ermittelt und regelmäßig aktualisiert. Die daraus abgeleiteten Fundingziele stellen eine ausgewogene Fristigkeitsstruktur der Aktiva und Passiva in definierten Laufzeitbändern sicher.

Marktliquiditätsrisiko

Durch Fair-Value-Adjustments (FVA) wird das Marktliquiditätsrisiko von Wertpapieren und Derivaten bereits sowohl für das Handelsbuch als auch für das Bankbuch in der Rechnungslegung berücksichtigt. Die FVA beinhalten einen Abschlag für Close-Out-Kosten, für illiquide Positionen und für Modellrisiken im Rahmen der Fair-Value-Ermittlung.

Risiküberwachung

Die Überwachung unserer Liquiditätssituation ist in unserem Asset Liability Management angesiedelt und umfasst im Wesentlichen die Analyse, Klassifizierung und Steuerung von Cashflow Gaps über alle Laufzeiten. Damit identifizieren wir offene Liquiditätsrisiken frühzeitig und begrenzen Inkongruenzen durch Limite und Fundingziele. Die erteilten Limite werden täglich auf ihre Einhaltung hin überprüft. Für definierte Stress Situationen halten wir angemessene Liquiditäts-

reserven vor. Die aus den Fundingzielen abgeleiteten Vorgaben hinsichtlich Volumina und Instrumenten werden in Abstimmung mit Treasury Management kostenoptimiert umgesetzt.

Die Beobachtung der Entwicklungen an den jeweiligen lokalen Märkten obliegt den dezentralen Treasury Einheiten, die regelmäßig an den Bereich Asset Liability Management berichten.

Das Asset Liability Committee und der Gesamtvorstand werden regelmäßig über die aktuelle Liquiditäts- und Refinanzierungssituation informiert. Für den Fall von Liquiditätsengpässen gibt es einen Notfallplan, der Verantwortlichkeiten, interne Meldeerfordernisse und Entscheidungsbefugnisse regelt sowie potenzielle Gegenmaßnahmen beschreibt.

Quantifizierung und Konkretisierung

Die Rahmenbedingungen an den Geld- und Kapitalmärkten waren im Berichtsjahr weiterhin günstig. Die Risikozuschläge bei den Refinanzierungskosten haben sich am Kapitalmarkt gegenüber 2005 nochmals leicht reduziert. Durch die Beteiligungsverkäufe im Laufe des Jahres 2006 hat sich die Liquiditätsausstattung der HVB AG zusätzlich verbessert.

Kurzfristiges Liquiditätsrisiko

Für das kurzfristige Liquiditätsrisiko haben wir im Rahmen unseres mit konservativen Annahmen unterlegten Limitsystems per Ultimo Dezember 2006 für den folgenden Bankarbeitstag einen positiven Gesamtsaldo von 9,2 Mrd € in der HVB AG ausgewiesen. Der Bestand an frei verfügbaren zentralbankfähigen Wertpapieren, die kurzfristig zum Ausgleich unerwarteter Liquiditätsabflüsse eingesetzt werden können, belief sich zum Jahresende auf 7,6 Mrd €.

Die Anforderungen des aufsichtsrechtlichen Grundsatzes II wurden von den betroffenen Einheiten der HVB Group im Berichtsjahr jederzeit eingehalten. Der durchschnittliche Überschuss der Zahlungsmittel über die abrufbaren Zahlungsverpflichtungen des Folgemonats betrug im Jahr 2006 für die HVB AG 20,2 Mrd €.

Refinanzierungsrisiko

Das Refinanzierungsrisiko der HVB AG ist auf Grund einer breiten Refinanzierungsbasis in Bezug auf Produkte, Märkte und Investorengruppen gering. Damit ist auch in schwierigen Marktphasen eine angemessene Refinanzierung unseres Aktivgeschäfts jederzeit möglich. Im Jahr 2006 wurde seitens der HVB AG ein Volumen von 10,7 Mrd € längerfristig refinanziert. Unsere Pfandbriefe mit ihrer besonderen Bonität und Liquidität stellen dabei unverändert eines der wichtigsten Instrumente dar.

4 Operationelles Risiko Risikomanagement

Operationelles Risiko ist die Möglichkeit von Verlusten durch fehlerhafte interne Prozesse, menschliche Fehler, Technologieversagen oder externe Ereignisse. Diese Definition gemäß Basel II beinhaltet auch Rechtsrisiken.

Identifikation, Analyse und Management des operationellen Risikos liegen in der Verantwortung der Divisionen und funktionalen Bereiche. Die Aktivitäten orientieren sich dabei an einem in der HVB AG definierten, toolunterstützten Operational Risk Management Prozess, welcher seit 2004 umgesetzt wird. Hierbei werden auch die Anforderungen von Basel II, insbesondere die »Sound Practices for the Management and Supervision of Operational Risk« des Baseler Ausschusses berücksichtigt.

Für die operative Umsetzung und Durchführung des Prozesses, zu dem insbesondere die Erhebung, Analyse, Bewertung und Qualitätssicherung der Risikodaten sowie eine entsprechende Maßnahmenplanung mit laufendem Monitoring wesentlicher Risiken gehören, sind die jeweiligen Operational Risk Manager in den einzelnen Einheiten verantwortlich.

Für das Management der rechtlichen Risiken ist der Bereich Recht zuständig. Er überwacht die Einhaltung der gesetzlichen Rahmenbedingungen und der anerkannten Grundsätze der Rechtsprechung.

Im Rahmen der Integrationsaktivitäten der UniCredit Gruppe erfolgte im Geschäftsjahr 2006 sukzessive eine Harmonisierung der angewandten Standards und Verfahren, welche in 2007 fortgeführt wird. Das bisher eingesetzte Operational Risk System zur Verlustdatensammlung und Risikoerhebung wird nach Modifikationen künftig sukzessive als Plattform für die gesamte UniCredit Gruppe Anwendung finden.

Messmethodik

Zur Quantifizierung des operationellen Risikos der HVB AG setzen wir den »Loss Distribution Approach« ein. Dabei verwendet unser Quantifizierungsmodell interne und externe Verlustdaten, um die Verlustverteilungen zu bestimmen. Der Datenmangel in bestimmten Bereichen wird durch Szenarioanalysen ausgeglichen. Mittels Monte-Carlo-Simulation werden unter Berücksichtigung Risiko mindernder Maßnahmen wie beispielsweise Versicherungen die Value-at-Risk-Ergebnisse der HVB AG ermittelt. Durch die Berücksichtigung interner Kontrollfaktoren und Geschäftsumfeldfaktoren werden die Verlustverteilungen bzw. die Messergebnisse an das aktuelle Risikoprofil angepasst.

Risikobericht Fortsetzung

Hinsichtlich der aufsichtsrechtlichen Ermittlung der notwendigen Eigenmittelunterlegung in der HVB AG werden wir im Rahmen von Basel II den »Advanced Measurement Approach« (AMA) mit allen diesbezüglichen Anforderungen umsetzen. Als Einführungszeitpunkt ist, in Abstimmung mit der UniCredit Gruppe, der 1. Januar 2008 vorgesehen. Die AMA Berechnung soll hierbei künftig gemäß einem einheitlichen Messmodell erfolgen, welches in der gesamten UniCredit Gruppe Anwendung findet.

Risikoüberwachung

Im Berichtsjahr stand die Umsetzung des Operational Risk Management Prozesses im Sinne einer erstmalig umfassenden Risikoerhebung im Fokus. Hierbei wurden wesentliche Risiken identifiziert und einschließlich Risiko mindernder Maßnahmen erfasst. Darüber hinaus wurde ein laufendes Monitoring auf Basis eines Frühwarnsystems implementiert, welches sich – soweit möglich – auf Indikatoren stützt.

Im Rahmen eines regelmäßigen, umfassenden Berichtswesens werden der Chief Risk Officer, der Gesamtvorstand sowie der Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats durch Risk Control über aufgetretene Verlustereignisse sowie wesentliche operationelle Risiken und deren Management informiert. Damit werden die Grundlagen für gegebenenfalls erforderliche Maßnahmen geliefert.

Quantifizierung und Konkretisierung

Das Risikokapital für operationelle Risiken der HVB AG beträgt zum Jahresresultimo 0,7 Mrd. €.

Für das Berichtsjahr sind hinsichtlich der Minimierung des operativen Risikos und zur Vermeidung möglicher Verluste folgende Maßnahmen hervorzuheben:

Divisionen und Unternehmen der HVB Group:

- Es erfolgte eine Bestandsaufnahme und Überprüfung des Versicherungsprogramms als Grundlage für dessen weitere Optimierung.
- Privat- und Geschäftskunden/Firmen- & Kommerzielle Immobilienkunden: Durch die Umsetzung von Maßnahmen wie der Anbindung des Ordererfassungssystems an das Portfoliomanagementsystem, die Implementierung weiterer Prüfmechanismen bei der Ordererfassung und die Erhöhung der »Straight-Through-Processing«-Rate bei inländischen Depotüberträgen konnten die Risiken im Wertpapierprozess weiter reduziert werden.

- Markets & Investment Banking: Wesentliche Maßnahmen waren unter anderem die Verbesserungen im Liquiditätsmanagement (Money-Market-/Foreign-Exchange-Gelddisposition). Gleichzeitig wurde die »Straight-Through-Processing«-Rate bei den Transaktionen zu den Fremdwährungs-Zahlungssystemen und bei den Positionsabgleichen zwischen Front Office, Back Office und Rechnungswesen nachhaltig erhöht.

Bewältigung von Krisensituationen:

- Die Leistungsfähigkeit der Krisen- und Notfallorganisation wurde durch die angemessene und effektive Reaktion auf Real- wie auch Übungssituationen bestätigt.
- Seit Beginn des Jahres 2006 läuft ein Projekt zur Vorbereitung der Bank für den Fall einer weltweiten Grippe Epidemie (Pandemie). Gemäß dem in diesem Rahmen entwickelten Pandemieplan werden die Vorbereitungen der HVB Group auf dieses Ereignis organisiert, um die Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes zu sichern.
- Die »Business-Continuity-Management« (BCM) Arbeitsgruppe hat wesentliche geschäftskritische Prozesse identifiziert und bewertet. Die Ergebnisse fließen in die in 2007 einzuführende, einheitliche BCM Policy ein.

Rechtliche Risiken:

Immobilienfinanzierungen/Finanzierung des Erwerbs von Immobilienfonds

- Für die HVB AG hat es keine negativen rechtlichen Auswirkungen, soweit Kunden ihre zum Zwecke des Erwerbs einer Immobilie abgeschlossenen Darlehensverträge nach dem Haustürwiderrufgesetz widerrufen. Nach den gesetzlichen Regeln und der entsprechenden Ansicht der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (BGH) muss der Kunde, der die Voraussetzungen eines Widerrufsrechts zu beweisen hat, auch nach einem Widerruf die Darlehensvaluta einschließlich einer marktüblichen Verzinsung an die Bank zurückzahlen. Nach der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 25. Oktober 2005 verstoßen die insoweit in Deutschland geltenden gesetzlichen Regelungen nicht gegen europäisches Recht. Die vom EuGH darüber hinaus in bestimmten Fällen geforderte Übernahme des Anlagerisikos auf Grund nicht erfolgter Aufklärung über ein Widerrufsrecht durch die Bank setzt voraus, dass der Kunde beweisen kann, dass er bei Kenntnis des Widerrufsrechts das Investment nicht getätigt hätte; darüber hinaus hat der BGH entschieden, dass die Bank nur bei schuldhaftem Handeln das Anlagerisiko zu übernehmen hat. Negative Auswirkungen erwartet die Bank daher auch nach der neueren Rechtsprechung nicht. Die Bank behält darüber hinaus auch dann ihren Rückzah-

lungsanspruch, wenn der Darlehensnehmer einem Dritten eine unwirksame Vollmacht erteilt hat, die Bank aber auf den Bestand der Vollmacht vertrauen konnte. Nach den bisherigen Erfahrungen bestehen in diesen Fällen keine rechtlichen Risiken. Die neuere Rechtsprechung des BGH bestätigt auch die bislang schon engen Voraussetzungen einer möglichen Aufklärungs- und Beratungspflicht der Bank. In Fällen eines institutionalisierten Zusammenwirkens gewährt der BGH (Entscheidung vom 16. Mai 2006) Anlegern eine erleichterte Beweisführung hinsichtlich einer Aufklärungspflichtverletzung. Dieser neu eingeführte Begriff in der Rechtsprechung wird erst künftig durch Einzelfallentscheidungen ausgefüllt werden.

- Finanziert die Bank dem Kreditnehmer den Erwerb von Anteilen an Immobilienfonds und handelt es sich um einen Kredit, der nicht grundschuldgesichert ist, kann der Kreditnehmer – wenn es sich um ein verbundenes Geschäft handelt – dem Rückzahlungsanspruch des finanzierenden Instituts Einwendungen entgegenhalten, die ihm auf Grund Falschberatung gegen den Verkäufer oder Vermittler der Fondsanteile zustehen. Daher hat die Bank dann keinen Darlehensrückzahlungsanspruch gegen den Kunden, wenn die Bank sich der Vertriebsorganisation des Vermittlers des Fondsanteils bedient hat, das Darlehen unmittelbar an die Fondsgesellschaft ausbezahlt wurde und der Anleger bei Erwerb seiner Beteiligung getäuscht wurde oder wenn dem Darlehensnehmer ein Widerrufsrecht zusteht. Das Vorliegen dieser Voraussetzungen hätte der Kreditnehmer im Einzelfall zu beweisen. Aus heutiger Sicht gehen wir davon aus, dass derartige Umstände allenfalls in Ausnahmefällen gegeben sein können.

Verfahren von Aktionären der HVB AG

- Aktionäre unserer Bank haben gegen die erneute Wahl der Anteilseignervertreter in den Aufsichtsrat sowie die Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2004 in der Hauptversammlung unserer Bank vom 29. April 2004 Anfechtungsklage erhoben. Die Klage wurde auch in zweiter Instanz vom OLG München mit Urteil vom 18. Januar 2006 abgewiesen; hiergegen hat ein Aktionär Nichtzulassungsbeschwerde zum Bundesgerichtshof eingelegt.
- Ein Aktionär hat in einem gesonderten Verfahren die Feststellung der Nichtigkeit des Jahresabschlusses 2004 begehrt mit der Begründung, der Abschlussprüfer in der Hauptversammlung 2004 sei nicht wirksam vorgeschlagen und gewählt worden. Auf Grund der vorgenannten Entscheidung des OLG München vom 18. Januar 2006 gehen wir davon aus, dass die Klage keinen Erfolg haben wird.
- Weiter hat ein Teil der Anfechtungskläger beantragt, die im Frühjahr 2004 durchgeführte Kapitalerhöhung im Handelsregister wieder zu löschen, da die registergerichtliche Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder in 2004 sowie die Jahresabschlüsse der HVB nichtig seien. Im Hinblick auf den Ausgang der vorgenannten Verfahren gehen wir davon aus, dass das Registergericht München den Antrag zurückweisen wird.
- Des Weiteren haben Aktionäre gegen Beschlüsse der Hauptversammlung unserer Bank vom 12. Mai 2005 Anfechtungsklage erhoben. Soweit die Klage sich gegen die Entlastung der Aufsichtsratsmitglieder für das Geschäftsjahr 2004 bezieht, hat das LG München mit Urteil vom 22. Dezember 2005 der Klage stattgegeben, da der Bericht des Aufsichtsrats die Rücknahme der Berufung gegen das Urteil des LG München I vom 15. April 2004 und die daraus folgende Unwirksamkeit der Wahl 2003 nicht erwähnt habe. Die Klage gegen die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern und des Abschlussprüfers hat das LG München I abgewiesen, das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Die Nichtentlastung der Aufsichtsratsmitglieder für das Geschäftsjahr 2004 in der Hauptversammlung vom 12. Mai 2005, über die in der ordentlichen Hauptversammlung am 23. Mai 2006 noch einmal Beschluss gefasst wurde, hat keine materiellen Auswirkungen für die Bank.
- Weiterhin haben Aktionäre unserer Bank insbesondere gegen die Beschlüsse unserer Hauptversammlung vom 23. Mai 2006, mit welchen dem Ausgliederungs- und Übernahmevertrag vom 29. März 2006 sowie dem Rahmenvertrag vom 16. Januar 2006 im Zusammenhang mit der Übertragung eines Kreditportfolios auf eine Gesellschaft der Goldman Sachs Gruppe zugestimmt wurde, Anfechtungsklage erhoben. In dem daraufhin von unserer Bank angestrebten Freigabeverfahren hat das LG München I am 27. September 2006 festgestellt, dass die Anfechtungsklagen der Eintragung der Ausgliederung nicht entgegenstehen, da die Klagen offensichtlich unbegründet sind. Die dagegen gerichteten Beschwerden wurden vom OLG München am 12. Februar 2007 zurückgewiesen, sodass die Freigabeentscheidung rechtskräftig ist.
- Gegen die Beschlüsse der außerordentlichen Hauptversammlung unserer Bank vom 25. Oktober 2006, mit welchen dem Verkauf und der Übertragung der von unserer Bank gehaltenen Anteile an der Bank Austria Creditanstalt AG und der HVB Bank Ukraine an die UniCredit Gruppe bzw. an der International Moscow Bank und der AS UniCredit Bank, Riga (vormals: HVB Bank Latvia AS, Riga) an die

Risikobericht Fortsetzung

Bank Austria Creditanstalt AG sowie der Niederlassungen in Vilnius und Tallinn an die AS UniCredit Bank, Riga (vormals: HVB Bank Latvia AS, Riga) zugestimmt wurde, haben zahlreiche Aktionäre Anfechtungs- und Nichtigkeitsklagen erhoben. Außerdem haben einige Aktionäre beantragt, der HVB AG aufzugeben, weitere Auskünfte hinsichtlich in der außerordentlichen Hauptversammlung angeblich nicht vollständig beantworteter Fragen zu erteilen, insbesondere die Zusammenschlussvereinbarung mit der UniCredit Gruppe vollständig auszulegen; nach Ansicht unserer Bank besteht insoweit kein Anspruch. Die Kauf- und Übertragungsverträge sehen vor, dass ein Vollzug der Transaktionen unter anderem voraussetzt, dass nach pflichtgemäßer Beurteilung des Vorstands auf der Grundlage der Stellungnahme eines externen Rechtsberaters die entsprechenden Zustimmungsbeschlüsse keine Fehler aufweisen, die dem Vollzug des jeweiligen Vertrages entgegenstehen. Nachdem der Vorstand in diesem Sinne Beschluss gefasst hat, wurden die von unserer Bank gehaltenen Anteile an der Bank Austria Creditanstalt AG an die UniCredit Gruppe bzw. an der International Moscow Bank und der AS UniCredit Bank, Riga (vormals: HVB Bank Latvia AS, Riga) an die Bank Austria Creditanstalt AG Anfang Januar 2007 übertragen. Hinsichtlich der Übertragungen der Niederlassungen in Vilnius und Tallinn an die AS UniCredit Bank, Riga (vormals: HVB Bank Latvia AS, Riga) und der Übertragung der Anteile unserer Bank an der HVB Bank Ukraine an die UniCredit Gruppe steht die Erfüllung anderer Vollzugsvoraussetzungen noch aus.

Spruchverfahren Barabfindung Vereins- und Westbank AG

– Die außerordentliche Hauptversammlung der Vereins- und Westbank AG vom 24. Juni 2004 hatte die Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre der Vereins- und Westbank AG auf die HVB AG beschlossen; nach Erledigung der hiergegen gerichteten Anfechtungsklagen hatte die HVB AG den Minderheitsaktionären der Vereins- und Westbank AG eine – erhöhte – Barabfindung von 26,65 € je Stückaktie (die »26,65-Abfindung«) bezahlt. Ungeachtet dessen haben zahlreiche Minderheitsaktionäre von ihrer Möglichkeit Gebrauch gemacht, die 26,65-Abfindung in einem Spruchverfahren gemäß § 1 Nr. 3 SpruchG überprüfen zu lassen. Das LG Hamburg hat auf Grund eigener Schätzungen die Barabfindung mit Entscheidung vom 2. März 2006 auf 37,20 € je Stückaktie angehoben; gegen diese Entscheidung hat die Bank Rechtsmittel eingelegt. Wir gehen davon aus, dass allenfalls eine weitere geringere Zuzahlung an die ausgeschlossenen Aktionäre der Vereins- und Westbank AG erfolgen muss. Detailliertere Angaben könnten in dem anhängigen Verfahren zu negativen Auswirkungen auf die Rechtsposition der HVB AG führen.

Vom Insolvenzverwalter eines Firmenkunden geltend gemachte Ansprüche

Im Jahr 2002 stellte ein Firmenkunde der HVB AG Antrag auf Insolvenzeröffnung. Der Insolvenzverwalter machte daraufhin außergerichtlich Ansprüche gegen ein aus mehreren Banken bestehendes Konsortium geltend. Die HVB AG war an diesem Konsortium in einer Größenordnung von circa 9,25% der ausstehenden Kreditfazilitäten aller Banken beteiligt. Die Konsortialbanken beauftragten einen Insolvenzrechtsspezialisten mit der Prüfung der in diesem Zusammenhang auftretenden Fragen. Dieser schätzt die Rechtsstellung des Insolvenzverwalters als nicht sehr stark ein und riet den Konsortialbanken, die außergerichtlich geltend gemachten Ansprüche zurückzuweisen. Derzeit ist der Ausgang bezüglich der außergerichtlich geltend gemachten Ansprüche unsicher. Obgleich wir der Auffassung sind, dass die vorstehend bezeichneten Ansprüche unbegründet sind, würde eine erfolgreiche Klage seitens des Insolvenzverwalters die HVB AG mit einem unteren dreistelligen Millionen Betrag in € belasten.

Gewerbesteuer-Umlage/Hypo Real Estate

– Die HVB AG hat bei verschiedenen Tochtergesellschaften, die im jeweils maßgeblichen Zeitraum zum gewerbesteuerlichen Organkreis der HVB AG bzw. ihrer Vorgängerinstitute gehörten, bis einschließlich 2001 Gewerbesteuerumlagen erhoben bzw. erstattet. Die Hypo Real Estate Bank AG sowie die Hypo Real Estate International AG haben nunmehr klageweise eine angebliche Überzahlung an Gewerbesteuerumlage in Höhe von rund 62 Mio € zuzüglich Zinsen sowie angeblich ihnen zustehende Auskunftsansprüche geltend gemacht. Auf der Basis eingeholter Rechtsgutachten geht die HVB AG davon aus, dass den Klägerinnen die behaupteten Ansprüche nicht zustehen.

5 Geschäftsrisiko Risikomanagement

Als Geschäftsrisiko definieren wir unerwartete negative Veränderungen des Geschäftsvolumens und/oder der Margen, die nicht auf andere Risikoarten zurückzuführen sind. Die Folge sind nachhaltige Ergebnisrückgänge mit entsprechender Auswirkung auf den Marktwert des Unternehmens. Geschäftsrisiken können vor allem aus deutlich verschlechterten Marktbedingungen, Veränderungen der Wettbewerbsposition oder des Kundenverhaltens, aber auch aus geänderten rechtlichen Rahmenbedingungen resultieren.

Das operative Management des Geschäftsrisikos liegt als Teil des allgemeinen Ertrags- und Kostenmanagements in der Verantwortung der einzelnen Geschäftseinheiten.

Messmethodik

Die Messung des Risikokapitals für Geschäftsrisiko erfolgt auf Basis eines Value-at-Risk-Ansatzes. Zu diesem Zweck werden auf Divisionsebene Erlös- und Kostenvolatilitäten herangezogen und unter Berücksichtigung von Korrelationen ein Value-at-Risk ermittelt, welcher die mit dem Geschäftsrisiko einhergehenden möglichen Schwankungen des Unternehmenswerts repräsentiert.

Risikoüberwachung

Das Risikokapital für Geschäftsrisiko wird vom Bereich Risk Control ermittelt, analysiert und an den Chief Risk Officer sowie den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats berichtet.

Im Rahmen des monatlichen Vorstandsreportings des Bereichs Accountings wird die unterjährige Erlös- und Kostenentwicklung der Geschäftseinheiten als Stellhebel des Geschäftsrisikos durch Soll-Ist-Vergleiche nachgehalten.

Quantifizierung und Konkretisierung

Das ermittelte Risikokapital für das Geschäftsrisiko der HVB AG beläuft sich zum Jahresultimo 2006 auf rund 0,5 Mrd €.

Das in 2004 begonnene Programm zur Steigerung der Effizienz »Prozess-Redesign und -Optimierung (PRO)« wurde auch in 2006 erfolgreich fortgesetzt. Für das Jahr 2007 stehen nur noch wenige Maßnahmen aus. Das Projekt wird seine gesteckten Ziele voraussichtlich in vollem Umfang erreichen.

Beim Kostenmanagement profitiert die HVB AG auch von der Volumensbündelung innerhalb der UniCredit Gruppe sowie dem systematischen Austausch und der Implementierung von Best-Practice-Ansätzen zur Kostensenkung. 2007 wird eine Vielzahl weiterer kostensenkender Maßnahmen entlang aller wesentlichen Kostenarten zusätzliche Einsparungen erzielen. Zusätzliche Einzelheiten zu PRO und dem Kostenmanagement finden sich in den Erläuterungen zu Global Banking Services.

6 Risiko aus bankeigenem Immobilienbesitz

Unter dieser Risikoart erfassen wir potenzielle Verluste, die aus Marktwertschwankungen unseres Immobilienbestands resultieren.

Grundsätzlich wurde der bankeigene Immobilienbesitz der HVB AG auf unsere Tochter HVB Gesellschaft für Gebäude mbH & Co KG übertragen. Im Zuge der Integration der Vereins- und Westbank AG in 2004 ist indes deren Immobilienbestand auf die HVB AG übergegangen. Aus diesem Grunde ergibt sich in der HVB AG zum Jahresende 2006 ein Risikokapital für bankeigenen Immobilienbesitz von 13 Mio €.

7 Risiko aus Anteils- und Beteiligungsbesitz Risikomanagement

Unter dieser Risikoart erfassen wir die möglichen Marktwertschwankungen unseres börsennotierten und nicht börsennotierten Anteils- und Beteiligungsbesitzes (ohne operative Tochtergesellschaften der HVB Group). Die Steuerung des Portfolios erfolgt durch den Vorstand.

Messmethodik

Die Risikomessung unserer Beteiligungen nach dem Value-at-Risk-Ansatz basiert auf deren Marktwerten und auf Volatilitäten, die im Falle börsennotierter Beteiligungen aus den jeweiligen Kursschwankungen der Aktie ermittelt werden. Im Falle nicht börsennotierter Beteiligungen werden die Buchwerte als Marktwertschätzer herangezogen sowie die Volatilitäten anhand branchenspezifischer Indizes gewonnen. Um die jüngere Vergangenheit adäquater zu berücksichtigen, erfolgt eine exponentielle Gewichtung bei der Ermittlung der Volatilitäten, wobei der längerfristigen Haltedauer von Beteiligungen Rechnung getragen wird.

Risikoüberwachung

Der Bereich Risk Control ermittelt und analysiert das Risikokapital für Anteils- und Beteiligungsbesitz und berichtet es an den Chief Risk Officer sowie den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats.

Die Aufgabe des Beteiligungscontrollings liegt im Bereich Anteilsbesitz, der dem Chief Financial Officer zugeordnet ist. Dieser Bereich überprüft auf Basis von Prüfungsberichten, Geschäftsberichten und unterjährigen Berichterstattungsinstrumenten regelmäßig die Werthaltigkeit unserer Beteiligungen. Wesentliche negative Wertänderungen werden so frühzeitig erkannt, analysiert und an den Chief Financial Officer berichtet.

Risikobericht Fortsetzung

Quantifizierung und Konkretisierung

Asset Liability Management hat durch aktive Steuerung der Finanzanlagen die Reduktion der Markt- und insbesondere der Klumpenrisiken im Verlauf des Jahres 2006 erfolgreich fortgesetzt. Zu nennen sind hier insbesondere die weitere Verminderung unseres Anteils an der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG sowie die Veräußerung unseres Anteilsbesitzes an der Deutschen Lufthansa AG.

Das Risikokapital hat sich signifikant um 0,4 Mrd € auf 0,5 Mrd € verringert.

8 Strategisches Risiko

Risikomanagement

Strategisches Risiko entsteht daraus, dass das Management wesentliche Entwicklungen und Trends im Bankensektor nicht rechtzeitig erkennt oder falsch einschätzt. In der Folge kann es daraufhin zu Grundsatzentscheidungen kommen, die sich hinsichtlich der Erreichung der langfristigen Unternehmensziele ex post als unvorteilhaft erweisen und zudem teilweise schwer reversibel sind.

Das Management des Strategischen Risikos fällt als Teil der Unternehmenssteuerung in den Verantwortungsbereich des Gesamtvorstands, der mit der Vorgabe der strategischen Ausrichtung der Bank die Risikopositionierung der HVB AG bestimmt.

Messmethodik

Das Strategische Risiko wird primär auf qualitativem Wege erfasst. Zu diesem Zweck erfolgt eine laufende Beobachtung des nationalen wie internationalen Umfelds sowie die permanente Überprüfung unserer eigenen strategischen Positionierung.

Risikoüberwachung

Im Rahmen unserer langfristigen Planung überprüft der Vorstand regelmäßig die festgelegte Strategie der Bank. So besteht bei Bedarf die Möglichkeit, mit einer Anpassung des Geschäftsmodells bzw. der Geschäftsprozesse auf geänderte Rahmenbedingungen zu reagieren. Bei der Ableitung derartiger strategischer Initiativen findet eine enge Abstimmung des Vorstands mit dem Aufsichtsrat, insbesondere mit dem Prüfungsausschuss, statt.

Quantifizierung und Konkretisierung

Gesamtwirtschaftliches Risiko

Ein Risiko, das den Erfolg der strategischen Neuausrichtung der HVB AG im Besonderen beeinträchtigen kann, resultiert aus der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Durch die regionale Fokussierung auf

den Kernmarkt Deutschland ergibt sich eine im Vergleich zur Vergangenheit erhöhte Abhängigkeit von der Dynamik der deutschen Wirtschaft. Allerdings beeinflussen auch die unterschiedlichen Entwicklungen auf den Märkten der globalen Division Markets & Investment Banking die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage unserer Bank.

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland hat sich im Berichtsjahr deutlich positiv entwickelt und bietet damit entsprechende gute Wachstumschancen, jedoch bestehen weiterhin Risiken, die von den strukturellen Problemen Deutschlands ausgehen. Obwohl die wirtschaftliche Dynamik seit langem erstmals wieder den Arbeitsmarkt erfasste und zu einer Trendwende bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung führte, bleibt das regionale Kerngeschäftsfeld der HVB AG auf Grund einer nach wie vor beträchtlichen Arbeitslosigkeit, hohen Insolvenzzahlen und einer noch nicht gefestigten Inlandsnachfrage in Deutschland schwierig. Im öffentlichen Bereich kommen eine hohe Staatsverschuldung sowie Defizite in den gesetzlichen Sozialversicherungssystemen hinzu. Da von der Fiskalpolitik in 2007 mit der Anhebung der Regelsätze von Umsatzsteuer und Versicherungssteuer um jeweils drei Prozentpunkte und dem Abbau weiterer Steuervergünstigungen restriktive Impulse ausgehen, ist mit einer fortgesetzten – jedoch etwas gedämpften – Dynamik auszugehen. Hinzu kommen Unsicherheiten, die von den Preisentwicklungen von Fremdwährungen und Rohstoffen ausgehen. Somit können die aufgezeigten Risikofaktoren einzeln oder kumulativ dazu führen, dass sich die von uns angestrebten Erfolgsziele nicht oder nur eingeschränkt realisieren lassen.

Die HVB AG stellt einen der größten Darlehensgeber des deutschen Mittelstands dar. Darüber hinaus ist unsere Bank einer der führenden Darlehensgeber von privaten und gewerblichen Darlehen in Deutschland. Das skizzierte Geschäftsumfeld hat in der Vergangenheit wiederholt zu einem Anstieg an Kreditausfällen und zu einer Erhöhung der Kreditrisikovorsorge geführt. Wenn die Wirtschaftslage sich schwächer entwickelt als gegenwärtig erwartet, ist nicht auszuschließen, dass die Kreditrisikovorsorge auf einem hohen Niveau verbleiben wird.

Risiken aus der Umstrukturierung des Konzerns/Integrationsrisiken

Aus dem im Jahr 2005 initiierten Zusammenschluss der HVB Group mit der UniCredit Gruppe und den damit verbundenen Integrationsprojekten können sich unvorhergesehene Schwierigkeiten ergeben, die in der Folge auch negative Auswirkungen auf die Vermögens-,

Finanz- und Ertragslage unserer Bank haben können. Im Berichtsjahr hat die HVB Group eine der UniCredit Gruppe entsprechende divisionale Struktur für die Ausübung der geschäftlichen Aktivitäten auf ihrem regionalen Kernmarkt geschaffen. Damit wird eine wichtige Voraussetzung für einen nachhaltig erfolgreichen Marktauftritt erfüllt, jedoch könnte es auch zu vorübergehenden Abwanderungen von Kunden kommen. Ferner werden im Rahmen dieser Umstrukturierung zunächst neuartige Prozesse durchlaufen, wodurch auf Grund der hohen Komplexität anfänglich Risiken entstehen können.

Schließlich ist der Erfolg der Integrationsprojekte maßgeblich von dem Verbleib wichtiger Mitarbeiter in unserer Bank abhängig. Sollte die HVB Group im weiteren Verlauf der Integration wichtige Mitarbeiter verlieren, könnte die finale Integration der HVB Group in die UniCredit Gruppe erschwert werden.

Sicherlich konnten Anfang 2007 durch die Übertragung der Beteiligungen an der Bank Austria Creditanstalt-Gruppe sowie an weiteren Einheiten in Zentral- und Osteuropa zu einem günstigen Zeitpunkt erhebliche Verkaufserlöse generiert werden, die Suche nach gleichwertigen Reinvestitionen birgt jedoch auch Risiken. Mit den Erlösen aus den genannten Transaktionen verfügt die Bank zwar über den notwendigen Spielraum, sowohl organisches als auch akquisitionsgetriebenes Wachstum auf dem deutschen Bankenmarkt zu forcieren, in andere Märkte westeuropäisch geprägter Regionen Nordeuropas einzutreten, ihre Kernkompetenzen in spezialisierten Nischenbereichen auszubauen, ihre aufsichtsrechtliche Kapitalausstattung zu optimieren sowie im Rahmen des wirtschaftlich Sinnvollen ausstehende Hybridfinanzierungen zurückzukaufen, die Aufgabe der Wachstums- und Ertragspotenziale in den verkauften Märkten und Geschäftsfeldern sowie die Unsicherheit über den Zeitpunkt einer attraktiven Reinvestition der erzielten Veräußerungserlöse können dabei jedoch negative Auswirkungen auf die finanzielle Situation unserer Bank haben. Auch wenn der Vorstand der HVB AG der Überzeugung ist, dass der Veräußerungsgewinn ertragreich reinvestiert werden kann, kann nicht ausgeschlossen werden, dass entsprechende Investitionen erst später als geplant oder nur in einem geringeren Umfang zu nicht oder weniger attraktiven Konditionen möglich sind. Weiter bedeutet die im Vergleich zur Vergangenheit stärkere Fokussierung auf den deutschen Markt in Anbetracht der für Investitionen zur Verfügung stehenden Mittel nach der Überzeugung des Vorstands eine hervorragende Chance, die Position im erstarkenden deutschen Markt deutlich auszubauen; sie geht jedoch umgekehrt einher mit einer Reduktion der regionalen Diversifikation. Diese Konzentration auf einen derzeit als schwierig geltenden Markt könnte die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage unserer Bank beeinträchtigen.

Es ist nicht sicher, ob die regionale Konzentration auf Deutschland durch Investitionen in Benelux-Ländern und/oder Skandinavien oder in ausgewählten Nischenmärkten oder durch die künftige Funktion der HVB AG als Kompetenzzentrum für das Investment Banking der gesamten UniCredit Gruppe vollständig oder zumindest im Wesentlichen kompensiert werden kann.

Durch die oben genannten Veräußerungserlöse ist die HVB AG in der Lage, das bisherige Investment-Banking-Geschäft auszubauen und insbesondere Investment-Banking-Aktivitäten anderer Einheiten der UniCredit Gruppe in die HVB Group zu integrieren. Durch diese Bündelung sämtlicher Investment-Banking-Aktivitäten der UniCredit Gruppe können sich jedoch unabhängig von der Bindung entsprechenden Eigenkapitals Risiken ergeben, da im Vergleich zum klassischen Bankgeschäft das Investment Banking in der Regel nicht nur höhere Ertragschancen, sondern auch höhere Risiken und eine stärkere Zyklizität aufweist.

Die aufgezeigten möglichen Schwierigkeiten können einzeln oder kumulativ negative Auswirkungen auf die finanzielle Situation unserer Bank haben.

Intensives Wettbewerbsumfeld

Mit der Fokussierung auf den Markt für Finanzdienstleistungen in Deutschland sowie das Investment Banking muss sich unsere Bank einem ausgeprägten Konkurrenzkampf stellen. Gerade im Commercial Banking herrscht im Kernmarkt der HVB AG ein intensiver Wettbewerb, insbesondere auf Grund von Überkapazitäten im Privatkundengeschäft. Hier steht die HVB AG im Wettbewerb mit öffentlich-rechtlichen Banken, Genossenschaftsbanken sowie anderen privaten deutschen und internationalen Banken, von denen einige, im Falle bestimmter öffentlich-rechtlicher Banken, zum Teil noch auf staatliche Garantien zurückgreifen können.

Durch die neue Konzernstruktur beabsichtigt die HVB Group, ihre Marktposition und ihre Erfolgslage weiter zu verbessern. Gleichwohl kann nicht ausgeschlossen werden, dass eine weitere Wettbewerbsintensivierung – beispielsweise initiiert durch weitere nationale oder grenzüberschreitende Zusammenschlüsse von Banken – negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der HVB AG hat.

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006

Aufwendungen	in Mio €	in Mio €	2006 in Mio €	2005 in Mio €
1 Zinsaufwendungen			9370	8569
2 Provisionsaufwendungen			319	279
3 Nettoaufwand aus Finanzgeschäften			—	—
4 Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	1478			1461
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	400			385
		1878		1846
darunter: für Altersversorgung				
Mio €	183			(179)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		1384		1427
			3262	3273
5 Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			124	157
6 Sonstige betriebliche Aufwendungen			298	301
7 Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			1735	2164
8 Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			—	—
9 Aufwendungen aus Verlustübernahme			230	422
10 Außerordentliche Aufwendungen			—	555
11 Einstellungen in den Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB			—	1
12 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			150	230
13 Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 6 ausgewiesen			5	6
14 Jahresüberschuss			1242	993
Summe der Aufwendungen			16735	16950

Erträge	in Mio €	2006 in Mio €	2005 in Mio €
1 Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	10351		10054
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	1814		1261
		12165	11315
2 Laufende Erträge aus			
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	390		264
b) Beteiligungen	135		97
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	182		491
		707	852
3 Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen		427	84
4 Provisionserträge		1783	1674
5 Nettoertrag aus Finanzgeschäften		225	395
6 Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		931	1146
7 Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		305	1310
8 Sonstige betriebliche Erträge		192	174
Summe der Erträge		16735	16950
1 Jahresüberschuss		1242	993
2 Entnahmen aus Gewinnrücklagen			
a) aus der gesetzlichen Rücklage	—		—
b) aus der Rücklage für eigene Anteile	1		—
c) aus anderen Gewinnrücklagen	—		—
		1	—
3 Einstellungen in Gewinnrücklagen			
a) in die gesetzliche Rücklage	—		—
b) in die Rücklage für eigene Anteile	—		2
c) in andere Gewinnrücklagen	621		800
		621	802
4 Bilanzgewinn		622	191

Bilanz

zum 31. Dezember 2006

Aktiva	in Mio €	31. 12. 2006 in Mio €	31. 12. 2005 in Mio €
1 Barreserve			
a) Kassenbestand	501		420
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken	2427		2907
darunter: bei der Deutschen Bundesbank			
Mio € 2320			(1139)
		2928	3327
2 Schuldtitle öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind			
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitle öffentlicher Stellen	193		22
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar			
Mio € 192			(21)
b) Wechsel	20		151
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar			
Mio € 20			(151)
		213	173
3 Forderungen an Kreditinstitute			
a) täglich fällig	16467		17442
b) andere Forderungen	39887		39642
		56354	57084
darunter: Hypothekendarlehen			
Mio € —			(3)
Kommunalkredite			
Mio € 478			(537)
4 Forderungen an Kunden		150528	161570
darunter: Hypothekendarlehen			
Mio € 79634			(91079)
Kommunalkredite			
Mio € 13862			(15462)
andere durch Grundpfandrechte gesicherte Kredite			
Mio € 5322			(6728)
Übertrag:		210023	222154

Passiva	in Mio €	in Mio €	31. 12. 2006 in Mio €	31. 12. 2005 in Mio €
1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		25232		17501
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>72621</u>		<u>78283</u>
			97853	95784
darunter: begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe				
Mio € 2615				(3198)
begebene öffentliche Namenspfandbriefe				
Mio € 698				(871)
zur Sicherstellung aufgenommener				
Darlehen an den Darlehensgeber aus-				
gehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe				
Mio € 24				(13)
und öffentliche Namenspfandbriefe				
Mio € 12				(27)
2 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten	13528			16288
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist				
von mehr als 3 Monaten	<u>152</u>			<u>185</u>
		13680		16473
b) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		11895		12777
c) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		3368		4354
d) andere Verbindlichkeiten				
da) täglich fällig	37621			37579
db) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	37413			33327
darunter: zur Sicherstellung aufgenommener				
Darlehen an den Darlehensgeber aus-				
gehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe				
Mio € 238				(437)
und öffentliche Namenspfandbriefe				
Mio € 90				(244)
		<u>75034</u>		<u>70906</u>
			103977	104510
Übertrag:			201830	200294

Aktiva	in Mio €	in Mio €	31.12.2006 in Mio €	31.12.2005 in Mio €
Übertrag:			210023	222154
5 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten	210			92
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank				
Mio € 124				(89)
ab) von anderen Emittenten	468			845
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank				
Mio € 303				(304)
		678		937
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	12129			13208
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank				
Mio € 10030				(10250)
bb) von anderen Emittenten	43965			35140
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank				
Mio € 21613				(17495)
		56094		48348
c) eigene Schuldverschreibungen		9541		5044
Nennbetrag Mio € 9880				(4862)
			66313	54329
6 Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			24091	15538
7 Beteiligungen			1258	1129
darunter: an Kreditinstituten				
Mio € 19				(23)
an Finanzdienstleistungsinstituten				
Mio € —				(—)
8 Anteile an verbundenen Unternehmen			10728	10523
darunter: an Kreditinstituten				
Mio € 8432				(8105)
an Finanzdienstleistungsinstituten				
Mio € 100				(98)
Übertrag:			312413	303673

Passiva	in Mio €	in Mio €	31.12.2006 in Mio €	31.12.2005 in Mio €
Übertrag:			201 830	200 294
3 Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen				
aa) Hypothekendarlehen	28 438			33 157
ab) öffentliche Pfandbriefe	3 027			3 690
ac) sonstige Schuldverschreibungen	40 069			33 553
		71 534		70 400
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		3		1
darunter: Geldmarktpapiere				
Mio €	—			(—)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf				
Mio €	3			(1)
			71 537	70 401
4 Treuhandverbindlichkeiten			459	569
darunter: Treuhandkredite				
Mio €	459			(556)
5 Sonstige Verbindlichkeiten			20 911	14 836
6 Rechnungsabgrenzungsposten				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		195		266
b) andere		344		367
			539	633
7 Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		1 475		1 414
b) Steuerrückstellungen		560		478
c) andere Rückstellungen		1 823		1 788
			3 858	3 680
8 Nachrangige Verbindlichkeiten			8 664	9 022
9 Genusssrechtskapital			614	716
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig				
Mio €	409			(102)
10 Fonds für allgemeine Bankrisiken			291	291
Übertrag:			308 703	300 442

Aktiva	in Mio €	31.12.2006 in Mio €	31.12.2005 in Mio €
Übertrag:		312413	303673
9 Treuhandvermögen		459	569
darunter: Treuhandkredite			
Mio € 459			(556)
10 Immaterielle Anlagewerte		290	285
11 Sachanlagen		383	389
12 Eigene Aktien oder Anteile		1	2
Nennbetrag Mio € —			(—)
13 Sonstige Vermögensgegenstände		7923	7149
14 Rechnungsabgrenzungsposten			
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	293		349
b) andere	123		157
		416	506
Summe der Aktiva		321885	312573

Passiva	in Mio €	in Mio €	31.12.2006 in Mio €	31.12.2005 in Mio €
Übertrag:			308703	300442
11 Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		2252		2252
eingeteilt in:				
Stück 736145540	auf den Inhaber lautende			
	Stammaktien			
Stück 14553600	auf den Namen lautende			
	Vorzugsaktien ohne Stimmrecht			
b) Kapitalrücklage		8886		8886
c) Gewinnrücklagen				
ca) gesetzliche Rücklage	—			—
cb) Rücklage für eigene Anteile	1			2
cc) andere Gewinnrücklagen	1421			800
		1422		802
d) Bilanzgewinn		622		191
			13182	12131
Summe der Passiva			321885	312573
1 Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		—		—
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		30414		31441
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		—		—
			30414	31441
2 Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		—		—
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		—		—
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		38475		35288
			38475	35288

Allgemeine Angaben

Rechtsgrundlagen

Der Jahresabschluss der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft (HVB AG) für das Geschäftsjahr 2006 ist nach den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), des Aktiengesetzes (AktG), des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt worden.

Die Bank ist in allen wesentlichen Sparten einer Geschäftsbank und Pfandbriefbank tätig.

Die nach § 161 AktG vorgeschriebenen Erklärungen zum Corporate-Governance-Kodex sind auf unserer Internet-Seite www.hvb.com/entsprechenserklaerung veröffentlicht.

Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ausweismethoden

Auf Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie auf Ausweisänderungen weisen wir bei den jeweiligen Positionen hin.

Schuldtitle öffentlicher Stellen und Wechsel (Aktivposten 2) sind mit ihrem Barwert, also um Abzinsungsbeträge gekürzt, ausgewiesen.

Die Bewertung unserer Forderungen (Aktivposten 3 und 4) erfolgt grundsätzlich nach dem strengen Niederstwertprinzip des § 253 Abs. 3 Satz 1 HGB. Für alle erkennbaren Adressrisiken im Kreditgeschäft haben wir Einzelwertberichtigungen oder Rückstellungen in Höhe der erwarteten Ausfälle gebildet. Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen werden aufgelöst, soweit das Ausfallrisiko entfallen ist oder verbraucht, wenn die Forderung als uneinbringlich eingestuft und ausgebucht wird.

Für Ausleihungen in Ländern mit akutem Transferrisiko oder Bürgerschaftsverpflichtungen mit vergleichbarem Risiko bilden wir pauschalisierte Einzelwertberichtigungen oder Rückstellungen. In die Länderwertberichtigung beziehen wir neben umgeschuldeten Krediten weitere Finanzkredite (Laufzeiten über ein Jahr) ein. Uns zustehende, werthaltige Sicherheiten vermindern dabei unser Ausfallrisiko. Der Kreis der Länder mit akutem Transferrisiko und die Höhe des entsprechenden Wertberichtigungssatzes wird der jeweiligen aktuellen Risikosituation angepasst.

Latenten Kreditrisiken tragen wir durch die Bildung von Pauschalwertberichtigungen Rechnung. Bei der Bewertung der inländischen latenten Kreditrisiken wenden wir die Grundsätze der deutschen Finanzverwaltung zur steuerlichen Anerkennung von Pauschalwertberichtigungen bei Kreditinstituten an.

Wie die übrigen Forderungen setzen wir auch die Hypothekendarlehen mit ihrem Nennbetrag an. Unterschiede zwischen Nenn- und Auszahlungsbeträgen werden in die Rechnungsabgrenzung eingestellt und planmäßig erfolgswirksam aufgelöst.

Wertpapiere sind in den Bilanzpositionen Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (Aktivposten 5) sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (Aktivposten 6) ausgewiesen. Die gesamten Wertpapiere haben wir nach definierten Kriterien wie Haltedauer und Geschäftszweck dem Handels-, Anlage- oder Liquiditätsvorsorgebestand (Wertpapiere, die weder Teil des Handelsbestandes sind noch wie Anlagevermögen behandelt werden) zugeordnet. Der Gesamtbestand der Bank besteht zum Bilanzstichtag zu 81,7% aus Handelsbeständen, zu 17,2% aus Wertpapieren der Liquiditätsvorsorge und zu 1,1% aus Wertpapieren, die wie Anlagevermögen behandelt wurden.

Die wie Anlagevermögen behandelten Wertpapiere bewerten wir nach den Vorschriften des § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB, nach denen Abschreibungen nur bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung vorzunehmen sind. Dagegen werden Liquiditätsvorsorgebestände grundsätzlich nach dem strengen Niederstwertprinzip des § 253 Abs. 3 Satz 1 HGB bewertet. Liquiditätsvorsorgebestände, die in Portfolios strukturiert sind, behandeln wir nach den Grundsätzen der Bewertung von Bewertungseinheiten. Für gleiche Risikoarten bilden wir dazu ex ante definierte, strengen Voraussetzungen unterliegende

und dokumentierte Bewertungseinheiten aus bilanzwirksamen Grundgeschäften (zum Beispiel festverzinsliche Wertpapiere) und dazugehörigen Hedgeinstrumenten (zum Beispiel Interest Rate Swaps). Innerhalb der einzelnen Bewertungseinheit verrechnen wir positive und negative Bewertungsergebnisse der einzeln bewerteten Finanzinstrumente. Ein sich insgesamt ergebender Bewertungsgewinn wird bei der Ergebnisermittlung grundsätzlich nicht berücksichtigt, für einen Verlustsaldo bilden wir Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften.

Handelsbestände fassen wir für Zwecke der Rechnungslegung mit Handelskontrakten zu Portfolios zusammen und bewerten diese Portfolios mit einem modifizierten Mark-to-Market-Verfahren. Die zusammengefassten Handelsbestände und -kontrakte werden zu Marktpreisen bewertet und – im Falle eines positiven Bewertungsüberhangs – um das mit mathematischen Verfahren berechnete Verlustpotenzial des Portfolios (Value-at-Risk-Abschlag) gekürzt, sodass keine unrealisierten Gewinne aus offenen Positionen in die Gewinn- und Verlustrechnung einfließen. Dem handelsrechtlichen Vorsichtsprinzip wird dadurch Rechnung getragen, dass dieses Verfahren auf die aktiv gemanagten Portfolios des Handelsbuchs beschränkt ist und dass der Value-at-Risk-Abschlag zukünftige Unsicherheiten berücksichtigt. Es handelt sich dabei nicht um Unsicherheiten bei der Ermittlung der angesetzten Zeitwerte. Durch Berücksichtigung des Value-at-Risk-Abschlags wird ein Wert angesetzt, der die Bank gegen potenzielle Verlustpositionen schützt, die in einem definierten Zeitraum zwingend glattgestellt oder terminiert werden müssen.

Die Bewertungsergebnisse für Wertpapiere und Derivate werden entweder auf Basis von externen Kursquellen (zum Beispiel Börsenkurse oder andere Kurslieferanten wie Reuters) oder auf Basis von Marktwerten aus internen Bewertungsmodellen (Mark-to-Modell) berechnet. Für Wertpapiere werden überwiegend Kurse von externen Kursquellen für die Ermittlung des Bewertungsergebnisses verwendet. Derivate werden zum größten Teil auf Basis von Bewertungsmodellen bewertet. Die Parameter für unsere internen Bewertungsmodelle (zum Beispiel Zinskurven, Volatilitäten, Spreads) werden aus externen Quellen entnommen und durch das Risikocontrolling auf ihre Plausibilität und Korrektheit hin geprüft.

Die Ermittlung der Fair Values für Finanzinstrumente im Hinblick auf die Berücksichtigung von Risiken in den Modellannahmen wurde weiterentwickelt und hierfür so genannte Fair-Value-Abschläge bei bestimmten Finanzinstrumenten vorgenommen. Der Fair-Value-Abschlag berücksichtigt die folgenden drei Einflussgrößen:

- Close-Out-Costs: Marktwertabschlag für Kosten, die bei der Liquidierung von Positionen im täglichen Geschäftsverlauf entstehen können.
- Less Liquid Positions: Marktwertabschlag für Produkte in weniger liquiden Märkten, da hier im Falle einer Liquidation der Position der aktuelle Marktwert gegebenenfalls nicht erzielt werden kann.
- Model Risks: Marktwertabschlag für die Unsicherheit von Bewertungsparametern und Bewertungsannahmen des verwendeten Bewertungsmodells.

Mit der Einführung eines Fair-Value-Abschlags verbessern wir die Qualität unserer Marktwerte, die aus externen Quellen und aus unseren Bewertungsmodellen stammen. Der Fair-Value-Abschlag trägt den oben genannten Einflussfaktoren auf alle Marktwerte Rechnung. Durch die Berücksichtigung dieser Einflussfaktoren wird die mittels Bewertungsmodellen ermittelte Marktbewertung an die tatsächlich erwarteten Erlöse angepasst.

Ausführliche Angaben zu unseren bilanzunwirksamen Finanzkontrakten mit detaillierten Aufgliederungen des Nominalvolumens und der Kontrahentenstruktur haben wir in den Risikobericht aufgenommen.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen (Aktivposten 7 und 8) werden zu Anschaffungskosten oder – bei dauerhafter Wertminderung – zum niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag angesetzt.

Gewinne und Verluste bei Personengesellschaften sowie Gewinnausschüttungen von Kapitalgesellschaften erfassen wir bei Mehrheitsbeteiligungen periodengleich im Jahr des Entstehens.

Allgemeine Angaben Fortsetzung

Beim Ausweis der Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren (E.7) sowie der Abschreibungen und Wertberichtigungen auf diese Finanzanlagen (A.8) wenden wir das Wahlrecht des § 340 c Abs. 2 Satz 2 HGB an. Wir kompensieren die entsprechenden Aufwendungen und Erträge, die auch Erfolge aus der Veräußerung von Finanzanlagen enthalten.

Unter immaterielle Anlagewerte (Aktivposten 10) weisen wir Software aus. Software bewerten wir zu Anschaffungskosten, die wir über eine erwartete Nutzungsdauer von 3 bis 5 Jahren planmäßig abschreiben.

Unser Sachanlagevermögen (Aktivposten 11) bewerten wir zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, die wir – soweit es sich um abnutzbare Vermögensgegenstände handelt – um planmäßige lineare Abschreibungen entsprechend der erwarteten Nutzungsdauer mindern. Dabei lehnen wir uns eng an die Abschreibungsvorschriften des § 7 EStG in Verbindung mit den amtlichen Abschreibungstabellen für Mobilien an. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben und im Anlagespiegel als Zu- und Abgang gezeigt. Zugänge bei Vermögensgegenständen der Betriebs- und Geschäftsausstattung schreiben wir im Jahr der Anschaffung zeitanteilig ab.

Verbindlichkeiten (Passivposten 1 bis 3 sowie 8 und 9) passivieren wir mit ihrem Rückzahlungsbetrag; eine Differenz zum Ausgabebetrag wird als Rechnungsabgrenzungsposten erfasst und planmäßig aufgelöst. Verbindlichkeiten ohne laufende Zinszahlungen werden mit ihrem Barwert angesetzt.

Rückstellungen für Steuern, ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften (Passivposten 7) bemessen wir entsprechend den Grundsätzen vorsichtiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe der voraussichtlichen Zahlungsverpflichtung. Der Ansatz erfolgt zum Nominalwert, soweit nicht die bilanzrechtlichen Vorschriften eine Abzinsung erfordern. Pensionsrückstellungen haben wir nach versicherungsmathematischen Grundsätzen (Rechnungszinsfuß 6%) mit dem Teilwert nach § 6 a EStG in Verbindung mit R 6 a EStR in steuerlich maximal zulässiger Höhe gebildet. Wertguthaben der Mitarbeiter für Altersteilzeit wurden nach § 8 a Altersteilzeitgesetz durch Einbringung oder Verpfändung von Wertpapieren an den Treuhänder gesichert.

Ergebnisunterschiede zwischen Handelsbilanz und Steuerbilanz, die sich im Zeitablauf voraussichtlich wieder ausgleichen (so genannte Timing Differences), werden in Nebenrechnungen erfasst. Aktivische und passivische latente Steuern werden saldiert. Ein verbleibender aktivischer Saldo wird gemäß § 274 Abs. 2 HGB nicht angesetzt.

Unser Jahresergebnis ist durch steuerlich bedingte Mehrabschreibungen bzw. unterlassene Zuschreibungen nicht beeinflusst worden.

Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgt nach den in § 340 h HGB vorgegebenen Grundsätzen. Daneben beachten wir die zur Währungsumrechnung für Kreditinstitute vom Bankenfachausschuss des Instituts der Wirtschaftsprüfer erlassene Stellungnahme 3/1995. Danach werden auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände und Schulden sowie am Bilanzstichtag nicht abgewickelte Kassageschäfte grundsätzlich mit marktgerechten Kursen am Bilanzstichtag in Euro umgerechnet. Wie Anlagevermögen behandelte Vermögensgegenstände ohne besondere Deckung werden demgegenüber mit ihrem Anschaffungskurs angesetzt. Nicht abgewickelte Termingeschäfte werden zum Terminkurs am Bilanzstichtag bewertet.

Erfolge, die sich aus der Währungsumrechnung bilanzwirksamer Positionen sowie aus der Bewertung von Terminkontrakten zum Jahresultimo ergeben, werden in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt. Darin enthaltene Umrechnungsgewinne aus sich im Zahlungsverkehr ergebenden offenen Positionen werden zeitnah realisiert. Signifikante Erfolgsverschiebungen ergeben sich dabei nicht. Bei vorhandenen strategischen Währungspositionen bilden wir für negative Bewertungsergebnisse Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften. Nicht realisierte positive Bewertungsergebnisse bleiben dagegen außer Ansatz.

Angaben zur Bilanz

Laufzeitgliederung bestimmter Aktivposten

in Mio €	2006	2005
A 3b) Andere Forderungen an Kreditinstitute		
mit Restlaufzeit bis 3 Monate	30339	29854
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	1906	2390
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	4792	4808
mehr als 5 Jahre	2850	2590
A 4) Forderungen an Kunden		
mit Restlaufzeit bis 3 Monate	12433	13128
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	9699	8894
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	30250	31014
mehr als 5 Jahre	84139	92824
mit unbestimmter Laufzeit	14007	15710
A 5) Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere im Folgejahr fällig werdende Beträge	6369	9643

Laufzeitgliederung bestimmter Passivposten

in Mio €	2006	2005
P 1 b) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		
mit Restlaufzeit bis 3 Monate	48327	48451
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	5432	10214
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	11825	11972
mehr als 5 Jahre	7037	7646
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
P 2 ab) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten		
mit Restlaufzeit bis 3 Monate	6	6
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	44	60
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	102	119
mehr als 5 Jahre	—	—
P 2 b) Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe,		
P 2 c) begebene öffentliche Namenspfandbriefe,		
P 2 db) andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		
mit Restlaufzeit bis 3 Monate	26345	20550
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	3192	4564
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	8242	9978
mehr als 5 Jahre	14897	15366
Verbriefte Verbindlichkeiten		
P 3 a) Begebene Schuldverschreibungen im Folgejahr fällig werdende Beträge	23876	24687
P 3 b) Andere verbiefte Verbindlichkeiten		
mit Restlaufzeit bis 3 Monate	3	1
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	—	—
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	—	—
mehr als 5 Jahre	—	—

Angaben zur Bilanz Fortsetzung

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen und zu Beteiligungsunternehmen

in Mio €	AN/ GEGENÜBER	AN/ GEGENÜBER	AN/ GEGENÜBER	AN/ GEGENÜBER
	VERBUNDENE(N)	VERBUNDENE(N)	UNTERNEHMEN	UNTERNEHMEN
	UNTERNEHMEN	UNTERNEHMEN	MIT BETEILIGUNGS-	MIT BETEILIGUNGS-
	2006	2005	VERHÄLTNIS	VERHÄLTNIS
			2006	2005
Forderungen an Kreditinstitute	16631	20069	116	126
Forderungen an Kunden	3106	3356	1404	2671
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	909	869	205	176
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	24682	18876	155	140
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4889	4684	3266	2923
Verbriefte Verbindlichkeiten	2959	4011	70	118
Nachrangige Verbindlichkeiten	1642	1723	—	—

Treuhandgeschäfte

Die Gesamtbeträge des Treuhandvermögens und der Treuhandverbindlichkeiten gliedern sich in folgende Aktiv- und Passivpositionen:

in Mio €	2006	2005
Forderungen an Kreditinstitute	247	334
Forderungen an Kunden	212	222
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	—	—
Beteiligungen	—	13
Sonstige Vermögensgegenstände	—	—
Treuhandvermögen	459	569
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8	9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	52	56
Verbriefte Verbindlichkeiten	399	504
Treuhandverbindlichkeiten	459	569

Vermögensgegenstände und Schulden in Fremdwährung

Unser Fremdwährungsvolumen besteht zu 67,3% aus USD, zu 14,6% aus GBP und zu 6,7% aus JPY.

in Mio €	2006	2005
Vermögensgegenstände	55067	51846
Schulden	48015	47751

Dargestellt sind die Euro-Gegenwerte aller Währungen. Betragliche Unterschiede zwischen Vermögensgegenständen und Schulden sind in der Regel durch außerbilanzielle Geschäfte ausgeglichen.

Nachrangige Vermögensgegenstände

Nachrangige Vermögensgegenstände sind in folgenden Aktivposten enthalten:

in Mio €	2006	2005
Forderungen an Kreditinstitute	1678	1466
Forderungen an Kunden	444	366
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2472	1149
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	89	107
darunter: eigene Genussscheine		
aus Marktpflegebeständen	2	2

Wertpapiere und Finanzanlagen

Die in den entsprechenden Bilanzpositionen enthaltenen börsenfähigen Wertpapiere teilen sich nach börsennotierten und nicht börsennotierten Wertpapieren wie folgt auf:

in Mio €	BÖRSENFÄHIGE WERTPAPIERE 2006	BÖRSENFÄHIGE WERTPAPIERE 2005	DAVON: BÖRSENOTIERT 2006	DAVON: BÖRSENOTIERT 2005	DAVON: NICHT BÖRSENOTIERT 2006	DAVON: NICHT BÖRSENOTIERT 2005
Schuldverschreibungen und andere						
festverzinsliche Wertpapiere	66 313	54 329	52 150	46 770	14 163	7 559
Aktien und andere						
nicht festverzinsliche Wertpapiere	19 756	11 397	19 099	11 379	657	18
Beteiligungen	548	474	547	473	1	1
Anteile an verbundenen Unternehmen	6 892	6 892	6 892	6 892	—	—

Die gesamten Handelsbestände werden nach einem modifizierten Mark-to-Market-Verfahren bewertet (siehe auch Abschnitt Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ausweismethoden). Die Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Marktwert der Wertpapiere des Handelsbestandes beträgt 145 Mio €. Es ist allerdings zu beachten, dass die Wertpapiere des Handelsbestandes grundsätzlich im Rahmen unserer Hedgestrategie mit Derivaten gesichert werden und die Marktwerte der Derivate gegenläufige Effekte haben.

Für Risiken in den Modellannahmen wurde ein Fair-Value-Abschlag (siehe auch Abschnitt Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ausweismethoden) erfolgswirksam angesetzt. Dieser wurde, für Bestände im Handelsbuch, im Nettoertrag aus Finanzgeschäften bzw. für die sonstigen Wertpapier- und Derivatebestände in der Position Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft berücksichtigt.

Eigene Aktien

Am 31. Dezember 2006 hatten weder die HVB AG noch von ihr abhängige oder in Mehrheitsbesitz stehende Unternehmen wesentliche Bestände an Aktien (eigene Aktien) oder anderen Eigenkapitalinstrumenten der HVB AG im Bestand.

Der Erwerb eigener Aktien erfolgte für den Zeitraum vom 1. Januar 2006 bis 23. Mai 2006 auf Grundlage der durch den Hauptversammlungsbeschluss der HVB AG vom 12. Mai 2005 sowie für den Zeitraum 24. Mai 2006 bis 31. Dezember 2006 auf Grundlage der durch den Hauptversammlungsbeschluss der HVB AG vom 23. Mai 2006 erteilten Ermächtigung gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG.

Im Rahmen des Wertpapierhandelsgeschäfts haben die HVB AG und von ihr abhängige oder in ihrem Mehrheitsbesitz stehende Unternehmen zum Zwecke des Wertpapierhandels gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG 3 625 295 Aktien der HVB AG zu den jeweiligen Tageskursen erworben und 3 201 833 Aktien der HVB AG zu den jeweiligen Tageskursen veräußert.

Die eigenen Aktien wurden zu einem durchschnittlichen Ankaufspreis von 30,27 € je Stück erworben und zu einem durchschnittlichen Verkaufspreis von 30,51 € je Stück wieder veräußert. Die im Berichtszeitraum gekauften Stücke entsprechen einem Betrag von 11 Mio € bzw. 0,5% des Grundkapitals.

Der höchste Tagesbestand an eigenen Aktien belief sich während des Berichtszeitraums auf 81 368 Aktien, das entspricht einem Betrag von 0,2 Mio € bzw. 0,01% des Grundkapitals.

Am 31. Dezember 2006 waren uns und von uns abhängigen oder in unserem Mehrheitsbesitz stehenden Unternehmen gemäß § 71 e Abs. 1 Satz 2 AktG insgesamt 76 175 eigene Aktien als Sicherheit verpfändet. Dies entspricht einem Betrag von 0,2 Mio € bzw. einem Anteil von 0,01% des Grundkapitals.

Angaben zur Bilanz Fortsetzung

Entwicklung des Anlagevermögens

in Mio €	ANSCHAFFUNGS-/ HERSTELLUNGSKOSTEN 1	ZUGÄNGE GESCHÄFTSJAHR 2	ABGÄNGE GESCHÄFTSJAHR 3	UMBUCHUNGEN GESCHÄFTSJAHR ² 4
Immaterielle Anlagewerte	533	84	19	-2
davon: Geschäfts- oder Firmenwert	—	—	—	—
Software	533	84	19	-2
Sachanlagen	714	53	89	-18
davon: im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte				
Grundstücke und Gebäude	307	1	3	-13
Betriebs- und Geschäftsausstattung	407	52	86	-5
Andere Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	25	—	—	-2
	ANSCHAFFUNGS- KOSTEN			VERÄNDERUNGEN +/-¹
Beteiligungen	1 788			-530
Anteile an verbundenen Unternehmen	11 212			-484
Wertpapiere des Anlagevermögens	1 919			-923

1 Von der Zusammenfassungsmöglichkeit des §34 Abs. 3 RechKredV wurde Gebrauch gemacht.

2 In der Spalte Umbuchungen Geschäftsjahr zeigen wir neben Wertveränderungen aus der Währungs-umrechnung auch Grundstücke im Umlaufvermögen.

Immaterielle Anlagewerte

System- und Anwendungssoftware weisen wir gemäß IDW RS HFA 11 unter immaterielle Anlagewerte aus.

Auf nicht genutzte Software-Entwicklungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Sonstige Vermögensgegenstände

in Mio €	2006	2005
Bezahlte Prämien für noch nicht fällige Optionsgeschäfte	5 780	4 996
Gewinnansprüche	600	539
Inkassopapiere wie Schecks, fällige Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendenscheine	185	305
Ausgleichsposten für Swapgeschäfte und gebundene Währungspositionen	321	235
Kapitalanlagen bei Lebensversicherungsgesellschaften	204	215
Fusionsbedingte Zeitwertdifferenzen		
aus VuW AG-Portfolios	139	194
Ansprüche auf Steuererstattungen	234	173
Bewertungsausgleichsposten aus Handelsbeständen	37	35
Gesellschaftsanteile zur Weiterveräußerung	1	1
Kaufpreisforderungen	19	—

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

in Mio €	2006	2005
Disagio aus Verbindlichkeiten	289	339
Agio aus Forderungen	4	10

Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten

Für nachstehende Verbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände in Höhe von insgesamt 35 791 Mio € als Sicherheit übertragen.

in Mio €	2006	2005
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	28 796	32 781
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	5 520	4 892
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1 475	1 414

Die eigenen Verbindlichkeiten, für die wir Sicherheiten stellen, betreffen unter anderem Sonderkreditmittel der KfW und ähnlicher Institute, die wir zu deren Bedingungen weitergegeben haben.

ZUSCHREIBUNGEN GESCHÄFTSJAHR 5	ABSCHREIBUNGEN KUMULIERT 6	PLANMÄSSIGE ABSCHREIBUNGEN GESCHÄFTSJAHR 7	AUSSERPLANMÄSSIGE ABSCHREIBUNGEN GESCHÄFTSJAHR 8	RESTBUCHWERT 31.12.2006 9	RESTBUCHWERT 31.12.2005 10
—	306	58	—	290	285
—	—	—	—	—	—
—	306	58	—	290	285
—	277	– 48	—	383	389
—	42	10	—	250	274
—	235	– 58	—	133	115
—	—	—	—	23	25
				RESTBUCHWERT 31.12.2006	RESTBUCHWERT 31.12.2005
				1 258	1 129
				10 728	10 523
				996	1 919

Als Pensionsgeber echter Pensionsgeschäfte haben wir Vermögensgegenstände mit einem Buchwert von 25 565 Mio € verpensioniert. Die Vermögensgegenstände sind weiterhin Bestandteil unserer Aktiva, die erhaltenen Gegenwerte weisen wir unter den Verbindlichkeiten aus. Es handelt sich überwiegend um Offenmarktgeschäfte mit der Deutschen Bundesbank und Geschäfte an internationalen Geldmärkten.

Im Rahmen eines Contractual Trust Arrangement (CTA) haben wir Vermögenswerte und Sicherheiten an den Treuhänder zur Absicherung von Pensions- und Altersteilzeitverpflichtungen gegeben. Gemäß § 8 a AltZG müssen Wertguthaben, die das Dreifache des Regelarbeitsentgelts einschließlich des darauf entfallenen Arbeitgeberanteils am Gesamtsozialversicherungsbeitrag übersteigen, durch den Arbeitgeber gegen das Risiko der Zahlungsunfähigkeit abgesichert werden. Bilanzielle Rückstellungen sowie zwischen Konzernunternehmen begründete Einstandspflichten gelten nicht als geeignete Sicherungsmittel.

Sonstige Verbindlichkeiten

in Mio €	2006	2005
Erhaltene Prämien für noch nicht fällige		
Optionsgeschäfte	8 129	6 046
Verbindlichkeiten aus Wertpapier-Short-Positionen	10 154	5 245
Verpflichtungen aus Schuldübernahmen	1 513	1 492
Bewertungsausgleichsposten aus Handelsbeständen	242	762
Verbindlichkeiten aus Zuschüssen an und Verlustübernahmen von Tochtergesellschaften	230	415
Ausgleichsposten für Swapgeschäfte und gebundene Währungspositionen	105	134
Fusionsbedingte Zeitwertdifferenzen		
aus VuW AG-Portfolios	94	132
Noch nicht fällige Zinsen auf Genussrechtskapital	41	50

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Die Disagien aus zum Nennwert bilanzierten Forderungen betragen 160 Mio €.

Angaben zur Bilanz Fortsetzung

Rückstellungen

In der Position andere Rückstellungen sind die nachfolgend aufgeführten Posten enthalten:

in Mio €	2006	2005
Rückstellungen im Kreditgeschäft	248	321
Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften	177	147
Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten	1 163	956
darunter:		
Prämienzahlungen für Sparverträge	22	26
Jubiläumzahlungen	79	79
Zahlungen für Vorruhestand, Altersteilzeit u. Ä.	59	73
Zahlungen an Mitarbeiter	424	349
Rückstellungen für Restrukturierung	235	364
Andere Rückstellungen insgesamt	1 823	1 788

Genussrechtskapital

Das begebene Genussrechtskapital setzt sich aus den folgenden Emissionen zusammen:

EMITTENT	WKN	EMISSIONS-JAHR	ART	NOMINAL-BETRAG	ZINSSATZ	FÄLLIGKEIT
1 Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG	802180	1997	Inhaber-Genussscheine	409	6,75	2007
2 Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG	788119	2001	Inhaber-Genussscheine	100	6,30	2011
3 Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG	HVOCLA	2004	Inhaber-Genussscheine	10	6,78	2010
4 Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG	HVOCLB	2004	Inhaber-Genussscheine	10	6,90	2011
5 Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG	HVOCLL	2004	Inhaber-Genussscheine	10	7,08	2010
6 Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG	HVOCLP	2004	Inhaber-Genussscheine	10	7,20	2010
7 Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG	HVOCLQ	2004	Inhaber-Genussscheine	10	7,20	2010
8 Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG	HVOCLC	2004	Inhaber-Genussscheine	8	6,90	2011
9 Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG	HVOCLD	2004	Inhaber-Genussscheine	6	6,90	2011
10 Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG	HVOCLF	2004	Inhaber-Genussscheine	5	6,90	2011
11 Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG	HVOCLG	2004	Inhaber-Genussscheine	5	6,90	2011
12 Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG	HVOCLH	2004	Inhaber-Genussscheine	5	6,93	2011
13 Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG	HVOCLJ	2004	Inhaber-Genussscheine	5	6,93	2011
14 Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG	HVOCLK	2004	Inhaber-Genussscheine	5	6,98	2011
15 Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG	HVOCLM	2004	Inhaber-Genussscheine	5	7,08	2010
16 Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG	HVOCLN	2004	Inhaber-Genussscheine	5	7,08	2010
17 Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG	HVOCLR	2004	Inhaber-Genussscheine	5	6,93	2011
18 Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG	HVOCLE	2004	Inhaber-Genussscheine	1	6,90	2011

Nachrangige Verbindlichkeiten

In dieser Position sind anteilige Zinsen in Höhe von 27 Mio € enthalten. Im Jahr 2006 sind Zinsaufwendungen von 459 Mio € angefallen.

Bei allen nachrangigen Verbindlichkeiten kann eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung nicht entstehen. Im Falle der Insolvenz oder der Liquidation dürfen sie erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden. Bei bankaufsichtsrechtlichen Eigenmitteln werden diese nachrangigen Verbindlichkeiten als Ergänzungskapital oder Drittrangmittel angerechnet.

Im Gesamtbetrag ist kein Einzelposten enthalten, der 10% der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigt.

Die Genussscheine verbriefen Gläubigerrechte, sie gewähren keinen Anteil am Liquidationserlös.

Die jeweiligen Genussscheine gewähren eine dem Gewinnanteil der Aktionäre vorgehende jährliche Ausschüttung; die Ausschüttungen auf die Genussscheine sind dadurch begrenzt, dass durch sie kein Bilanzverlust entstehen darf. Im Falle einer Verminderung der Ausschüttung ist der fehlende Betrag – soweit dadurch kein Bilanzverlust entsteht – in den folgenden Geschäftsjahren nachzuzahlen; ein Nachzahlungsanspruch besteht jedoch nur während der Laufzeit der Genussscheine. Die Rückzahlung der Genussscheine erfolgt zum Nennbetrag; im Falle eines Bilanzverlustes oder bei Herabsetzung

des Grundkapitals zur Deckung von Verlusten vermindert sich der Rückzahlungsanspruch anteilig. Werden nach einer Teilnahme der Genussscheine am Verlust in den folgenden Geschäftsjahren Gewinne erzielt, so sind aus diesen – nach Wiederauffüllung der gesetzlichen Rücklagen – die Rückzahlungsansprüche der Genussscheine zu erhöhen, bevor eine andere Gewinnverwendung vorgenommen wird; diese Verpflichtung besteht nur während der Laufzeit der Genussscheine.

Die Genussscheine Nr. 1 sowie Nr. 2 bis Nr. 18 stellen für die Bank Eigenmittel im Sinne von § 10 Abs. 5 KWG dar.

Eigenkapital und Anteilsbesitzliste

Entwicklung des bilanziellen Eigenkapitals

	in Mio €	in Mio €
Gezeichnetes Kapital		
Stand 1. 1. 2006	2 252	
Stand 31. 12. 2006		2 252
Kapitalrücklage		
Stand 1. 1. 2006	8 886	
Stand 31. 12. 2006		8 886
Gewinnrücklagen		
Gesetzliche Rücklage		
Stand 1. 1. 2006	—	
Stand 31. 12. 2006		—
Rücklage für eigene Anteile		
Stand 1. 1. 2006	2	
Auflösung der Rücklagen für eigene Anteile	-1	
Stand 31. 12. 2006		1
Andere Gewinnrücklagen		
Stand 1. 1. 2006	800	
Einstellungen aus dem Jahresüberschuss	621	
Stand 31. 12. 2006		1 422
Bilanzgewinn		
Stand 1. 1. 2006	—	
Jahresüberschuss	1 242	
Auflösung der Rücklagen für eigene Anteile	1	
Einstellungen aus dem Jahresüberschuss		
in die anderen Gewinnrücklagen	-621	
Stand 31. 12. 2006		622
Eigenkapital Stand 31. 12. 2006		13 182

Genehmigtes Kapital

BESCHLUSSJAHR	BEFRISTUNG	URSPRÜNGLICHER BETRAG in Mio €	STAND 31. 12. 2006 in Mio €
2004	29. 4. 2009	990	990

Der von der Hauptversammlung vom 29. April 2004 verabschiedete Beschluss zur Auflösung der verbliebenen 137 Mio € bei zeitgleicher Neugenehmigung von 990 Mio € wurde am 18. Dezember 2006 in das Handelsregister eingetragen.

Bedingtes Kapital

BESCHLUSSJAHR	BEFRISTUNG	URSPRÜNGLICHER BETRAG in Mio €	STAND 31. 12. 2006 in Mio €
2003	14. 5. 2008	375	375

Anteile am Grundkapital der HVB AG über 5%

in %	2006	2005
UniCredito Italiano S.p.A.	93,9 ¹	93,9

¹ Gemäß WpHG – Meldung vom 22. November 2005

Die UniCredito Italiano S.p.A. hat am 23. Januar 2007 mitgeteilt, dass sie 95% des Grundkapitals der HVB AG hält und beabsichtigt, ein Squeeze-out-Verfahren einzuleiten.

Die HVB AG ist gemäß § 271 Abs. 2 HGB ein mit der UniCredito Italiano S.p.A., Genua (UniCredit) verbundenes Unternehmen und wird in den Konzernabschluss der UniCredit einbezogen. Dieser ist bei der UniCredito Italiano S.p.A., via Dante 1, Genua erhältlich.

Anteilsbesitzliste gemäß § 285 Nr. 11 und 11 a HGB

Wir haben von der Regelung des § 287 HGB Gebrauch gemacht. Die gesonderte, vollständige Aufstellung des Anteilsbesitzes als Bestandteil des Anhangs ist beim Handelsregister in München hinterlegt und kann unter unserer Internetadresse www.hvb.com/anteilsbesitzliste abgerufen werden.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Eine Gewinn- und Verlustrechnung in Staffelform haben wir in den Lagebericht aufgenommen.

Dienstleistungsgeschäfte gegenüber Dritten

Wesentliche Dienstleistungen gegenüber Dritten erbrachten wir in der Depot- und Vermögensverwaltung sowie in der Vermittlung von Versicherungen, Bausparverträgen und Fondsanteilen.

Geographische Aufteilung der Erträge

Die

- Zinserträge,
 - laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen,
 - Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen,
 - Provisionserträge,
 - sonstigen betrieblichen Erträge sowie
 - das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften
- verteilen sich regional wie folgt:

in Mio €	2006	2005
Deutschland	12 808	12 383
Übriges Europa	1 604	1 230
Amerika	635	507
Asien	452	374

Aufgliederung der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen

- Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten unter anderem
- Zuführungen zu diversen Rückstellungen, die nicht das Kredit- und Wertpapiergeschäft betreffen (120 Mio €),
 - Aufwendungen für Mietgarantien (70 Mio €),
 - Abschreibungen auf sonstige Vermögensgegenstände sowie
 - Aufwendungen für die Betriebsgemeinschaft und das Personal.

Außerdem sind in den sonstigen betrieblichen Erträgen im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, die nicht das Kredit- und Wertpapiergeschäft (90 Mio €) sowie weiterberechnete Personal- und Sachkosten enthalten.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen in vollem Umfang auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

Jahresüberschuss

Die HVB AG erzielte 2006 einen Jahresüberschuss in Höhe von 1242 Mio €. Die Verwendung des Jahresüberschusses haben wir mit 621 Mio € für die Einstellung in die anderen Gewinnrücklagen vorgesehen. Aus der in 2005 gebildeten Rücklage für eigene Anteile haben wir 1 Mio € entnommen. Der Hauptversammlung im Juni 2007 schlagen wir vor zu beschließen aus dem verbleibenden Bilanzgewinn (622 Mio €) eine Dividende in Höhe von 301 Mio € auszuschütten sowie eine weitere Einstellung in andere Gewinnrücklagen in Höhe von 321 Mio € vorzunehmen. Die Ausschüttung beläuft sich auf 0,40 € je Stammaktie und je Vorzugsaktie (300 Mio €) sowie einem Vorausgewinnanteil von 0,064 € je Vorzugsaktie (1 Mio €).

Sonstige Angaben

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Der Gesamtbetrag der Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen von 30 414 Mio € setzt sich im Einzelnen wie folgt zusammen:

in Mio €	2006	2005
Kreditbürgschaften	10 900	9 186
Erfüllungsgarantien und Gewährleistungen	16 781	19 419
Außenhandelsbezogene Bürgschaften (Akkreditive)	2 733	2 836

Die unwiderruflichen Kreditzusagen in Höhe von 38 475 Mio € beziehen sich im Einzelnen auf:

in Mio €	2006	2005
Buchkredite	34 644	31 707
Hypotheken- und Kommunaldarlehen	1 161	1 054
Avalkredite	2 600	2 390
Wechselkredite	70	137

Sonstige finanzielle Verpflichtungen entstehen insbesondere im Immobilien- und IT-Bereich. Sie belaufen sich auf 312 Mio € jährlich. Ein wesentlicher Teilbereich davon entfällt auf Verträge mit Tochtergesellschaften. Die Vertragslaufzeiten sind marktüblich, Belastungsverschiebungen in künftige Geschäftsjahre erfolgten nicht.

Zum Bilanzstichtag haben wir Wertpapiere im Wert von 12 503 Mio € als Sicherheit für Geschäfte an der Terminbörse Eurex Frankfurt AG, Frankfurt am Main sowie gegenüber Clearingstellen (Clearstream Banking S.A., Luxembourg und Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main) verpfändet.

Im Rahmen der Grundstücksfinanzierung und -entwicklung wurden von Fall zu Fall zur Förderung der Vermarktbarkeit von Fondskonstruktionen – insbesondere so genannte Leasingfonds und (geschlossene) KG-Immobilienfonds der Tochtergesellschaft H.F.S. Hypo-Fondsbeteiligungen für Sachwerte GmbH – Mieteintrittsverpflichtun-

gen oder Mietgarantien übernommen. Erkennbare Risiken aus diesen Garantien sind in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt worden. Zu Gunsten von Anteilshabern von Renten-/Geldmarktfonds einiger unserer Kapitalanlagegesellschaften haben wir Leistungsgarantien abgegeben.

Einzahlungsverpflichtungen auf nicht voll eingezahlte Aktien und Anteile beliefen sich Ende 2006 auf 549 Mio €, die Haftsummen für Genossenschaftsanteile auf 1 Mio €. Nachhaftungen gemäß § 22 Abs. 3 und § 24 GmbHG bestanden bei 3 Gesellschaften mit beschränkter Haftung in Höhe von 1 Mio €.

Gemäß § 26 GmbHG bestand bei der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main, Ende 2006 eine anteilige Nachschusspflicht in Höhe von 45 Mio € und bei der CMP Fonds I GmbH in Höhe von 8 Mio €. Darüber hinaus haften wir für die Erfüllung der Nachschusspflicht der anderen dem Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin, angehörenden Gesellschafter gemäß § 5 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrages.

Zum Bilanzstichtag bestand eine unbeschränkte, persönliche Haftung aus dem Besitz von Anteilen an 4 Personengesellschaften.

Gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds haben wir uns verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin, von etwaigen Verlusten freizustellen, die durch Maßnahmen zu Gunsten von in unserem Mehrheitsbesitz stehenden Kreditinstituten anfallen würden. Eine analoge Erklärung haben wir gemäß § 3 Abs. 1 des Statuts des Einlagensicherungsfonds für die Bank-Bausparkassen für unsere Bausparkassentochter abgegeben.

Honorierung des Abschlussprüfers

Das im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar für den Abschlussprüfer KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, setzt sich im Einzelnen wie folgt zusammen:

in Mio €	2006	2005
Honorar für		
die Abschlussprüfung	7	7
sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen	1	1
Steuerberatungsleistungen	—	—
sonstige Leistungen	3	3

Patronatserklärungen

Für die folgenden Gesellschaften trägt die HVB AG abgesehen vom Fall des politischen Risikos, bis zu der Höhe ihrer jeweiligen Anteilsbesitzquote dafür Sorge, dass sie ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen können:

1. Kreditinstitute in Deutschland

Bankhaus Neelmeyer AG, Bremen

DAB Bank AG, München¹

Financial Markets Service Bank GmbH, München

Vereinsbank Victoria Bauspar Aktiengesellschaft, München

2. Kreditinstitute in übrigen Regionen

HVB Banque Luxembourg Société Anonyme, Luxemburg

HVB Singapore Limited, Singapur

3. Finanzunternehmen

Beteiligungs- und Handelsgesellschaft in Hamburg

mit beschränkter Haftung, Hamburg

HVB Alternative Financial Products AG, Wien

4. Unternehmen mit bankbezogenen Hilfsdiensten

HypoVereinsFinance N.V., Amsterdam

¹ Die Gesellschaft gibt in ihrem Geschäftsbericht für die direktanlage.at AG, Salzburg, eine Patronatserklärung mit gleichem Wortlaut ab.

In dem Umfang, in dem sich unsere Anteilsbesitzquote an der jeweiligen Gesellschaft reduziert, reduziert sich auch unsere Verpflichtung aus der vorstehenden Patronatserklärung hinsichtlich solcher Verpflichtungen der entsprechenden Gesellschaft, die erst nach dem Absinken unserer Anteilsbesitzquote begründet werden.

Für Gesellschaften, die im Geschäftsjahr 2006 oder einem früheren Geschäftsjahr aus der HVB Group ausgeschieden sind, zu deren Gunsten aber in früheren Geschäftsberichten der HVB AG Patronatserklärungen abgegeben wurden, wird seitens der HVB AG keine Patronatserklärung mehr abgegeben. Verbindlichkeiten dieser Gesellschaften, die nach dem Ausscheiden aus der HVB Group begründet wurden oder werden, werden von früher abgegebenen Patronatserklärungen nicht mehr erfasst.

Für die

- Bank Austria Creditanstalt Aktiengesellschaft, Wien, die am 9. Januar 2007 sowie
- die AS UniCredit Bank, Riga (vormals HVB Bank Latvia AS, Riga), die am 10. Januar 2007 aus der HVB Group ausgeschieden sind und
- für die Joint Stock Commercial Bank HVB Bank Ukraine, Kiew, für die die Übertragung deren Aktien Ende des ersten Quartals 2007 erwartet wird, zu deren Gunsten aber in früheren Geschäftsberichten der HVB AG Patronatserklärungen abgegeben wurden, wird seitens der HVB AG keine Patronatserklärung mehr abgegeben. Verbindlichkeiten dieser Gesellschaften, die nach dem Ausscheiden aus der HVB Group zu dem jeweils genannten Datum begründet wurden oder werden, werden von früher abgegebenen Patronatserklärungen nicht mehr erfasst.

Bankaufsichtsrechtliche Eigenmittel

Die Eigenmittel bestehen gemäß §10 Abs. 2 KWG aus dem haftenden Eigenkapital und den Drittrangmitteln und betragen 18317 Mio €.

Das haftende Eigenkapital setzt sich aus dem Kern- und Ergänzungskapital zusammen und beträgt 17912 Mio €.

Derivative Finanzinstrumente

Ausführliche Angaben zu unseren derivativen Finanzinstrumenten mit detaillierten Aufgliederungen des Nominalvolumens, der Marktwerte und der Kontrahentenstruktur haben wir in den Risikobericht aufgenommen.

Sonstige Angaben Fortsetzung

Mitarbeiter

Der durchschnittliche Personalstand beträgt:

in Mio €	2006	2005
Mitarbeiter (ohne Auszubildende)	19 487	20 343
davon: Vollzeitbeschäftigte	15 401	16 223
Teilzeitbeschäftigte	4 086	4 120
Auszubildende	1 151	1 077

Nach der Betriebszugehörigkeit ergibt sich folgendes Bild

in %	MITARBEITERINNEN (OHNE AUSZUBILDENDE)	MITARBEITER	2006	2005
			INSGESAMT	
Betriebszugehörigkeit				
25 Jahre und darüber	13,5	19,1	16,0	15,9
15 bis unter 25 Jahre	26,5	21,7	24,4	21,0
10 bis unter 15 Jahre	20,0	14,9	17,7	19,9
5 bis unter 10 Jahre	17,4	17,7	17,5	18,1
unter 5 Jahren	22,6	26,6	24,4	25,1

Organbezüge

in Mio €	2006	2005
Mitglieder des Vorstands	10	16
Mitglieder des Aufsichtsrats	1	1
Frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene	11	12

Für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene bestanden per 31. Dezember 2006 Pensionsrückstellungen in Höhe des nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gemäß § 6 a EStG ermittelten Teilwertes von 92 Mio € (2005: 90 Mio €).

Organkredite

Zum Bilanzstichtag stellte sich der Gesamtbetrag der Forderungen sowie der eingegangenen Haftungsverhältnisse wie folgt dar:

in Mio €	2006	2005
Mitglieder des Vorstands	5	1
Mitglieder des Aufsichtsrats	1	1

ORGANE

Aufsichtsrat

Alessandro Profumo
Vorsitzender

Peter König
Stellv. Vorsitzender

Dr. Lothar Meyer
Stellv. Vorsitzender

Aldo Bulgarelli

Beate Dura-Kempf
seit 9. 3. 2006

Sergio Ermotti
seit 22. 8. 2006

Paolo Fiorentino

Dario Frigerio

Klaus Grünewald

Günter Guderley
seit 1.1. 2007

Anton Hofer
bis 31.12. 2006

Friedrich Koch

Hanns-Peter Kreuser

Ranieri de Marchis

Herbert Munker
bis 8. 3. 2006

Roberto Nicastro

Vittorio Ogliengo

Carlo Salvatori
bis 21. 8. 2006

Prof. Dr. Dr. h. c. Hans-Werner Sinn

Maria-Magdalena Stadler

Ursula Titze

Jens-Uwe Wächter

Helmut Wunder

Vorstand

Johann Berger
bis 31. 8. 2006

Willibald Cernko
seit 23. 2. 2006

Jan-Christian Dreesen
bis 9. 2. 2006

Rolf Friedhofen

Heinz Laber

Dr. Stefan Schmittmann
(bis 11. 9. 2006 stellv.)

Ronald Seilheimer

Matthias Sohler

Dr. Wolfgang Sprößler
Sprecher des Vorstands

Andrea Umberto Varese

Andreas Wölfer

Verzeichnis der Mitglieder der Organe sowie deren Mandate¹

Aufsichtsrat

NAME BERUF WOHNORT	MANDATE IN ANDEREN GESETZLICH ZU BILDENDEN AUFSICHTSRÄTEN VON INLÄNDISCHEN GESELLSCHAFTEN	MITGLIEDSCHAFTEN IN VERGLEICHBAREN IN- UND AUSLÄNDISCHEN KONTROLLGREMIIEN VON WIRTSCHAFTSUNTERNEHMEN
Alessandro Profumo Chief Executive Officer der UniCredito Italiano S.p.A., Mailand, Vorsitzender	Deutsche Börse AG, Frankfurt	Bank Austria Creditanstalt Aktiengesellschaft, Wien (Vorsitzender) ² , UniCredit Banca Mobiliare S.p.A. (UBM), Mailand (Vorsitzender) ² , UniCredit Banca S.p.A., Bologna ² , UniCredit Banca d'Impresa S.p.A., Verona ² , UniCredit Private Banking S.p.A., Turin ² , Mediobanca, Mailand
Peter König Mitarbeiter der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft, Haar-Salmdorf, stellv. Vorsitzender		BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G.
Dr. Lothar Meyer Vorsitzender des Vorstands der ERGO Versicherungsgruppe AG, Bergisch Gladbach, stellv. Vorsitzender	DKV Deutsche Krankenversicherung AG, Köln (Vorsitzender) ² , Hamburg-Mannheimer Sachversicherungs-AG, Hamburg (Vorsitzender) ² , Hamburg-Mannheimer Versicherungs-AG, Hamburg (Vorsitzender) ² , Victoria Krankenversicherung AG, Düsseldorf (Vorsitzender) ² , Victoria Lebensversicherung AG, Düsseldorf (Vorsitzender) ² , Victoria Versicherung AG, Düsseldorf (Vorsitzender) ² , ERGO International AG, Düsseldorf (Vorsitzender) ²	
Aldo Bulgarelli Rechtsanwalt, Verona		
Beate Dura-Kempf Mitarbeiterin der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft, Litzendorf, seit 9. 3. 2006		
Sergio Ermotti Head of Markets & Investment Banking, Mitglied des Management Committee der UniCredito Italiano S.p.A., Collina d'Oro, seit 22. 8. 2006		Bank Austria Creditanstalt Aktiengesellschaft, Wien ² , UniCredit Banca Mobiliare S.p.A. (UBM), Mailand ²
Paolo Fiorentino Head of Global Banking Services Division, Mitglied des Management Committee der UniCredito Italiano S.p.A.		Bank Austria Creditanstalt Aktiengesellschaft, Wien ² , Bank Pekao SA, Polen, Warschau (stv. Vorsitzender) ² , I-Faber S.p.A., UniCredit Banca S.p.A., Bologna ² , UniCredit Global Information Service S.p.A., Mailand ² , UniCredit Private Banking S.p.A., Turin ² , UniCredit Produzioni Accentrate S.p.A., Mailand (Vorsitzender) ² , UniCredit Real Estate S.p.A., Mailand ²

¹ Stand: 31. 1. 2007

² Konzernmandat

Aufsichtsrat

NAME BERUF WOHNORT	MANDATE IN ANDEREN GESETZLICH ZU BILDENDEN AUFSICHTSRÄTEN VON INLÄNDISCHEN GESELLSCHAFTEN	MITGLIEDSCHAFTEN IN VERGLEICHBAREN IN- UND AUSLÄNDISCHEN KONTROLLGREMIIEN VON WIRTSCHAFTSUNTERNEHMEN
Dario Frigerio Head of Private Banking and Asset Management Division, Mitglied des Management Committee der UniCredito Italiano S.p.A., Mailand		Bank Austria Creditanstalt Aktiengesellschaft, Wien ² , Pioneer Global Asset Management S.p.A., Mailand ² , UniCredit Private Banking S.p.A., Turin ² , Pioneer Investment Management Ltd., Dublin ² , Pioneer Investment Management SGRp.A., Mailand ² , Pioneer Alternative Investment Management, Dublin ² , Pioneer Investment Management USA Inc., Boston ² , Capital Italia Luxembourg SICAV
Klaus Grünewald Fachbereichsleiter FB1, Landesbezirk Bayern der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft e.V., Gröbenzell	Fiducia IT AG, Karlsruhe	
Günter Guderley Mitarbeiter der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft, Goldbach, seit 1. 1. 2007		
Anton Hofer Mitarbeiter der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft, Nürnberg		
Friedrich Koch Mitarbeiter der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft, Kirchheim		
Hans-Peter Kreuser Mitarbeiter der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft, München		
Ranieri de Marchis Chief Financial Officer, Mitglied des Management Committee der UniCredito Italiano S.p.A., Mailand		UniCredit Real Estate S.p.A., Mailand ² bis 30. 10. 2006, Koç Finansal Hizmetler AS, Istanbul ² , Yapi Kredi Bankasi AS, Istanbul ² , Bank BPH S.A., Warschau seit 6. 6. 2006
Herbert Munker Mitarbeiter der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft, Leinburg, bis 8. 3. 2006		Pensionskasse der HypoVereinsbank, München
Roberto Nicastrò Head of Retail Division, Mitglied des Management Committee der UniCredito Italiano S.p.A., Mailand		Bank Austria Creditanstalt Aktiengesellschaft, Wien ² , UniCredit Clarima Banca S.p.A., Mailand ² , CreditRas Assicurazioni S.p.A., Mailand ² , CreditRas Vita S.p.A., Mailand ² , UniCredit Banca S.p.A., Bologna ²

¹ Stand: 31. 1. 2007

² Konzernmandat

Verzeichnis der Mitglieder der Organe sowie deren Mandate¹ Fortsetzung

Aufsichtsrat

NAME BERUF WOHNORT	MANDATE IN ANDEREN GESETZLICH ZU BILDENDEN AUFSICHTSRÄTEN VON INLÄNDISCHEN GESELLSCHAFTEN	MITGLIEDSCHAFTEN IN VERGLEICHBAREN IN- UND AUSLÄNDISCHEN KONTROLLGREMIIEN VON WIRTSCHAFTSUNTERNEHMEN
Vittorio Ogliengo Head of Corporate Division, Mitglied des Management Committee der UniCredito Italiano S.p.A., Parma		UniCredit Banca d'Impresa S.p.A., Verona ² , LOCAT S.p.A., Bologna ²
Carlo Salvatori Bis 11. 1. 2006 Vorsitzender und bis 2. 8. 2006 Mitglied des Board of Directors der UniCredito Italiano S.p.A., seit 30. 6. 2006 Managing Director of Unipol Assicurazioni, Parma, bis 21. 8. 2006		Mediobanca, Mailand (stv. Vorsitzender) ² , R.A.S. – Riunione Adriatica di Sicurtà, Mailand, Enia, Parma
Prof. Dr. Dr. h. c. Hans-Werner Sinn Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung, Gauting	Thüga AG, München	
Maria-Magdalena Stadler Mitarbeiterin der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft, Pullach		
Ursula Titze Mitarbeiterin der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft, Neusäß		
Jens-Uwe Wächter Mitarbeiter der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft, Himmelpforten		
Helmut Wunder Mitarbeiter der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft, Waischenfeld		

¹ Stand: 31. 1. 2007

² Konzernmandat

Vorstand

NAME	MANDATE IN ANDEREN GESETZLICH ZU BILDENDEN AUFSICHTSRÄTEN VON INLÄNDISCHEN GESELLSCHAFTEN	MITGLIEDSCHAFTEN IN VERGLEICHBAREN IN- UND AUSLÄNDISCHEN KONTROLLGREMIIEN VON WIRTSCHAFTSUNTERNEHMEN
Johann Berger bis 31. 8. 2006	Bavaria Film GmbH, München, bis 31.12. 2006	Bavaria Filmkunst GmbH, München, bis 31.12. 2006
Willibald Cernko seit 23. 2. 2006	HVB Direkt Gesellschaft für Direktservice und Direktvertrieb mbH, München (Vorsitzender) ² , PlanetHome AG, München (Vorsitzender) ² , Vereinsbank Victoria Bauspar Aktiengesellschaft, München (Vorsitzender) ²	Asset Management GmbH, Wien (Vorsitzender) ² , Bank Austria Creditanstalt Finanzservice GmbH, Wien (Vorsitzender) ² , Bank Austria Creditanstalt Leasing GmbH, Wien (stellv. Vorsitzender) ² , Bank Austria Creditanstalt Versicherung AG, Wien (stellv. Vorsitzender), Bank für Tirol und Vorarlberg Aktiengesellschaft, Innsbruck, Bankprivat AG, Wien (Vorsitzender) ² , Bausparkasse Wüstenrot Aktiengesellschaft, Salzburg, EBPP Electronic Bill Presentment and Payment GmbH, Wien (stellv. Vorsitzender), Notartreuhandbank AG, Wien (stellv. Vorsitzender), Österreichische Hotel- und Tourismusbank Gesellschaft m.b.H., Wien, Schoellerbank Aktiengesellschaft, Wien (Vorsitzender) ² , Stahl Judenburg GmbH, Judenburg, Union Versicherungs-Aktiengesellschaft, Wien (stellv. Vorsitzender), Visa-Service Kreditkarten Aktiengesellschaft, Wien ²
Jan-Christian Dreesen bis 9. 2. 2006		
Rolf Friedhofen	Financial Markets Service Bank GmbH, München (stellv. Vorsitzender) ² , HVB Immobilien AG, München (Vorsitzender) ² , HVB Information Services GmbH, München (stellv. Vorsitzender) ² , HVB Pensionsfonds AG, München ²	HVB Profil Gesellschaft für Personalmanagement mbH, München (stellv. Vorsitzender) ²
Heinz Laber	BodeHewitt Beteiligungs AG, Grünwald (Vorsitzender) ² , HVB Pensionsfonds AG, München (stellv. Vorsitzender) ²	BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G., Berlin, ESMT European School of Management and Technology GmbH, Berlin, HVB Profil Gesellschaft für Personalmanagement mbH, München (Vorsitzender) ² , HVB Secur GmbH, München ² , Pension Consult Beratungsgesellschaft für Altersvorsorge mbH, München ²
Dr. Stefan Schmittmann (bis 11. 9. 2006 stellv.)	Deutsche Schiffsbank AG, Bremen/Hamburg (stellv. Vorsitzender), Schaltbau Holding AG, München, Verlagsgruppe Weltbild GmbH, Augsburg	Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung (LfA), München

¹ Stand: 31. 1. 2007

² Konzernmandat

Verzeichnis der Mitglieder der Organe sowie deren Mandate¹ Fortsetzung

Vorstand

NAME	MANDATE IN ANDEREN GESETZLICH ZU BILDENDEN AUF SICHTSRÄTEN VON INLÄNDISCHEN GESELLSCHAFTEN	MITGLIEDSCHAFTEN IN VERGLEICHBAREN IN- UND AUSLÄNDISCHEN KONTROLLGREMIIEN VON WIRTSCHAFTSUNTERNEHMEN
Ronald Seilheimer	Chemie Pensionsfonds AG, München ² , HVB Capital Partners AG, München (Vorsitzender) ² , HVB Payments & Services GmbH, München (stellv. Vorsitzender) ² bis 31.12. 2006, HVB Pensionsfonds AG, München (Vorsitzender) ²	CA IB Corporate Finance Beratungs Gesellschaft m.b.H., Wien ² , HVB Banque Luxembourg Société Anonyme, Luxemburg ² , HVB Consult GmbH, München (Vorsitzender) ² , HVB Principal Equity GmbH, München (Vorsitzender) ² , Pension Consult Beratungsgesellschaft für Altersvorsorge mbH, München (Vorsitzender) ²
Matthias Sohler	DAB Bank AG, München (stellv. Vorsitzender) ² , Financial Markets Service Bank GmbH, München (Vorsitzender) ² , HVB Immobilien AG, München (stellv. Vorsitzender) ² , HVB Information Services GmbH, München (Vorsitzender) ² , HVB Payments & Services GmbH, München (Vorsitzender) ² , bis 31.12. 2006	HVB Secur GmbH, München (Vorsitzender) ²
Dr. Wolfgang Sprißler Sprecher	ThyssenKrupp Services AG, Düsseldorf	Bank Austria Creditanstalt Aktiengesellschaft, Wien ² , Dr. Robert Pflieger Chemische Fabrik GmbH, Bamberg, HVB Banque Luxembourg Société Anonyme, Luxemburg (Präsident) ²
Andrea Umberto Varese	HVB Immobilien AG, München ²	Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt/Main, Locat Croatia, Zagreb, Locat Russia, Moskau, Pekao Leasing, Warschau (President)
Andreas Wölfer	DAB Bank AG, München (Vorsitzender) ² , Nordinvest Norddeutsche Investment-Gesellschaft mbH, Hamburg ²	Asset Management GmbH, Wien ² , HVB Banque Luxembourg Société Anonyme, Luxemburg (stellv. Vorsitzender) ² , HVB Capital Management, Inc., New York (Vorsitzender) ²

¹ Stand: 31.1. 2007

² Konzernmandat

Zusammenstellung der Mandate von Mitarbeitern

NAME	MANDATE IN ANDEREN GESETZLICH ZU BILDENDEN AUFSICHTSGREMIEN VON GROSSEN KAPITALGESELLSCHAFTEN
Dr. Wolfgang Bassermann (bis 31.12. 2006)	Dermapharm AG, Grünwald
Tiziana Bernardi	HVB Payments & Services GmbH (bis 31.12. 2006), München ²
Alexander Boldyreff	Bankhaus Neelmeyer AG, Bremen (Vorsitzender) ²
Lutz Diederichs	Köhler & Krenzer Fashion AG, Ehrenberg
Dr. Peter Ermann	Bankhaus Neelmeyer AG, Bremen ² , Vereinsbank Victoria Bauspar Aktiengesellschaft, München ²
Henning Giesecke	Rothenberger AG, Kelkheim
Matthias Glückert	Oechsler AG, Ansbach
Klaus Greger	HVB Payments & Services GmbH (bis 31.12. 2006), München ²
Dr. Rainer Krütten	Internationales Immobilien-Institut GmbH, München ²
Raimund Meilner	Bankhaus Neelmeyer AG, Bremen ²
Virginio Meli	Financial Markets Service Bank GmbH, München ²
Michael Papenfuß (bis 31.12. 2006)	Beate Uhse AG, Flensburg
Dr. Guido Schacht	AVAG Holding AG, Augsburg
Werner Schmidt	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt/Main
Dr. Peter Stopfer	Chemie Pensionsfonds AG, München ²
Raymond Trotz	Internationales Immobilien-Institut GmbH, München ²
Stephan Winkelmeier	HVB Immobilien AG, München ²

¹ Stand: 31.1. 2007

² Konzernmandat

Angaben zum Hypothekenbankgeschäft

Deckungsrechnung

in Mio €	2006	2005
A. Hypothekendarlehen		
Ordentliche Deckung		
1. Forderungen an Kreditinstitute		
Hypothekendarlehen	—	—
2. Forderungen an Kunden		
Hypothekendarlehen	46 829	52 287
Weitere Deckungswerte ¹		
1. Andere Forderungen an Kreditinstitute	700	1 000
2. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1 107	950
3. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand	—	—
Zwischensumme	48 636	54 237
Summe der deckungspflichtigen Hypothekendarlehen	42 175	48 165
Überdeckung	6 461	6 072
B. Öffentliche Pfandbriefe		
Ordentliche Deckung		
1. Forderungen an Kreditinstitute	459	524
Hypothekendarlehen	—	—
Kommunalkredite	459	524
2. Forderungen an Kunden	11 522	12 819
darunter:		
Hypothekendarlehen	1 363	1 622
Kommunalkredite	9 766	10 505
3. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	487	1 709
Weitere Deckungswerte ²		
Andere Forderungen an Kreditinstitute	50	50
Zwischensumme	12 518	15 102
Summe der deckungspflichtigen öffentlichen Pfandbriefe	7 014	8 910
Überdeckung	5 504	6 192

1 Gemäß § 19 Abs. 1 PfandBG.

2 Gemäß § 20 Abs. 2 PfandBG.

Im Umlauf befindliche Pfandbriefe und dafür verwendete Deckungswerte

in Mio €	NOMINAL 2006	NOMINAL 2005	BARWERT 2006	BARWERT 2005	RISIKOBARWERT 2006	RISIKOBARWERT 2005
1. Hypothekendarfandbriefe						
Deckungswerte ¹	48 636	54 237	50 519	58 110	52 037	56 387
davon: Derivate	—	—	—	—	—	—
Hypothekendarfandbriefe	42 175	48 165	43 635	51 496	45 221	49 980
Überdeckung	6 461	6 072	6 884	6 614	6 816	6 407
2. Öffentliche Pfandbriefe						
Deckungswerte ²	12 518	15 102	13 052	16 140	12 663	15 672
davon: Derivate	—	—	—	—	—	—
Hypothekendarfandbriefe	7 014	8 910	7 382	9 710	7 064	9 351
Überdeckung	5 504	6 192	5 670	6 430	5 599	6 321

1 Einschließlich weitere Deckungswerte gemäß § 19 Abs. 1 PfandBG.

2 Einschließlich weitere Deckungswerte gemäß § 20 Abs. 2 PfandBG.

Laufzeitstruktur der im Umlauf befindlichen Pfandbriefe sowie Zinsbindungsfristen der entsprechenden Deckungswerte

in Mio €	DECKUNGSWERTE 2006	DECKUNGSWERTE 2005	PFANDBRIEFE 2006	PFANDBRIEFE 2005
1. Hypothekendarfandbriefe¹				
bis zu 1 Jahr	11 361	11 772	8 379	12 670
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	24 894	28 096	17 825	20 620
mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	10 557	12 624	13 942	13 785
mehr als 10 Jahre	1 824	1 745	2 029	1 090
	48 636	54 237	42 175	48 165
2. Öffentliche Pfandbriefe²				
bis zu 1 Jahr	4 072	4 775	402	2 737
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	4 981	6 805	3 138	2 623
mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	2 439	2 574	2 209	2 118
mehr als 10 Jahre	1 026	948	1 264	1 432
	12 518	15 102	7 013	8 910

1 Einschließlich weitere Deckungswerte gemäß § 19 Abs. 1 PfandBG; nach Zinsbindungsfristen bzw. nach Restlaufzeiten bei Pfandbriefen.

2 Einschließlich weitere Deckungswerte gemäß § 20 Abs. 2 PfandBG; nach Zinsbindungsfristen bzw. nach Restlaufzeiten bei Pfandbriefen.

Zur Deckung von Hypothekendarfandbriefen verwendete Forderungen nach Größengruppen

in Mio €	2006	2005
Hypothekendeckungswerte		
bis einschließlich € 300 000,—	29 522	32 584
mehr als € 300 000,—		
bis einschließlich € 5 000 000,—	12 458	14 055
mehr als € 5 000 000,—	4 849	5 648
	46 829	52 287

Angaben zum Hypothekenbankgeschäft Fortsetzung

Zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendete Forderungen nach Gebieten, in denen die beliehenen Grundstücke liegen, sowie nach Nutzungsart

in Mio €	HYPOTHEKENDECKUNGSWERTE			
	WOHNZWECKEN DIENEND		GEWERBLICH GENUTZTE GRUNDSTÜCKE	
	2006	2005	2006	2005
1. Deutschland				
Wohnungen	11 796	13 208	—	—
Einfamilienhäuser	12 269	13 519	—	—
Mehrfamilienhäuser	10 150	11 240	—	—
Bürogebäude	—	—	4 864	5 526
Handelsgebäude	—	—	3 858	4 233
Industriegebäude	—	—	872	987
Sonstige gewerblich genutzte Gebäude	—	—	938	1 137
Unfertige, noch nicht ertragsfähige Neubauten	1 069	1 119	883	1 158
Bauplätze	48	61	51	67
	35 332	39 147	11 466	13 108
2. Frankreich/Monaco				
Wohnungen	—	—	—	—
Einfamilienhäuser	3	4	—	—
Mehrfamilienhäuser	1	1	—	—
Bürogebäude	—	—	6	5
Unfertige, noch nicht ertragsfähige Neubauten	—	—	—	—
	4	5	6	5
3. Italien/San Marino				
Wohnungen	1	—	—	—
Einfamilienhäuser	1	1	—	—
Mehrfamilienhäuser	—	1	—	—
	2	2	—	—
4. Luxemburg				
Bürogebäude	—	—	4	4
	—	—	4	4
5. Niederlande				
Bürogebäude	—	—	13	13
	—	—	13	13
6. Österreich				
Wohnungen	1	1	—	—
Einfamilienhäuser	—	—	—	—
Mehrfamilienhäuser	—	—	—	—
	1	1	—	—
7. Spanien				
Wohnungen	—	2	—	—
Einfamilienhäuser	1	—	—	—
Unfertige, noch nicht ertragsfähige Neubauten	—	—	—	—
	1	2	—	—
	35 340	39 157	11 489	13 130

Zur Deckung von öffentlichen Pfandbriefen verwendete Forderungen nach Art des Schuldners bzw. der Gewährleistenden Stelle und deren Sitzland

in Mio €	DECKUNGSWERTE	
	2006	2005
1. Deutschland		
Staat	309	327
Regionale Gebietskörperschaften	3286	4483
Öffentliche Gebietskörperschaften	5546	6393
Sonstige	2673	3283
	11814	14486
2. Europa¹		
Sonstige	—	—
	—	—
3. Griechenland		
Staat	236	436
Sonstige	43	59
	279	495
4. Italien		
Regionale Gebietskörperschaften	20	20
	20	20
5. Österreich		
Staat	210	10
	210	10
6. Spanien		
Regionale Gebietskörperschaften	20	20
Öffentliche Gebietskörperschaften	50	21
Sonstige	75	—
	145	41
	12468	15052

¹ Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

Rückständige Leistungen

Die rückständigen Leistungen bei Hypothekenforderungen bzw. öffentlichen Forderungen aus Fälligkeiten vom 1. Oktober 2005 bis 30. September 2006 verteilen sich auf:

in Mio €	DECKUNGSWERTE	
	2006	2005
1. Rückständige Leistungen auf Hypothekenforderungen		
Deutschland	32	52
Frankreich	—	—
	32	52
2. Rückständige Leistungen auf öffentliche Forderungen		
Deutschland		
Regionale Gebietskörperschaften ¹	4	2
Sonstige ¹	9	9
	13	11

¹ Öffentlich verbürgte Forderungen.

Angaben zum Hypothekenbankgeschäft Fortsetzung

Rückzahlungen und Zwangsmaßnahmen

in Mio €	HIERVON ENTFALLEN AUF	
	GEWERBLICH GENUTZT 2006	WOHNZWECKEN DIENEND 2006
1. Rückzahlungen		
durch Amortisation	1 000	2 943
in sonstiger Weise	670	845
	1 670	3 788
(Vergleichswerte 2005)	353	929
2. Zwangsmaßnahmen		
	ANZAHL DER FÄLLE	
a) am 31. 12. 2006 anhängige		
Zwangsversteigerungsverfahren	938	61
Zwangsverwaltungsverfahren	62	21
Zwangsversteigerungsverfahren und Zwangsverwaltungsverfahren	702	83
	1 702	165
(Vergleichswerte 2005)	2 788	287
b) in 2006 durchgeführte Zwangsversteigerungsverfahren	1 849	118
(Vergleichswerte 2005)	2 571	220
3. Eingesteigerte bzw. übernommene Objekte		
Im Berichtsjahr hat die Pfandbriefbank keine Grundstücke zur Verhütung von Verlusten an Hypotheken übernehmen müssen.		

Zinsrückstände

Die rückständigen Zinsen auf Hypothekendeckungswerte aus Fälligkeiten vom 1. Oktober 2005 bis 30. September 2006 beliefen sich auf 9 Mio €. Die Rückstände verteilen sich auf:

in Mio €	2006	2005
Gewerblich genutzte Grundstücke	2	4
Wohnzwecken dienende Grundstücke	7	10

Der vorliegende Jahresabschluss wurde am 20. März 2007 aufgestellt.

BAYERISCHE HYPO- UND VEREINSBANK
AKTIENGESELLSCHAFT

DER VORSTAND

Cernko Friedhofen Laber Schmittmann
Seilheimer Sohler Sprißler Varese Wölfer

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz-, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bayerische Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft, München, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäfts-

tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

München, den 20. März 2007

KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Becker
Wirtschaftsprüfer

Pukropski
Wirtschaftsprüfer

Finanzkalender

TERMINE 2007

Veröffentlichung des Jahresabschlusses 2006	22. März 2007
Hauptversammlung	26. (27.) Juni 2007 ¹
ICM Internationales Congress Center München	
Neue Messe München Riem, 81823 München	
Zwischenbericht zum 31. März 2007	Erscheinungstermin: 9. Mai 2007
Zwischenbericht zum 30. Juni 2007	Erscheinungstermin: 3. August 2007
Zwischenbericht zum 30. September 2007	Erscheinungstermin: 13. November 2007

¹ Die Hauptversammlung wird für den 26. Juni 2007 und für den Fall, dass sie an diesem Tag nicht abgeschlossen werden kann, vorsorglich auch für den 27. Juni 2007 einberufen.

Ansprechpartner

Wenn Sie Fragen zum Geschäftsbericht haben, wenden Sie sich bitte an unseren Bereich Group Investor Relations:
Telefon 089 378-25276
Telefax 089 378-24083
E-mail: ir@hvbgroup.com
Wichtige Unternehmensnachrichten können Sie unmittelbar nach Veröffentlichung unter www.hvb.com abrufen.
Sie können sich hier ebenfalls für unseren E-mail-Abo-Service registrieren.

Internet

Sie können unsere Geschäfts- und Zwischenberichte (Konzern) in einer benutzerfreundlichen interaktiven Version – u. a. mit Suchfunktion – auf unserer Website abrufen:
www.hvb.com/geschaeftsbericht und
www.hvb.com/zwischenbericht

Veröffentlichungen für unsere Aktionäre

Geschäftsbericht (deutsch/englisch)
Kurzfassung und Langfassung
Zwischenberichte (deutsch/englisch) zum 1., 2. und 3. Quartal
Nachhaltigkeitsbericht
Sie können PDFs aller Berichte im Internet abrufen unter
www.hvb.com/geschaeftsbericht oder
[/zwischenbericht](http://www.hvb.com/zwischenbericht) oder
[/nachhaltigkeitsbericht](http://www.hvb.com/nachhaltigkeitsbericht)
Lexikon (→Wichtige Begriffe des Geschäftsberichts kurz erklärt←)

Bestellungen

Wenn Sie weitere Exemplare des Geschäftsberichts oder eine der hier angegebenen Publikationen beziehen möchten, wenden Sie sich bitte an:
HVB Group
Service Berichtswesen
Telefon 089 89506075
Telefax 089 89506030